IHK-GESCHÄFTSBERICHT 2014

IHK
Industrie- und Handelskammer
Frankfurt am Main

AUF EINEN BLICK

FINANZZAHLEN IN TAUSEND EURO	2014	2013	2012	2011	2010
Beiträge	27.531	25.569	24.115	28.141	32.508
Gebühren	3.582	3.759	3.353	3.174	3.083
Entgelte	1.789	1.774	1.934	1.712	1.897
Bestandsveränderungen	-31	11	181	444	492
Sonstige betriebliche Erträge	5.333	4.799	5.059	5.380	4.945
BETRIEBSERTRÄGE	38.205	35.912	34.642	38.851	42.925
Materialaufwand	3.390	3.042	2.883	2.755	2.921
Personalaufwand	18.191	18.357	16.481	15.197	14.882
Abschreibungen	955	1.130	1.063	921	916
Sonstige betriebliche Aufwendungen	18.212	16.940	15.885	15.253	13.944
davon Umbau Südflügel	2.272	0	0	0	0
BETRIEBSAUFWAND	40.748	39.469	36.311	34.126	32.663
Investitionen in das Sachanlagevermögen	203	653	937	672	499
MITGLIEDERSTRUKTUR					
Mitgliedsunternehmen	102.108	98.948	97.400	101.434	83.113
davon					
ins Handelsregister eingetragene Unternehmen	36.226	35.226	35.237	34.671	33.070
nicht eingetragene Unternehmen	65.882	63.722	62.163	66.763	50.043
davon					
Frankfurt	63.644	61.751	60.501	63.273	50.315
Hochtaunuskreis	20.762	20.145	20.011	20.690	17.985
Main-Taunus-Kreis (ohne Hochheim)	17.702	17.052	16.888	17.471	14.813
BERUFSAUSBILDUNGSVERTRÄGE					
Neu eingetragene Ausbildungsverträge	5.279	5.372	5.862	5.738	5.625
davon					
kaufmännische Berufe	3.989	4.080	4.499	4.468	4.402
technische Berufe	1.290	1.292	1.363	1.270	1.223
Bestand an Ausbildungsverträgen gesamt	14.013	14.380	14.621	14.347	14.672
PRÜFUNGEN DER BERUFLICHEN FORTBILDUNG					
Teilnehmer an Fortbildungsprüfungen	2.329	2.980	2.958	2.961	3.163
BILDUNGSZENTRUM					
Kurse	266	279	265	239	226
Teilnehmer|innen	3.964	4.120	4.087	3.768	3.562

INHALT

AUF EINEN BLICK 3

VORWORT 7

IHK-THEMENFELDER 9
IHK-Sommerempfang 10
Fachkräfte sichern und demografischem Wandel begegnen 12
Metropolregion weiterentwickeln 14
Kommunale Finanzen aktiv begleiten 16
Energieeffizienz und Nachhaltigkeit fördern 18
Stadtentwicklung gestalten 20
Industriestandort stärken und ausbauen 22
Finanzplatz fördern und gestalten 24
Mobilität sichern und Infrastruktur ausbauen 26
Unternehmen gründen helfen, fördern und sichern 28
Aus- und Weiterbildung: Qualifizierung durchführen 30
Wettbewerb fair gestalten 32
Wettbewerbsfähigkeit international fördern 34
Wissensregion ausbauen - Dialog in Netzwerken fördern 36
Digitale Vernetzung und E-Business fördern 38
Wirtschaftspolitik: Interessen der Wirtschaft vertreten 40
Mitglieder- und Kundenbeziehungsmanagement 42
Neue Mitglieder 44

IHK-JAHRESABSCHLUSS 47
Lagebericht 49
Bilanz 70
Erfolgsrechnung 72
Finanzrechnung 73
Anhang 74
Bestätigungsvermerk 90

IHK-GREMIEN 92

IMPRESSUM 96

VOLLENDET
DECEMBER
MDCCCLXXVIII

VORWORT

Sehr geehrte Damen und Herren,

die Unternehmen im IHK-Bezirk Frankfurt am Main sind zuversichtlich in das Jahr 2015 gestartet: 85 Prozent der Unternehmen erwarten bessere oder gleich gute Geschäfte. Die gute Beschäftigungslage beflügelt die Konjunktur, der schwache Euro lässt die Ausfuhren sprudeln. Doch es sind Herausforderungen hinzugekommen, etwa der Mindestlohn, der die Arbeits- und Bürokratiekosten in die Höhe treibt. Das Rentenpaket verschärft den Fachkräftemangel und die Geldschwemme der EZB droht das Reformtempo in europäischen Krisenstaaten zu drosseln.

Vor diesem Hintergrund kommt es um so mehr darauf an, die Weichen auf dem für Hessen zunehmend wichtigen Feld des Außenhandels und für die Standortfaktoren in der Region richtig zu stellen.

Für die stark exportorientierte hessische Wirtschaft bringt die geplante Transatlantischen Freihandelszone (TTIP) eine große Chance. Bürokratische und regulatorische Hürden sollen durch TTIP abgebaut werden. Das entlastet vor allem den Mittelstand, etwa durch einfachere Zollabwicklung und Harmonisierung von Ursprungsregeln.

Zu den erfolgskritischen Standortfaktoren in FrankfurtRheinMain gehören insbesondere der Flughafen, die weitere Entwicklung der Verkehrsinfrastruktur und die Strategie für die Metropolregion insgesamt. Der Bau von Terminal 3 am Frankfurter Flughafen ist eine gute Entscheidung für die Wirtschaft der Metropolregion. Damit kommen die Zielsetzungen der Mediation zum Flughafenausbau aus dem Jahr 2000 schrittweise zum Abschluss. Neben den Ausbaumaßnahmen sind auch beim Fluglärm wirksame Fortschritte erreicht worden.

Die Verkehrsinfrastruktur in Hessen ist sanierungsbedürftig. Drei von vier Unternehmern beschreiben den Zustand der kommunalen Verkehrswege als schlecht. Alle Verkehrsträger sind seit Jahrzehnten unterfinanziert, obwohl über Lkw-Maut und Steuern genügend Einnahmen aus dem Verkehrssektor an den Bund fließen. Vor allem für Hessen als eines der am stärksten durchfahrenen Transitländer müssen dauerhaft mehr Mittel für die Verkehrsinfrastruktur vorgesehen werden.

Die Fortentwicklung der Metropolregion FrankfurtRheinMain ist wieder zu einem vordringlichen politischen Anliegen geworden. Seit Jahren setzt sich die IHK Frankfurt mit aller Kraft für die Stärkung der Metropolregion ein und begrüßt daher die Impulse der Hessischen Landesregierung und der kommunalen Spitzen aus der Region zwischen Mainz und Aschaffenburg. Die IHK Frankfurt wird sich in partnerschaftlicher Zusammenarbeit mit allen Akteuren der Region dafür einsetzen, die von der Wirtschaft angestoßenen Forderungen zu einer Strategie zu bündeln und zur Umsetzung zu bringen. Nur durch eine engere Zusammenarbeit in der Region kann der Erfolg unseres Standorts auch in Zukunft gesichert werden.

Prof. Dr. Mathias Müller
Präsident

Matthias Gräßle
Hauptgeschäftsführer

IHK-THEMENFELDER

FACHKRÄFTE SICHERN UND DEMOGRAFISCHEM WANDEL BEGEGNEN

METROPOLREGION WEITERENTWICKELN

KOMMUNALE FINANZEN AKTIV BEGLEITEN

ENERGIEEFFIZIENZ UND NACHHALTIGKEIT FÖRDERN

STADTENTWICKLUNG GESTALTEN

INDUSTRIESTANDORT STÄRKEN UND AUSBAUEN

FINANZPLATZ FÖRDERN UND GESTALTEN

MOBILITÄT SICHERN UND INFRASTRUKTUR AUSBAUEN

UNTERNEHMEN GRÜNDEN HELFEN, FÖRDERN UND SICHERN

AUS- UND WEITERBILDUNG: QUALIFIZIERUNG DURCHFÜHREN

WETTBEWERB FAIR GESTALTEN

WETTBEWERBSFÄHIGKEIT INTERNATIONAL FÖRDERN

WISSENSREGION AUSBAUEN – DIALOG IN NETZWERKEN FÖRDERN

DIGITALE VERNETZUNG UND E-BUSINESS FÖRDERN

WIRTSCHAFTSPOLITIK: INTERESSEN DER GEWERBLICHEN WIRTSCHAFT VERTRETEN

MITGLIEDER- UND KUNDENBEZIEHUNGSMANAGEMENT

NEUE MITGLIEDER

IHK-SOMMEREMPFANG

WIRTSCHAFT TRIFFT POLITIK

Die IHK Frankfurt hatte Unternehmer und Kommunalpolitiker aus den Landkreisen Hochtaunus und Main-Taunus am 9. Juli 2014 zu einem Sommerempfang ins Bad Homburger Schloss eingeladen. Festredner Prof. Dr. Hans Hölschermann, Chefarzt Hochtaunus-Kliniken, sprach zum Thema „Unternehmen Gesundheit".

Mit positiven wirtschaftlichen Aussichten begrüßte IHK-Präsident Prof. Dr. Mathias Müller die Gäste des IHK-Sommerempfangs in Bad Homburg. In der Region FrankfurtRheinMain gebe es eine sehr hohe Beschäftigungsquote und eine weiterhin steigende Einstellungsbereitschaft der Unternehmen. Durch die ausgeprägte Branchendiversifikation zeige sich das wirtschaftsstarke Rhein-Main-Gebiet stabiler als andere Metropolregionen. Neben der Finanzwirtschaft sei FrankfurtRheinMain auch in den Bereichen Industrie, Chemie, Logistik, Pharmazie und Gesundheit sehr gut besetzt. Gerade das sei ein Erfolgsgarant für Zeiten, in denen es in der Wirtschaft mal nicht so rundläuft.

Mit dem Zusammentreffen von Unternehmern und Kommunalpolitikern aus den zum IHK-Bezirk Frankfurt gehörenden Landkreisen Hochtaunus und Main-Taunus soll die wirtschaftliche Bedeutung der beiden Landkreise hervorgehoben werden, die mit 37 000 Unternehmen rund ein Drittel der Mitglieder des IHK-Bezirks ausmacht.

Der wirtschaftliche Erfolg der Unternehmen könne nur mit den richtigen Fachkräften vor Ort realisiert werden, betonte der IHK-Präsident in seiner Ansprache. Dies bedeute allerdings auch Verantwortung für das Umfeld von Frankfurt. Aus diesem Grund sei der Themenkomplex Arbeiten und Wohnen für Fachkräfte ein großes gemeinsames Anliegen von Unternehmern und Politikern in der Metropolregion.

Dafür werde schon einiges getan. So sei der runde Tisch Wohnen in der Region ein gutes Beispiel, bei dem 23 Kommunen ihre Flächen in einem Immobilienportal der Metropolregion FrankfurtRheinMain einstellen können, erinnerte der IHK-Präsident. „Dies ist ein guter Anfang, aber lange noch nicht das Ende."

Die polyzentrische Struktur der Metropolregion bringe es mit sich, dass viele Menschen im Umland wohnen und zu ihrem Arbeitsplatz in Frankfurt oder anderen Städten der Region einpendeln. Die Region ist daher „die Stadt der Zukunft". Um hier weiter erfolgreich neue Unternehmen ansiedeln zu können, sei es erforderlich, dass die verschiedenen Standorte und Funktionen richtig ineinandergreifen.

Kommunen müssten ausreichend finanziert sein, damit sie die harten und weichen Standortfaktoren sinnvoll gestalten können. In diesem Kontext sprach sich der IHK-Präsident für eine Neuregelung des kommunalen Finanzausgleichs sowie einen bundesweiten Länderfinanzausgleich aus – mit der Erwartung, dass die Lasten des Bundeslands Hessen geringer und auch die Kommunen davon profitieren werden. Allerdings erwarte man von den Kommunen auch eine eigene Strategie zur Sicherung ihrer Haushalte und zur Entwicklung der Einnahmen von Gewerbetreibenden. Ein weiterer wichtiger Wirtschaftsfaktor der Region sei die überproportional wachsende Gesundheitswirtschaft – Grund genug, dies zum Thema des Gastvortrags beim Sommerempfang zu machen.

Das entsprach auch der Ansicht von Ulrich Krebs, Landrat des Hochtaunuskreises. Neben Bildung und Kinderbetreuung gehöre die medizinische Versorgung zu den Rahmenbedingungen, um die sich die Politik kümmern müsse, sagte er. Mit dem Neubau der beiden Krankenhäuser in Bad Homburg und Usingen habe der Kreis in die Zukunft investiert. Da die finanzielle Ausstattung aber unzureichend sei, könne das Thema Gesundheit noch nicht erledigt sein. Laut Krebs steht bundesweit die Frage im Raum, was der Gesellschaft eine flächendeckende Gesundheitsvorsorge wert sei.

Der Gastredner, Prof. Dr. Hans Hölschermann, Kardiologe und Chefarzt, Hochtaunuskliniken, beschrieb in seinem Vortrag den Zwiespalt zwischen ärztlichem Ethos und Kostenzwang. Ebenso wie ein Unternehmen müsse auch ein Krankenhaus die Kosten im Auge behalten, so Prof. Hölschermann. So habe die vor zehn Jahren erfolgte Umstellung von der Erstattung nach Tagessätzen auf Fallpauschalen zwar zu einer notwendigen Effizienzsteigerung in den Krankenhäusern geführt, doch mit der sinkenden Verweildauer sei die Zahl der Fälle gestiegen. Dadurch sei ein Anreiz für möglichst viele Operationen geschaffen worden, was allerdings eine Senkung der Kosten verhindere.

Insbesondere der Berufsstand des Arztes sei auf Vertrauen angewiesen, sagte Prof. Hölschermann und warnte gleichzeitig davor, dass die zunehmende Ökonomisierung dieses Vertrauen verspiele. Dennoch lautete sein abschließender Appell an die junge Generationen: „Werden Sie Arzt – denn nichts ist so schön, wie dem Menschen zu dienen."

EEP THE

FACHKRÄFTE SICHERN UND DEMOGRAFISCHEM WANDEL BEGEGNEN

STRATEGIEN FÜR DIE REGION

Strategische Personalpolitik ist in Zeiten des demografischen Wandels ein erfolgskritischer Wettbewerbsfaktor für Unternehmen. Auch wenn der Kern der Metropolregion in Zukunft noch weiter Einwohner gewinnt: Die Bevölkerung wird älter und bunter. Deshalb müssen die Maßnahmen zur Gewinnung von Fachkräften im positiven Sinne neu justiert werden. Die IHK Frankfurt wird zusammen mit dem Demografienetzwerk FrankfurtRheinMain weiterhin intensiv Unternehmen bei den Herausforderungen und Chancen des demografischen Wandels beraten und unterstützen.

Von der Vereinbarkeit von Beruf und Familie, der Beschäftigung älterer Arbeitnehmer bis hin zur Inklusion oder auch dem betrieblichen Gesundheitsmanagement: Der demografische Wandel verlangt ein frühzeitiges Umdenken in Unternehmen, Kommunen und Gesellschaft, um die Wettbewerbsfähigkeit der Metropolregion FrankfurtRheinMain zu sichern. Die Breite der Themenpalette deckt das von der IHK Frankfurt initiierte Demografienetzwerk FrankfurtRheinMain zusammen mit 15 Netzwerkpartnern mit dem Ziel ab, konkrete Hilfestellungen zu bieten und frühzeitig zu sensibilisieren. Mehr als 500 Besucher des 4. Demografiekongresses haben die Kompetenzen des Demografienetzwerks im April 2014 abgerufen und konnten sich auch in unterjährigen Arbeitskreisen zu einzelnen Themenfeldern informieren und beraten lassen. Vorbildcharakter hatte zum Beispiel ein Erfahrungsaustausch des Arbeitskreises Gesundheit am Frankfurter Flughafen, bei dem Unternehmen live vor Ort Maßnahmen des betrieblichen Gesundheitsmanagements am Flughafen kennenlernen konnten.

Neben der Praxis bringt sich die IHK Frankfurt auch mit ihrer Studien- und Analysekompetenz in die Diskussion über den Fachkräftemangel ein. Mit dem 2. Fachkräftereport der IHK Frankfurt wurden auch 2014 die wesentlichen Ergebnisse und Prognosen des kostenfreien Online-Tools „IHK-Fachkräftemonitor" veröffentlicht und verbunden mit den Forderungen der regionalen Wirtschaft in den politischen Diskurs eingebracht. Mit dem IHK-Demografierechner bietet die IHK Frankfurt zudem ein Praxistool für Unternehmen an, um den zukünftigen Fachkräftebedarf besser abschätzen zu können.

Mit dem Projekt „IHK-Ausgezeichneter Wohnort" hat die IHK Frankfurt bereits 2013 den Dialog mit den Kommunen im IHK-Bezirk gestartet, um das große Schlagwort Willkommenskultur besser greifbar zu machen und Maßnahmen für eine gelebte Willkommensstrategie zu identifizieren. Sieben Wohnorten konnte allein in 2014 das IHK-Prädikat „Ausgezeichneter Wohnort" verliehen werden! Neben dem bereits ausgezeichneten Steinbach kamen 2014 Usingen, Bad Homburg, Bad Soden, Friedrichsdorf, Kronberg, Hofheim und Oberursel hinzu. Ein deutliches Zeichen, dass die Wachstumsregion FrankfurtRheinMain einen guten Weg eingeschlagen hat, um im Wettbewerb um die klügsten Köpfe erfolgreich zu bestehen.

METROPOLREGION WEITERENTWICKELN

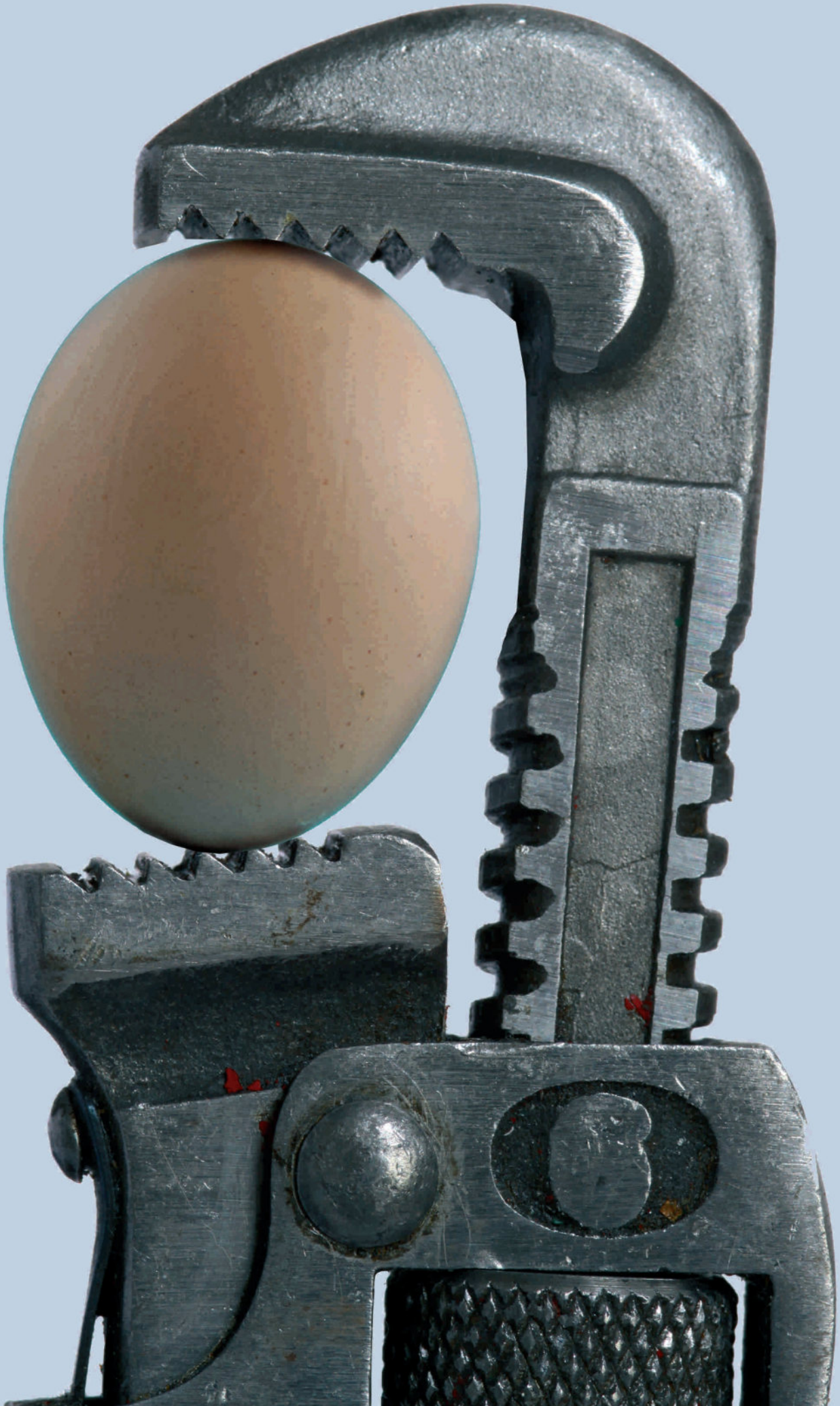
VERFLECHTUNGEN ÜBER GRENZEN HINWEG

Die Metropolregion FrankfurtRheinMain ist Wachstumsmotor Nummer eins in Deutschland und Hessen. Allerdings verläuft das Einwohnerwachstum schon heute regional sehr unterschiedlich. Während Frankfurt am Main pro Jahr um etwa 15.000 Einwohner wächst, verzeichnet rund die Hälfte der Städte und Gemeinden in FrankfurtRheinMain bereits sinkende Einwohnerzahlen. Die IHK Frankfurt setzt sich deshalb intensiv für eine regionale Entwicklungsstrategie ein, die offene Potenziale erschließt und Verkehr, Wohnen und Arbeiten integriert weiterentwickelt.

FrankfurtRheinMain wächst! Laut Beschäftigungs- und Konjunkturprognose 2015, die die regionalen IHKs unter Federführung der IHK Frankfurt im Herbst 2014 veröffentlicht haben, ist im Jahr 2015 mit 17.000 zusätzlichen sozialversicherungspflichtig Beschäftigten in der Metropolregion zu rechnen. Die wenigsten Arbeitnehmer arbeiten jedoch in dem Ort, in dem sie wohnen. Und damit wird FrankfurtRheinMain auch zur Pendlerregion Nummer eins in Deutschland. Tagsüber wächst die Bevölkerung im Bezirk der IHK Frankfurt am Main durch Pendlerbewegungen um über 267.000 Beschäftigte. Ein Großteil dieser Pendler arbeitet in der Stadt Frankfurt, wo über Tag mehr als 950.000 Einwohner und Beschäftigte leben und arbeiten. In Summe „wachsen" aber auch der Hochtaunus- und der Main-Taunus-Kreis über Tag: Der Hochtaunuskreis um knapp 4.000 Beschäftigte, der Main-Taunus-Kreis um über 1.000 Beschäftigte. Das zeigt: Nur wenn die Region als Ganzes die verfügbaren Flächenpotenziale nutzt, kann ihre Dynamik auch in Zukunft Schwung halten. Diese und weitere Ergebnisse hat die IHK Frankfurt erstmals in einer Pendlerstudie „Mobile Arbeitnehmer – Pendlerverflechtungen im IHK-Bezirk Frankfurt am Main" veröffentlicht und damit die Diskussion sowohl über den notwendigen Ausbau der Verkehrsinfrastruktur als auch über die Ausweisung dringend benötigter Wohn- und Gewerbeflächen vorangetrieben.

Mehr Transparenz auf dem Markt für Gewerbeflächen: Dieses Ziel hat die IHK Frankfurt gemeinsam mit den IHKs der Metropolregion mit der 2014 erstmals veröffentlichten Gewerbemarktübersicht „Die richtige Standortwahl: Gewerbemieten in FrankfurtRheinMain" erreicht. Dafür haben die neun Industrie- und Handelskammern des IHK-Forums RheinMain mithilfe von Experten Orientierungswerte zu Büro- und Einzelhandelsmieten sowie zu Mietpreisen für Hallen-, Logistik- und Produktionsflächen der Region zusammengetragen.

Arbeit, Wohnen, Verkehr: Dieser Dreiklang gibt den Takt in FrankfurtRheinMain an. Die Lösungen für diese komplexe Gemengelage können nur ressortübergreifend entwickelt werden. Integrierte Stadtentwicklung ist nur der erste Schritt, denn die Region ist die Stadt der Zukunft. Ein integrierter regionaler Masterplan, der abbildet, wie sich Wirtschaft, Wohnen, Handel und auch die Mobilitätsinfrastruktur in FrankfurtRheinMain in den nächsten Jahren entwickeln müssen, ist die nächste große Herausforderung, die es gilt, über die Ländergrenzen hinweg zu meistern.



KOMMUNALE FINANZEN AKTIV BEGLEITEN

ANHEBUNG DER NIVELLIERUNGSHEBESÄTZE SCHWÄCHT WIRTSCHAFTSSTANDORT

Die Gewerbesteuer ist die Haupteinnahmequelle der Kommunen. Gleichzeitig stellt sie jedoch eine Sonderbelastung für Gewerbebetriebe dar. Damit die Standortqualität nicht verschlechtert wird, hat sich die IHK Frankfurt dafür stark gemacht, dass Erhöhungen des Gewerbesteuerhebesatzes vermieden werden. Da zudem Haushaltsprobleme der Kommunen meist auf der Ausgabenseite zu suchen sind, sollte aus Sicht der Wirtschaft das Ziel eines ausgeglichenen Haushalts in erster Linie über die Ausgabenseite angegangen werden.

Einen Schwerpunkt bildete in 2014 die vom hessischen Finanzministerium geplante Reform des kommunalen Finanzausgleichs (KFA). Diese droht eine kommunale Steuererhöhungsspirale auszulösen. Im Rahmen des KFA wird die Steuerkraft jeder Kommune ermittelt. Dabei werden nicht die tatsächlichen Steuereinnahmen berücksichtigt. Vielmehr wird die Steuerkraft einer Kommune mit einem fiktiven Gewerbe- bzw. Grundsteuerhebesatz, den sogenannten Nivellierungshebesätzen, berechnet. Im Modell des hessischen Finanzministeriums soll der Nivellierungshebesatz bei der Gewerbesteuer in den kreisangehörigen Kommunen von 310 auf 357 Prozent und in den kreisfreien Städten von 310 auf 454 Prozent angehoben werden. Der Satz bei der Grundsteuer B soll bei den kreisangehörigen Kommunen von 220 auf 365 Prozent und bei den kreisfreien Städten von 220 auf 492 Prozent steigen.

Für eine kreisangehörige Gemeinde mit einem geringeren Gewerbesteuerhebesatz als dem Nivellierungshebesatz bedeutet das, dass im KFA künftig angenommen wird, die Kommune habe einen Hebesatz von 357 Prozent. Der Kommune wird somit unterstellt, sie hätte höhere Gewerbesteuereinnahmen als sie tatsächlich erzielt. Im Umkehrschluss bedeutet das wiederum, dass das Land annimmt, die Kommune habe einen geringeren Finanzbedarf und benötige somit geringere Zuweisungen aus dem Finanzausgleich.

Dieser Mechanismus wird bei vielen Kommunen dazu führen, dass sie ihre Hebesätze erhöhen müssen beziehungsweise hierzu von der Aufsichtsbehörde aufgefordert werden. Da dies letztlich den Wirtschaftsstandort Hessen schädigt, hat die IHK Frankfurt zusammen mit den anderen hessischen IHKs in Gesprächen mit Vertretern der hessischen Landesregierung, der kommunalen Spitzenverbände und verschiedener Kommunen sowie in einer Pressemeldung eine Anhebung der Nivellierungshebesätze abgelehnt.

Des Weiteren möchte das hessische Finanzministerium mit der Neuordnung des KFA eine Solidaritätsumlage für steuerstarke Kommunen einführen. Die hessischen IHKs fordern indessen, dass der kommunale Finanzausgleich den gesunden Standortwettbewerb der Kommunen begünstigen sollte, indem er Gewerbesteuerzugewinne in den Kommunen belässt.

Die von der IHK Frankfurt jährlich durchgeführte Umfrage zur Entwicklung der Realsteuerhebesätze ergab, dass im Jahr 2014 fünf von 25 Kommunen des IHK-Bezirks ihren Gewerbesteuerhebesatz und zwölf ihren Grundsteuerhebesatz B angehoben haben. Eine Senkung erfolgte nirgends.

ENERGIEEFFIZIENZ UND NACHHALTIGKEIT FÖRDERN

SICHERER UND BEZAHLBARER STROM FÜR UNTERNEHMEN

Die Umbrüche in der staatlich gelenkten Energiepolitik führen nach Ansicht der IHK Frankfurt vor allem für kleine und mittlere Unternehmen zu starken Belastungen. Insofern hat die IHK Frankfurt insbesondere das Jahr 2014 genutzt, durch Aufklärung, Information und Beratung die Unternehmen auf neue Strukturen der Energieversorgung und verschiedene Nachhaltigkeitsinstrumente vorzubereiten. Vor allem die gesetzliche Maßgabe, für bestimmte Unternehmensformen verpflichtend Energieaudits einzuführen, war Hauptbestandteil unserer Informationspolitik.

Die Zunahme umweltrechtlicher Regelungen, neue Herausforderungen durch aktuelle energiepolitische sowie klimapolitische (kommunale und staatliche) Leitideen lassen bei unseren Mitgliedsunternehmen viele Fragen, insbesondere rechtlicher Natur, aufkommen. Beratungen zu umweltrechtlichen Regelungen und behördlichem Vorgehen waren deshalb auch 2014 der Kern unserer Arbeit. Die politische und mediale Präsenz steigender Energiepreise für die Industrie war auch 2014 nicht zu überhören. In verschiedenen Veranstaltungen haben wir die Themen aufgegriffen und den Unternehmen ein breites Spektrum an Informationsmöglichkeiten geboten.

Beim letztjährigen Umwelt-Manager-Tag am 26. März 2014 stand das Thema Ressourcenmanagement für eine nachhaltige Unternehmenspolitik im Mittelpunkt. Der „Earth Day" 2014 am 24. April widmete sich dem Thema Wasser und Gewässerschutz. Erstmalig haben wir 2013 in der IHK Frankfurt das „Businessfrühstück Energie" etabliert. Auch 2014 haben wir die Veranstaltungsreihe mit Umwelt- und Energiethemen gefüllt. Die Veranstaltungsreihe wird gemeinsam durch die Industrie- und Handelskammern Darmstadt, Frankfurt, Offenbach und Hanau durchgeführt. Die jeweils etwa zweistündigen Veranstaltungen fanden am Vormittag statt. Durch die Gestaltung als Kurzveranstaltung, in einem durch das Frühstücksambiente lockeren Rahmen, waren anregende Diskussionen und Gespräche möglich, die auf Großveranstaltungen oft untergehen. Im letzten Jahr haben wir die Themenfrühstücke „Green IT" und „Brandschutz" angeboten.

Wir haben auch 2014 gesehen, dass insbesondere steigende Energiekosten sowie gestiegene Anforderungen an den betrieblichen Energieeinsatz unsere Beratungsleistung und Interessenvertretung erfordern. Die hessischen IHKs haben zusammen mit den Handwerkskammern und anderen Wirtschaftsverbänden die hessische Initiative zur Energieberatung für den Mittelstand auch 2014 weiter vorangetrieben. Neben der Unterstützung bei der Einführung betrieblicher Umwelt- und Energiemanagementsysteme rückt die IHK Frankfurt daher Möglichkeiten zur Reduzierung des Energieeinsatzes im Betriebsablauf, Maßnahmen zur Steigerung der Energieeffizienz und zur Reduzierung von Energiekosten in den Mittelpunkt der EnergieEffizienz-Messe. Bei der Messe am 1. und 2. Oktober 2014 in der IHK Frankfurt haben wir erneut fast 3.000 Teilnehmer gezählt. Die meistbesuchten Themenforen waren das Energiemanagement-, das Industrieeffizienz- und das Gebäudeeffizienzforum. Da eine frühe Sensibilisierung für die Themen Energie und Nachhaltigkeit fördernd ist, haben wir 2014 erstmals das Schulprojekt „SOS - Skyline ohne Strom" ins Leben gerufen. Damit auch in Zukunft Strom sicher und bezahlbar bleibt, sind kluge Ideen gefragt. „Skyline ohne Strom" bringt Experten aus Politik und Wirtschaft schon heute mit den Fachkräften von morgen zusammen. Deshalb gestaltet die IHK Frankfurt auch im Jahr 2015 die Workshopreihe zwischen Gymnasien und Unternehmen der produzierenden Wirtschaft. Die spannenden Unterrichtsergebnisse werden jeweils in einer Abschlussveranstaltung durch die IHK Frankfurt prämiert.

Helaba

STADTENTWICKLUNG GESTALTEN

ATTRAKTIVES WOHNEN, ARBEITEN UND EINKAUFEN IN DER REGION

Stadtentwicklung ist eine komplexe Aufgabe, wenn sie nachhaltig sein soll. Unterschiedlichste stadtgesellschaftliche Interessen sind miteinander abzuwägen und in eine ganzheitliche Planung zu integrieren. Die Stadt Frankfurt will zu diesem Zweck ein integriertes Stadtentwicklungskonzept erarbeiten. Um diesen Prozess konstruktiv zu begleiten, wird die IHK Frankfurt die spezifischen Erfordernisse der betroffenen Branchen in die Diskussion einbringen.

Im Jahr 2014 hat sich die IHK Frankfurt mit dem überarbeiteten Innenstadtkonzept als einem Teilaspekt der Stadtplanung auseinandergesetzt. Die Innenstadt hat eine besondere Bedeutung für den Einzelhandel, die Gastronomie, zahlreiche weitere Dienstleistungsbranchen und die Immobilienwirtschaft, die den Raum für unternehmerisches Handeln schafft und der Stadt durch die architektonische Gestaltung ihrer Gebäude ein Gesicht verleiht. Wichtig war für die IHK Frankfurt die Botschaft an die Stadtpolitik, dass ein solches Konzept für die Innenstadt notwendig ist und dabei Aspekte wie die Aufenthaltsqualität und die Erreichbarkeit der Innenstadt für die Besucher und die hier ansässigen Unternehmen von elementarer Bedeutung sind. Diese Einschätzung wurde erneut in einer von der IHK Frankfurt im September 2014 durchgeführten Passantenbefragung bestätigt. Die attraktive Gestaltung zentraler Plätze der Innenstadt wie der Hauptwache, aber auch der Konstablerwache und deren Belebung, beispielsweise durch Außengastronomie, ist für die Urbanität und Vitalität ausschlaggebend. Ebenso wurde angeregt, erst nach einem Versuch durch eine provisorisch verengte Berliner Straße auf zwei Fahrspuren den endgültigen Umbau der Straße in Angriff zu nehmen. Auch wenn die aktuelle IHK-Passantenbefragung bestätigte, dass der größere Teil der Innenstadtbesucher öffentliche Verkehrsmittel benutzt, so ist doch der verbleibende Teil so wichtig, dass man nicht durch die erschwerte Erreichbarkeit eine Abwanderung der Autofahrer in periphere Einkaufszentren riskieren sollte.

Um den Innenstädten alle Chancen im Wettbewerb mit dem Internethandel zu erhalten, hat sich die IHK Frankfurt in Stellungnahmen und Verhandlungen intensiv gegenüber der Landesregierung dafür eingesetzt, die gesetzlichen Regelungen der verkaufsoffenen Sonntage praxisgerecht auszugestalten. Die maximale Zahl der vier Sonntagsöffnungen wurde hierbei nicht in Frage gestellt. Gegenwärtig gestattet die Rechtslage die Genehmigung von Sonntagsöffnungen nur aus Anlass von Großveranstaltungen, an welche die Gerichte hohe Anforderungen stellen. Diese Verknüpfung führt aus Einzelhandelssicht zu ungeeigneten Terminen für die Sonntagsöffnungen und zudem zu Rechtsunsicherheit für die Unternehmen. Die IHK Frankfurt dringt daher darauf, dass verkaufsoffene Sonntage auch ohne Großveranstaltungen zulässig sein sollen.

Als standortpolitisch diskussionswürdig sieht die IHK Frankfurt die gegenwärtig geltende Frankfurter Stellplatzsatzung an. In einer IHK-Veranstaltung im Juli 2014 wurde deutlich, dass die derzeit gültigen Vorgaben für die Zahl der Stellplätze in Abhängigkeit von der Nutzung der Gebäude nicht mehr den tatsächlichen Erfordernissen entsprechen. Gerade im Wohnungsbau werden zunehmend Parkplätze nicht genutzt, die nach der Stellplatzsatzung zu bauen waren. In den Stadtgesellschaften haben eigene Autos eine abnehmende Bedeutung. Durch die hohe Zahl der geforderten Stellplätze wird der Wohnungsbau verteuert. Auf der anderen Seite gibt es Hinweise, dass die Zahl der Stellplätze für Bürogebäude zu niedrig angesetzt ist. Die IHK Frankfurt hat daher die Stadtpolitik zu einem konstruktiven Dialog über die Änderung der Stellplatzsatzung aufgerufen.

LANGE NACHT
DER INDUSTRIE
Industrie live erleben:
spannende Unternehmen,
attraktive Arbeitgeber, engagierte Ausbilder
Wir machen mit!

INDUSTRIESTANDORT STÄRKEN UND AUSBAUEN

VIELZAHL VON INNOVATIONSTREIBERN

Die Industrie hat eine Schlüsselrolle für Wachstum, Beschäftigung und materiellen Wohlstand in der Region. Daher ist es wichtig, noch stärker als in der Vergangenheit das Augenmerk auf die Entwicklung der Industrie und die Standortbedingungen für die Unternehmen zu legen. Im direkten Austausch mit Politik und Gesellschaft, durch Veranstaltungen und Publikationen setzen wir uns für stabile und verlässliche Rahmenbedingungen für die Industrie in Frankfurt am Main ein. Neben dem aktiven Marketing für mehr Akzeptanz ist die Arbeit an verbesserten Standortbedingungen im Rahmen des Masterplans Industrie zentraler Gegenstand unserer Arbeit.

90.000 Menschen sind allein in der Stadt Frankfurt am Main, im Hochtaunuskreis und im Main-Taunus-Kreis in den Unternehmen des produzierenden Gewerbes sozialversicherungspflichtig beschäftigt. Sie erwirtschaften jährlich rund 15 Prozent (10 Milliarden Euro) des gesamten Bruttoinlandsproduktes der Region. Der IHK-Bezirk Frankfurt am Main zählt somit zu den bedeutendsten Industriestandorten in Hessen und in Deutschland.

Die Region FrankfurtRheinMain zeichnet sich durch eine Vielzahl von Innovationstreibern und Marktführern aus, die sich als Hidden Champions auf den globalen Märkten einen Namen machen. So zählt die Region knapp 3.000 High-Tech-Unternehmen mit zahlreichen Mitarbeitern in Forschung und Entwicklung. Die industriellen Stärken der Region liegen traditionell in den Branchen Chemie, Pharma und LifeScience. Doch wurden auch in den Bereichen Automotive, Avionik und Elektrotechnik in den vergangenen Jahren beträchtliche Wachstumsraten verzeichnet. Im Fokus des zweimal im Jahr erscheinenden Industrie-Journals der IHK Frankfurt stehen die konjunkturelle Entwicklung in den Industriebranchen, aktuelle Trends und Herausforderungen und Handlungsempfehlungen zur Stärkung des Industriestandortes Frankfurt am Main. Ergänzt durch Unternehmensporträts und Interviews konnten die Leser unmittelbare Einblicke in regionale Unternehmen und deren Herausforderungen gewinnen.

In der „4. Langen Nacht der Industrie" am 22. Mai 2014 haben Industrieunternehmen aus dem Raum FrankfurtRheinMain erneut ihre Tore zur nächtlichen Entdeckungsreise geöffnet. Mit der Langen Nacht der Industrie hat die IHK Frankfurt gemeinsam mit den beteiligten Unternehmen wieder erfolgreich Marketing für den Industriestandort FrankfurtRheinMain betrieben. Mehr als 950 Besucher erhielten einen Einblick in Frankfurter Industriebetriebe. Unter der Schirmherrschaft des hessischen Wirtschaftsministeriums öffneten 24 Industrieunternehmen aus FrankfurtRheinMain ihre Tore - elf von ihnen waren bereits 2013 dabei. Die Unternehmen aus den Branchen Luftfahrt, Elektrotechnik, Maschinen- und Anlagenbau, Chemie u.v.m. führten jeweils zwei Besuchergruppen durch ihre Werke und gewährten spannende Einblicke in ihre Produkte und Arbeitsabläufe.

Abgerundet wurden die Aktivitäten der IHK Frankfurt zur Bedeutung des Industriestandorts mit dem "4. Frankfurter Industrieabend" am 14. Oktober 2014. Rund 180 Gäste aus Industrie, Gewerkschaften, Politik und Verbänden folgten der Einladung der IHK Frankfurt und der Stadt Frankfurt zum gemeinsamen Dialog im Börsengebäude. Im Mittelpunkt dieses Austauschs stand die Industriepolitik der Landesregierung. Staatsminister Tarek Al-Wazir erläuterte in seinem Vortrag mit dem Titel „Perspektiven der hessischen Wirtschafts- und Energiepolitik" seine industriepolitischen Schwerpunkte.

FINANZPLATZ FÖRDERN UND GESTALTEN

FRANKFURT SAGT „NǏ HǍO" ZUM RENMINBI-CLEARING

Der Finanzplatz Frankfurt ist von zentraler Bedeutung für die Wirtschaftskraft des Landes, für hochwertige Arbeitsplätze, die Standortqualität sowie die Zukunftssicherung der gesamten Region. Die IHK Frankfurt setzt sich deshalb in diversen Gremien und Netzwerken dafür ein, dass FrankfurtRheinMain seine Stellung als international wettbewerbsfähiger Finanz- und Versicherungsstandort ausbaut. Größter gemeinsamer Erfolg des vergangenen Jahres war dabei der Zuschlag für das erste Renminbi-Handelszentrum der Euro-Zone.

Das Jahr 2014 warf einmal mehr sowohl Licht als auch Schatten auf die Euro-Zone: Die Europäische Zentralbank kämpft bislang ohne zählbaren Erfolg weiter gegen die Folgen der Finanzkrise, Deflationsängste und Kreditklemmen in den Peripherieländern. Mangels weiterer Optionen im Instrumentenkasten hat die EZB im Jahresverlauf 2014 die Märkte auf umfassende Staatsanleihekäufe vorbereitet, die zu Jahresbeginn 2015 dann auch formal beschlossen wurden. Für die deutsche Finanzwirtschaft bleibt die Lage damit herausfordernd: Das Niedrigzinsumfeld macht Sparern und institutionellen Anlegern – nicht nur im Versicherungsbereich – zunehmend zu schaffen. Auch die Regulierungsaktivität von Politik und Aufsicht lässt nicht nach. Zumindest startete der Gesetzgeber zu Jahresende 2014 eine Konsultation, um Inkonsistenzen in der Fülle der neuen und geänderten Regelwerke zu identifizieren. Eine solche Evaluation hatte nicht zuletzt die IHK Frankfurt immer wieder gefordert.

Zugleich wurde mit dem Jahr 2014 das Finanzsystem wieder ein Stück stabiler, denn der Startschuss für die Europäische Bankenunion ist gefallen. Die EZB beaufsichtigt seit November 2014 direkt die 120 größten europäischen Geldhäuser, davon 21 aus Deutschland. Vorbereitend hatte sie die Bilanzen der größten Institute intensiv geprüft und deren Eigenkapitalpolster einem harten Stresstest unterzogen. Im Ergebnis sind alle deutschen Kreditinstitute hinreichend kapitalisiert und krisenstabil.

Und schließlich entschied sich China im März für die Mainmetropole als Standort in der Euro-Zone für Transaktionen in der Landeswährung Renminbi. Mit dieser neuen Institution entwickelt sich der Finanzplatz Frankfurt weiter rasant zur heimlichen Hauptstadt des gemeinsamen Währungsgebietes. Gewinner sind aber auch die vielen Unternehmen der Realwirtschaft, die Geschäftsbeziehungen mit China haben oder noch aufnehmen wollen und die bei der Fakturierung nun von niedrigeren Kosten und administrativen Erleichterungen profitieren.

Die Bemühungen der Politik, das Renminbi-Clearing nach Frankfurt zu holen, wurden von zahlreichen Akteuren – einschließlich der IHK Frankfurt – nach Kräften unterstützt. Im Juli fand etwa im Gebäude am Börsenplatz bereits im zweiten Jahr in Folge eine von der IHK mit organisierte und international stark beachtete Konferenz statt, bei der die nächsten Schritte für die Festigung der Clearingbrücke und die daraus erwachsenden Perspektiven für den Finanzplatz auf der Agenda standen.

MOBILITÄT SICHERN UND INFRASTRUKTUR AUSBAUEN

SCHLÜSSELROLLE ALS MOBILITÄTSDREHSCHEIBE

FrankfurtRheinMain im Herzen von Deutschland und Europa hat eine Schlüsselrolle als Mobilitätsdrehscheibe. Diese Funktion gilt es zu stärken und auszubauen. Die IHK Frankfurt setzt sich gegenüber der Bundes-, Landes und Kommunalpolitik für eine bessere Finanzausstattung für die Verkehrswege ein.

Das Thema Infrastrukturfinanzierung hat die IHK Frankfurt gemeinsam mit der Arbeitsgemeinschaft der hessischen IHKs auch auf der Veranstaltung „Neue Verkehrspolitik nach den Wahlen?" im Juli 2014 begleitet. In Zusammenarbeit mit der Deutschen Verkehrswissenschaftlichen Gesellschaft wurde diskutiert, wie Infrastrukturprojekte künftig zügiger umgesetzt werden können und wie die Verkehrswege wieder leistungsfähiger werden. Prominente Redner waren Prof. Kurt Bodewig, Bundesminister a.D. und Rainer Bomba, Staatssekretär im Bundesverkehrsministerium. Im Fokus der Veranstaltung stand die Frage, welche Wege es insbesondere für die neugewählten Parlamente auf Landes-, Bundes- und europäischer Ebene gibt, den desolaten Zustand der deutschen Verkehrsinfrastruktur zu beheben.

Die IHK Frankfurt hat 2014 als Federführer für Hessen außerdem ein Positionspapier der Arbeitsgemeinschaft der hessischen IHKs zum Thema „Nachhaltige Verkehrswegefinanzierung" erarbeitet. In diesem Positionspapier fordert die ARGE, dass aus den verschiedenen Steuereinnahmen des Verkehrsbereichs zukünftig deutlich mehr Mittel für die Infrastrukturfinanzierung zur Verfügung gestellt werden müssen. Die Finanzierung von Verkehrswegen sollte zudem von jährlichen Haushaltszuweisungen abgekoppelt werden. Hierbei könnten Fondslösungen und vergleichbare Strukturen genutzt werden. Auch privates Kapital sollte zukünftig stärker beteiligt werden. Ergänzend zur Infrastrukturfinanzierung durch die öffentliche Hand müssten Öffentlich-Private-Partnerschaften gleichberechtigt geprüft und dann genutzt werden, wenn dadurch Projekte rascher und effizienter realisiert und betrieben sowie Qualitätsverbesserungen erreicht werden können. Außerdem wird eine weitere finanzielle Belastung der Verkehrsteilnehmer durch die Einführung einer Pkw-Maut aufgrund der mehr als ausreichenden steuerlichen Einnahmen aus dem Verkehrsbereich abgelehnt. Pkw-Nutzer werden bereits durch die Energie- und Kfz-Steuer erheblich an der Finanzierung der Verkehrswege beteiligt.

Medienwirksam wurde das Thema Verkehrsinfrastruktur auch auf regionaler Ebene adressiert. Mit einer Plakataktion hat die IHK Frankfurt zusammen mit der IHK Offenbach eine Kampagne zur Unterstützung der Regionaltangente West (RTW) initiiert. Plakate mit Namen und Gesichtern von mehr als 40 Unternehmern und Politikern wurden in den Rathäusern und in vielen Unternehmen entlang der geplanten Strecke aufgehängt. Die Kampagne soll mehr als 100.000 Beschäftigte in den Unternehmen der Region erreichen. Die RTW soll als neue Linie die anderen Verkehrsträger entlasten und hat das Potenzial, mehr Pendler als bisher zum Umstieg vom Auto auf die Schiene zu bewegen.

Auch der Frankfurter Flughafen hat uns 2014 wieder beschäftigt: Insbesondere der geplante Bau des Terminal 3 sowie die verschiedenen Lärmschutzmaßnahmen, zum Beispiel die von der Landesregierung vorgeschlagenen Lärmpausen, erforderten öffentliche Stellungnahmen. Mit einer gemeinsamen Stellungnahme mit Verkehrswirtschaftsverbänden bekräftigten wir die Notwendigkeit des Baus von Terminal 3 in einer von der SPD-Fraktion einberufenen Landtagsanhörung. Beim Thema Lärmschutz setzen wir uns im Rahmen der Fluglärmkommission für die Belange der Wirtschaft ein, ohne dabei die Bedürfnisse der verschiedenen Betroffenen zu ignorieren.

UNTERNEHMEN GRÜNDEN HELFEN, FÖRDERN UND SICHERN

VERLÄSSLICHER PARTNER IM UNTERNEHMENSALLTAG

Mit ihrem umfassenden Branchennetzwerk schärft die IHK Frankfurt auch zukünftig ihr Profil als verlässlicher Ansprechpartner für Start-Ups und mittelständische Unternehmen, von der Gründungsberatung über Tipps zu Finanzierung und Krisenprävention bis zur Begleitung im Nachfolgeprozess. Unternehmen erhalten im persönlichen Gespräch Hilfestellung für ihre betriebliche Praxis. Bewährte Veranstaltungsformate runden das IHK-Angebotsspektrum ab und bieten neben Fachinformationen eine wertvolle Netzwerkplattform.

Die Metropolregion FrankfurtRheinMain steht nicht zuletzt für eine vitale Gründungskultur, die bereits eine Vielzahl kleiner und mittlerer Unternehmen hervorgebracht hat. Mit Ideenreichtum, Flexibilität und hohem Innovationstempo besetzen sie erfolgreich Nischen oder sind sogar als Hidden Champions Weltmarktführer. Gerade diese Unternehmen zeichnen damit auch zu einem Gutteil für Wachstum, Wohlstand und Arbeitsplätze in der Region verantwortlich. Gleichwohl bleiben die Rahmenbedingungen anspruchsvoll, denn Internationalisierung und Volatilität der Märkte nehmen zu. Innovationszyklen verkürzen sich, neue Wettbewerber reüssieren. Damit der Wirtschaftsmotor in der Region nicht an Drehzahl verliert, müssen sich Unternehmen darauf einstellen. Sie können sich mit der IHK Frankfurt auf einen verlässlichen Partner stützen, der mit Sachverstand und Einfühlungsvermögen hilft, kreative Geschäftsmodelle zu fördern, Krisensituationen im unternehmerischen Tagesgeschäft zu meistern und Friktionen im Übergabeprozess zu vermeiden.

Auch 2014 hat die IHK Frankfurt ihr Leistungsprofil mit umfangreichen Beratungs- und Serviceangeboten weiter geschärft. Und sie war gefragt: Über 7.000 Gründer haben sich informiert und beraten lassen, rund 1.000 Jungunternehmer das Qualifizierungsprogramm in Anspruch genommen. Dieses reicht von Grundlagen- und Aufbauseminaren über Businessplan-Workshops bis hin zu Finanzierungs-, Patent- und Nachfolgesprechtagen. Um den Innovationsaktivitäten der Betriebe zusätzlich Kraft und Dynamik zu verleihen, verhalf die IHK Frankfurt mit profunder Sachkenntnis und dichtem Partnernetzwerk vor allem kleineren Unternehmen dazu, externe Wissensquellen nutzbar zu machen, Kooperationspartner zu finden, Finanzierungskonzepte aufzustellen sowie passgenaue Fördermöglichkeiten zu erschließen.

Zahlreiche gut besuchte Veranstaltungen rundeten das Angebotsspektrum ab: Das 13. Frankfurter Symposium Compliance & Unternehmenssicherheit sowie der 13. Mittelstandstag FrankfurtRheinMain vermittelten eine Fülle praxisrelevanter Anregungen und boten zugleich eine wertvolle Netzwerkplattform. Die gemeinsam mit dem ZEIT-Verlag organisierte Konferenz Arbeit & Gesellschaft nahm sich Fragen der Personalarbeit in Zeiten von demografischem Wandel, Digitalisierung und Generation Y an. Hinzu kam zum Jahresende eine interaktive Workshopveranstaltung, in der Ansätze zu einer stärkeren Flexibilisierung mittelständischer Unternehmen mithilfe „agiler Geschäftsmodelle" erarbeitet wurden.

PRICE
SHARED
GOAL
SERVICE
VISION
POSITIVE
LEAD
INCOME
STRATEGY
MAXIMIZE
BUSINESS

AUS- UND WEITERBILDUNG: QUALIFIZIERUNG DURCHFÜHREN

KARRIERE DURCH LEHRE

Der Fachkräftebedarf ist in aller Munde. Etliche Unternehmen bezeichnen ihn bereits als existenzielle Herausforderung. Mit der Übertragung der Organisation von Aus- und Weiterbildung auf die Industrie- und Handelskammern hat der Gesetzgeber der Selbstverwaltung der Unternehmen die Möglichkeit gegeben, wirtschafts- und arbeitsmarktnah zu qualifizieren. Ein Blick nach Europa zeigt: Überall dort, wo sich die Kammern um die Berufsausbildung kümmern, ist die Jugendarbeitslosigkeit gering.

Längst engagiert sich die IHK Frankfurt nicht mehr nur in der Berufsausbildung. Aus ihrem Spektrum an hoheitlichen Aufgaben bedient sie die Werbung für eine Karriere mit Lehre und das lebensbegleitende Lernen, das Nachholen von Berufsabschlüssen sowie die Anerkennung von ausländischen Zeugnissen.

In der Dienstleistungshauptstadt Frankfurt lernt jeder achte Auszubildende in einem Büroberuf. Wenn sich – wie 2014 geschehen – mit einer Novellierung Inhalte und Anforderungen an die Kompetenzen im Beruf ändern, ist eine breite Aufklärung notwendig. Die IHK Frankfurt hat in zahlreichen Informationsveranstaltungen, mit einem zusätzlichen Internet-Portal und mit vielen Betriebsbesuchen über die Neuerungen informiert. Im Anschluss wurden die ehrenamtlichen Prüfer und Berufsschullehrer geschult sowie die Ersteller von Prüfungen auf ihre neue Aufgabe vorbereitet.

Um über die Chancen der beruflichen Karriere mit Lehre aufzuklären, wirkt die IHK Frankfurt nicht allein als Schirmherrin bei der Berufsbildungsmesse Rhein-Main mit. Längst ist sie während des ganzen Jahres mit Ständen unterwegs und informiert Eltern, Schüler und Lehrer bei Veranstaltungen in Schulen, bei Ausbildungsmessen oder Tagen der offenen Tür. Damit wird sie zur IHK zum Anfassen, sei es in Oberursel oder in Sossenheim. Eine vertiefende Berufsorientierung exklusiver Art bietet sie engagierten Schülerinnen und Schülern während der Sommerferien. Im IHK-Feriencamp können sie sich ausführlich mit Berufen in Naturwissenschaft, IT und Technik befassen.

Um Frankfurt als Kreativstandort zu stärken, bietet die IHK Frankfurt als einzige IHK in Deutschland die Prüfung zum Musikfachwirt an. Dieser Qualifizierung in der Aufstiegsfortbildung soll nun ein weiteres Profil für die Branche folgen. Mit ihrem Berufsbildungsausschuss hat die IHK den Fachwirt für Medienmarketing und -vertrieb entwickelt, der den Verlagen bei ihrer Personalentwicklung helfen soll.

Die Aufstiegsfortbildung mit IHK-Abschlüssen lohnt sich. Das zeigte erneut eine bundesweite Umfrage unter IHK-Absolventinnen und Absolventen. Für 62 Prozent der Befragten hat die Weiterbildung positive Auswirkungen auf ihre berufliche Karriere, 74 Prozent stiegen auf oder haben einen größeren Verantwortungsbereich, 69 Prozent verbesserten sich finanziell. 21 Prozent erhöhten die Sicherheit ihres Arbeitsplatzes und 14 Prozent bewältigen ihre Aufgaben besser als vor der Weiterbildung. Und für über die Hälfte dieser Gruppe stellte sich ein Weiterbildungserfolg schon im Prüfungsjahr ein.

WETTBEWERB FAIR GESTALTEN

WIR SETZEN UNS FÜR SIE EIN

Auch das Jahr 2014 hat der Wirtschaft eine Vielzahl neuer Regelungen im Bereich Wettbewerbsrecht beschert, weitere Neuerungen sind auf den Weg gebracht worden. Im Rahmen von kritischen Stellungnahmen unter anderem zum Änderungsentwurf des Unterlassungsklagegesetzes (UKlaG) sowie einer Novellierung des Gesetzes gegen den unlauteren Wettbewerb (UWG) zur weiteren Harmonisierung des Wettbewerbsrechts hat sich die IHK Frankfurt für wirtschaftsfreundliche Lösungen eingesetzt.

Mit der Änderung des UKlaG sollen Datenschutzvorschriften neben dem grundsätzlichen Persönlichkeitsrecht zugleich auch den Schutz als Verbraucher bezwecken. Verletzungen sollen künftig einen Wettbewerbsverstoß nach dem UWG darstellen können. Die IHK Frankfurt hat sich gegen diese Verschärfung ausgesprochen. Die Datenschutzvorschriften sind sehr umfangreich, teils schwer verständlich und insbesondere für kleinere Unternehmen nur schwer umzusetzen. Im Fokus der Verbraucher- und Wettbewerbsvereine werden daher gerade die kleineren Unternehmen stehen. Es ist zu befürchten, dass nach der Neuregelung gerade sie künftig vermehrt, gegebenenfalls auch missbräuchlichen, datenschutzrechtlichen Abmahnungen ausgesetzt werden.

Zu den mit der Novellierung des UWG geplanten Klarstellungen, durch die nunmehr die EU-Richtlinie über unlautere Geschäftspraktiken (UGP-Richtlinie) europarechtskonform umgesetzt wird, hat sich die IHK Frankfurt grundsätzlich positiv geäußert. Andere Regelungsbereiche gehen jedoch weit über eine 1:1-Umsetzung hinaus, sie werden von der UGP-Richtlinie überhaupt nicht erfasst. Die IHK Frankfurt hat sich daher gegen einen Eingriff in die Systematik des Mitbewerberschutzes ausgesprochen. Es besteht kein gesetzgeberischer Handlungsbedarf.

Wie schon in den vergangenen Jahren hat sich die IHK Frankfurt auch 2014 gemeinsam mit dem Deutschen Schutzverband gegen Wirtschaftskriminalität (DSW) dafür eingesetzt, ihre Mitglieder vor den Machenschaften unseriöser Anbieter von Adress- und anderen Datenverzeichnissen zu schützen. Durch spezifische Beratung sowie Internet-Informationen mit einer Musteranfechtungserklärung konnten zahlreiche Unternehmer vor einem finanziellen Schaden bewahrt werden.

Die BDSG-Novelle II hatte wesentliche Änderungen in den §§ 28, 29 BDSG zum Gegenstand. Insbesondere die Streichung des Listenprivilegs führte zu Einschränkungen im Adresshandel und bei Werbemaßnahmen von Unternehmen. Im Jahr 2014 hat die Bundesregierung eine Evaluierung der Gesetzesänderungen durchgeführt. Die IHK Frankfurt hat durch ihre Beteiligung am Verfahren dazu beitragen können, dass die Bundesregierung keine weiteren Verschärfungen der Vorschriften vornehmen wird.

Zu diesen neuen Regelungen sowie allen anderen wirtschaftsrelevanten Rechtsgebieten bietet die IHK Frankfurt neben individueller Beratung und umfangreichen Internetinformationen jedes Jahr Informationsveranstaltungen an. Ein Highlight sind die jährlichen Veranstaltungen zum Internetrecht. Auf sehr hohem Niveau werden hier die aktuellen Entwicklungen des Informationsrechts sowie die Rechtsprechung der Gerichte diskutiert. Weitere regelmäßige Veranstaltungen gibt es zum gewerblichen Rechtsschutz, zum GmbH-Recht sowie zum Arbeitsrecht.

WIRTSCHAFTSF
FINNLAND
Dienstag, 7. Oktober 2014

Al Dheeb
Ba'Omar

WETTBEWERBSFÄHIGKEIT INTERNATIONAL FÖRDERN

FÜR EIN ERFOLGREICHES EXPORTGESCHÄFT: CHANCEN ERKENNEN UND STÄRKEN NUTZEN

Für das Auslandsgeschäft unserer Unternehmen war 2014 ein erfolgreiches Jahr. Mit einem Plus von 2,7 Prozent und einem Exportvolumen in Höhe von 58,5 Mrd. Euro erreichten die hessischen Ausfuhren einen neuen Rekord. Dabei kam den hessischen Unternehmen ihre breite internationale Aufstellung zugute, denn weltweit entwickelten sich die Auslandsmärkte sehr heterogen. Auch 2014 war die Leitlinie der IHK Frankfurt, als Partner - gerade der KMUs - Chancen weltweit aufzuzeigen und Hürden im Auslandsgeschäft aus dem Weg zu räumen.

Individuelle Beratung zu Fragen des Marktzugangs sowie zahlreiche Veranstaltungen, die der Information, dem Erfahrungsaustausch und dem Networking dienen, standen im Zentrum unseres Angebots. Prominent besetzt war das Wirtschaftsforum Finnland mit dem finnischen Staatspräsidenten Sauli Niinistö als Ehrengast und Keynote-Speaker. Besondere Aufmerksamkeit mit mehreren Veranstaltungen und einem intensiven Beratungsangebot widmeten wir dem schwierigeren Geschäftsumfeld in Russland. Die Geschäftsmöglichkeiten im arabischen Raum beleuchteten wir u.a. mit dem Wirtschaftstag Oman, an dem eine hochrangige Wirtschaftsdelegation unter Leitung des Staatssekretärs im omanischen Wirtschaftsministerium teilnahm. Umfangreich war auch im Jahr 2014 unser Programm zu Asien, u.a. mit zwei Veranstaltungen der bewährten Reihe China Jour Fixe und einer Mongoleiveranstaltung. Darüber hinaus boten zum Beispiel ein Wirtschaftstag Thailand, eine Inhouse-Beratung Myanmar und mehrere Events zu Indien die Gelegenheit, sich über Geschäftschancen in der Region ein konkretes Bild zu verschaffen. In Dubai betreute die IHK Frankfurt im Zuge des Auslandsmesseprogramms für hessische Unternehmen die INTERSEC, eine internationale Messe für Sicherheitsausrüstung und -technologie sowie die BIG 5, die größte Baumesse in der Region.

Als bewährter Partner für Fragen der Abwicklung des Auslandsgeschäfts stand die Beglaubigungsstelle der IHK Frankfurt den Unternehmen zur Seite, u.a. mit rund 40.000 Ursprungszeugnissen und Beglaubigungen, zahlreichen Einzelberatungen und einem umfassenden Seminarprogramm zu Zollthemen.

Berufsbildung und Fachkräftesicherung sind Themen, die in den letzten Jahren spürbar auch im internationalen Kontakt an Bedeutung gewinnen. Das Interesse an dem erfolgreichen deutschen System der Dualen Ausbildung ist international groß. So standen bei einer Veranstaltung unter dem Stichwort Skills Develompent auch die Möglichkeiten des Bildungsexports von Deutschland nach Indien im Mittelpunkt. Prominentester Besucher zu diesem Thema in der IHK Frankfurt war US-Arbeitsminister Thomas Perez, der sich in einem Roundtable mit IHK-Experten und Unternehmern aus der Region über die praktischen Aspekte der Dualen Ausbildung informierte. Um konkrete Beschäftigungsmöglichkeiten für junge Absolventen ging es beim deutsch-französischen Talente-Treffen sowie bei einer Informationsveranstaltung für saudische Studenten in Deutschland über Beschäftigungsmöglichkeiten bei deutschen Firmen in Saudi Arabien. Die Unternehmen des Groß- und Außenhandels sind traditionell eine wichtige Schnittstelle des internationalen Geschäfts am Standort Frankfurt, die als Bindeglied zwischen den unterschiedlichen Branchen im In- und Ausland fungiert. Mit dem „Großhandels Jour Fixe" führte die IHK Frankfurt das im Vorjahr erfolgreich gestartete Format eines Branchendialogs fort.

METROPOLREGION FRANKFURTRHEINMAIN
N
NW
NE
W
SW
SE
S

WISSENSREGION AUSBAUEN - DIALOG IN NETZWERKEN FÖRDERN

WISSENSATLAS – WISSENSBILANZ – WISSENSKOMPASS

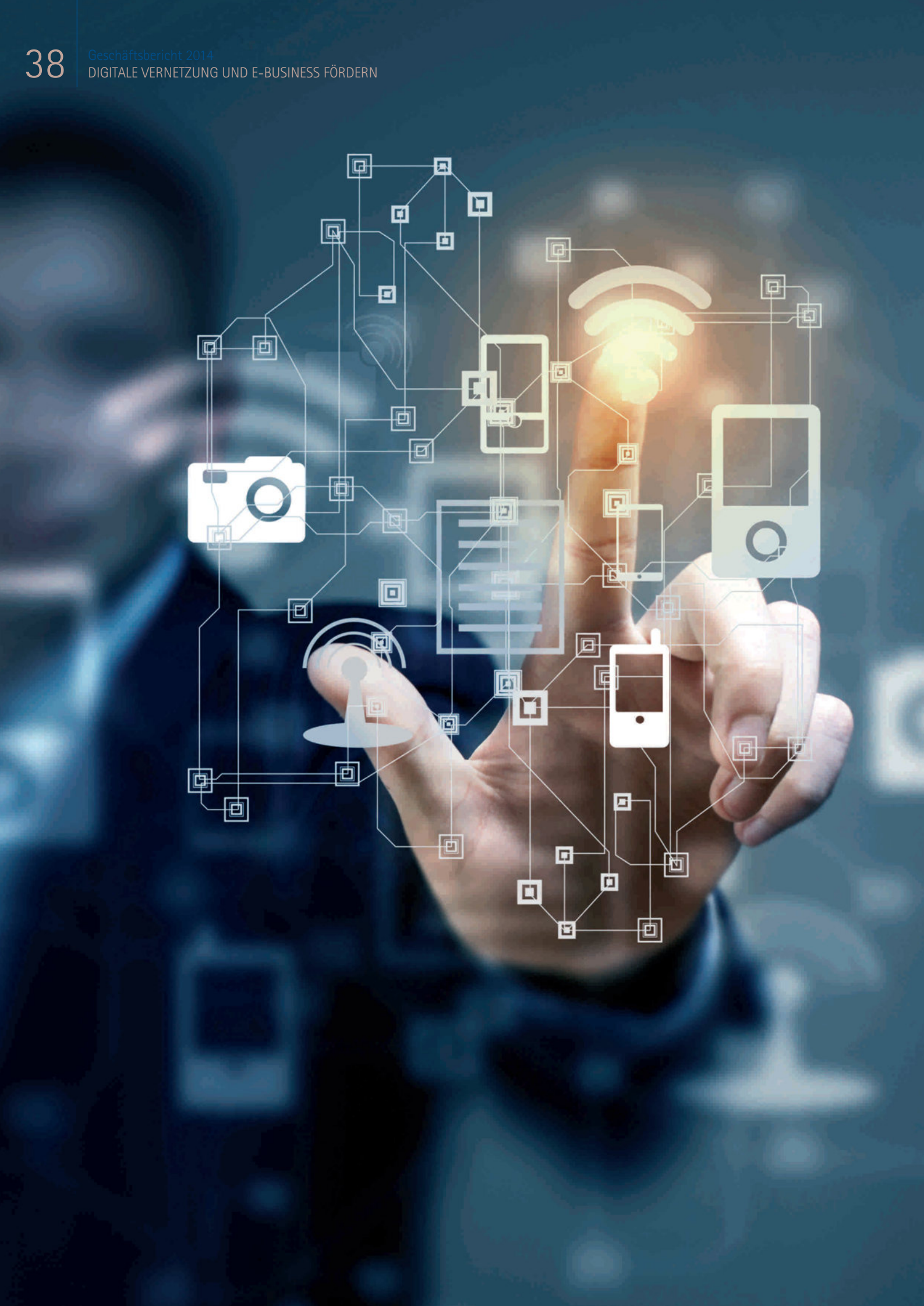
Die Wissensregion FrankfurtRheinMain ist geprägt durch eine Vielzahl an Hochschulen, Forschungs- und Kultureinrichtungen sowie Unternehmen mit Forschungs- und Entwicklungszentren. Wissen, Kreativität und Können der Arbeitskräfte, Innovationskraft von Unternehmen und Forschungseinrichtungen sowie Netzwerke zwischen Wirtschaft und Wissenschaft sind die Treiber für Wertschöpfung und Wohlstand der Region. Die IHK Frankfurt engagiert sich daher bei der Initiierung von Clustern und fördert mit ihren Beratern den Wissens- und Technologietransfer zwischen Hochschulen und Unternehmen.

Die Forschungsinfrastruktur in der Region FrankfurtRheinMain bietet beste Voraussetzungen für die Bildung von Clustern. So sind in der Region derzeit 30 Hochschulen an 37 Standorten, sechs Max-Planck-Institute, drei Fraunhofer-Institute sowie ein Helmholtz-Zentrum tätig. Darüber hinaus sind etwa 80 zum Teil weltweit tätige Forschungseinrichtungen außerhalb der Hochschulen angesiedelt. Schließlich gibt es mit dem „House of Finance", dem „House of IT", dem „House of Logistics and Mobility" sowie dem „House of Clean Energy" vier interdisziplinäre Forschungszentren. Mit dem „House of Pharma" soll ein Weiteres hinzukommen. Die IHK Frankfurt unterstützt dieses Vorhaben aktiv. Darüber hinaus verfügt FrankfurtRheinMain als international bedeutende Europäische Metropolregion über zahlreiche starke Cluster.

Vor diesem Hintergrund unterstützen wir die vom Regionalverband, von der Wirtschaftsinitiative und einigen südhessischen IHKs getragene Initiative Wissensregion FrankfurtRheinMain auch weiterhin. Wir arbeiten aktiv an der Fortschreibung der Kernprodukte der Initiative mit. Der Wissensatlas stellt die Highlights der Wissensregion vor, die Wissensbilanz zieht einen Vergleich zu den anderen deutschen Metropolregionen und der Wissenskompass gibt einen Überblick zu den Stärken der Wissensregion.

Mit der Verleihung des Hans-Messer-Preises am 11. Februar 2014 und der Verleihung des Dissertationspreises am 24. November 2014 hat die IHK Frankfurt auch 2014 wieder die Exzellenz der wissenschaftlichen Ausbildung und Forschung an den Hochschulen gewürdigt und ins Bewusstsein der Öffentlichkeit gebracht. So konnten sich bei den beiden Veranstaltungen jeweils rund 150 Teilnehmer von der Leistungsstärke der Frankfurt University of Applied Sciences und der Goethe-Universität überzeugen.

Was die zukünftige Sicherung der flächendeckenden Gesundheitsversorgung anbelangt, so haben die IHK-Innovationsberatung Hessen und das Hessische Wirtschaftsministerium die Zeichen der Zeit früh erkannt. Sie veranstalteten das erste „Mobile Health Forum" am 22. Juli 2014 in der IHK Frankfurt. Mehr als 100 Teilnehmer waren in die Mainmetropole gereist, um die Entwicklungen und Perspektiven von mobilen Informations- und Kommunikationstechnologien (IKT) im Gesundheitswesen vorzustellen und zu diskutieren. Das Ziel der Veranstaltung: Die Vernetzung von IKT- und Gesundheits-Branche, um neue Kooperationen und Projekte im Bereich der mobilen Gesundheitsversorgung zu initiieren. Eine Fortführung des Mobile Health Forums in 2015 ist fest geplant.



DIGITALE VERNETZUNG UND E-BUSINESS FÖRDERN

GUT VERNETZT IN DIE ZUKUNFT

Digitalisierung ist der Megatrend unserer Zeit. Sie prägt unsere Gesellschaft und wird zukünftig unsere Entwicklung entscheidend beeinflussen. Die Taktrate, mit der sich unsere Wirtschaft digitalisiert, bestimmt die Zukunftsfähigkeit unserer Region. Einige Unternehmen nutzen bereits die Chancen der Digitalisierung, zum Beispiel durch Cloud Computing, Big Data oder Mobile Apps. Digitalisierung beginnt mit der richtigen Onlinestrategie. Hier bietet die IHK mit dem BIEG Hessen einen Ansprechpartner für sämtliche Fragen rund um Internet und E-Business.

Bereits zum 10. Mal informierten sich kleine und mittlere Unternehmen am 9. Juli 2014 auf dem Online-Marketing-Tag über die Trends der digitalen Welt. Rund 450 Teilnehmer tauschten sich aus über Social Media-Strategien, Suchmaschinen-Optimierung und Website-Gestaltung. Der Online-Marketing-Tag hat sich in der Region als „Treffpunkt für Entscheider" fest etabliert und wird im Jahr 2015 am 14. Juli in der IHK Frankfurt stattfinden.

Die Kommunikation im Netz verändert sich - und uns. Auf Facebook & Co. erzählen wir unser Leben und mit WhatsApp bleiben wir ständig mit Freunden in Kontakt. Welche Chancen und Risiken sich daraus ergeben, diskutierten am 17. September 2014 rund 300 kleine und mittlere Unternehmen auf dem Social Media Day.

Mit dem Hessischen Website Award prämierte das BIEG Hessen vorbildliche Internetauftritte mit herausragendem Design, klarer Zielgruppenansprache und wertvollen Inhalten. Die Preisträger 2014 wurden im Zuge einer feierlichen Preisverleihung am 7. Oktober 2014 in der IHK Frankfurt geehrt. Gewonnen hatte der Reiseveranstalter www.eagleadventuretours.de aus Marburg. Der Anmeldezeitraum für den Hessischen Website Award 2015 ist vom 15. Juli bis 15. September.

Die zunehmende Digitalisierung durchdringt weltweit alle Wirtschaftszweige. Industrie 4.0, Big Data, Mobility und Cloud Computing sind die IT-Innovationstreiber unserer Zeit. Am größten Datenumschlagsplatz in FrankfurtRheinMain sind diese Trends keine Vision mehr, sondern bereits Realität. Welche Rahmenbedingungen geschaffen werden müssen, welche Technologien und Strategien zukunftsfähig sind und zur Innovationskraft der gesamten deutschen Wirtschaft beitragen, diskutierten rund 250 geladene Gäste aus Politik und Wirtschaft am 30. Oktober auf dem „6. Frankfurter Symposium für Digitale Infrastruktur".

Die Telekommunikationsnetze sind die Datenautobahnen unserer Zeit. Die Verfügbarkeit von Breitband-Internet-Verbindungen ist in der Stadt Frankfurt mit Ausnahme weniger Quartiere hervorragend. In den Landkreisen Hochtaunus und Main-Taunus sind hingegen noch größere Lücken zu schließen. Die IHK Frankfurt hat sich insbesondere für die Aufnahme der Gewerbegebiete in die Breitband-Ausbaupläne eingesetzt.

WIRTSCHAFTSPOLITIK: INTERESSEN DER WIRTSCHAFT VERTRETEN

IM DIALOG MIT DER POLITIK

In Zeiten von Mindestlohn, Rente mit 63, Pkw-Maut, der Neuregelung der Besteuerung von Firmenerben und Gewerbesteueranhebungen trotz Rekordsteuereinnahmen stellt sich die Frage, wie der Kompass zur Stärkung des Wirtschaftsstandorts Deutschland neu justiert werden kann. Dazu gewinnt die Politikberatung durch die Industrie- und Handelskammern an Bedeutung. Die IHK Frankfurt wird sich auch deshalb im Vorfeld der Kommunalwahlen 2016 als Stimme der gewerblichen Wirtschaft intensiv in den politischen Diskurs einbringen.

Nach einem durchwachsenen Jahresverlauf 2014 hat die Wirtschaft in Deutschland und Hessen mit rund 1,5 Prozent BIP-Wachstum einen versöhnlichen Jahresabschluss gefunden. In den IHK-Konjunkturumfragen berichten regelmäßig rund 90 Prozent der Unternehmen von guten oder befriedigenden Geschäften. Aber die Konjunkturumfragen der Industrie- und Handelskammern geben auch regelmäßig einen Fingerzeig auf Handlungsfelder, die für eine Stärkung des Wirtschaftsstandorts dringend verbessert werden müssen. Mindestlohn und Rente mit 63 lassen deutlich mehr als ein Drittel der Unternehmen befürchten, dass steigende Arbeitskosten und der Fachkräftemangel ein Risiko für die zukünftige wirtschaftliche Entwicklung sind. Das zeigt: Die vermeintliche „Komfortzone", in der sich die Wirtschaft in Hessen aktuell auch dank eines niedrigen Ölpreises und Euro-Kurses befindet, darf die politischen Entscheidungsträger nicht dazu verleiten, sich auf vermeintlichen Erfolgen auszuruhen. Vielmehr müssen jetzt die Vorkehrungen getroffen werden, um den Standort Deutschland für die zukünftigen Herausforderungen zu wappnen – diese beginnen beim demografischen Wandel und reichen über die Energiewende bis hin zur Überbelastung der Verkehrsinfrastruktur in der Metropolregion FrankfurtRheinMain.

Dabei nutzt die IHK Frankfurt einen breiten Fächer an Maßnahmen, um den Dialog mit der Politik zu fördern. Mit den Europapolitischen Positionen hat die IHK-Organisation die Europawahlen im Mai 2014 begleitet. Im Dezember 2014 verabschiedete die Vollversammlung der IHK Frankfurt die „Wirtschaftspolitischen Positionen der IHK-Organisation 2015", einen umfassenden Forderungskatalog als Reaktion auf bundespolitische Dossiers. Aber auch die Nachwirkungen der Landtagswahlen und die erste schwarz-grüne Koalition in einem Flächenland standen im Jahr 2014 nicht nur wegen der Diskussion über den Bau des Terminals 3 am Flughafen im Fokus. In Gesprächen und Veranstaltungen mit politischen Vertretern aller Ebenen vermitteln die Repräsentanten der regionalen Wirtschaft deshalb regelmäßig die wesentlichen Bedürfnisse und Forderungen zur Stärkung des Standorts. Beispielhaft dafür stehen neben zahlreichen Stellungnahmen und Positionspapieren der IHK-Neujahrsempfang, das Format „Wirtschaft trifft Politik" in den Landkreisen des IHK-Bezirks und Kontaktgespräche der Präsidenten und Hauptgeschäftsführer der hessischen IHKs – im Landtag ebenso wie in der Kommunalpolitik.

137. Jahrgang 05.14
IHK Industrie- und Handelskammer Frankfurt am Main
IHK WirtschaftsForum
Unternehmermagazin für die Region FrankfurtRheinMain
www.frankfurt-main.ihk.de A 4836
GREATER CHINA 14–33
WICHTIGER HANDELSPARTNER – TAIWAN UND HONGKONG – MARKENGESETZ NOVELLIERT – GESUNDHEITSSYSTEM
JETZT AUCH DIGITAL!
02.14
IHK WirtschaftsForum
Unternehmermagazin für die Region FrankfurtRheinMain
FACHKRÄFTE 08–30
ZUKUNFT DER ARBEITSWELT – NETZWERKE SCHAFFEN LÖSUNGEN – GENERATION Y: KARRIERE NEU DEFINIERT
STANDORTPOLITIK Neue Landesregierung: Verlässliche Perspektiven 32
STARTHILFE Interne Netzwerke: Den Kulturwandel gestalten 34
RECHT Gutscheine als Geschenk: Auf Befristung achten 41
IHK-Wahl
22. Januar bis 10. Februar
2014
Unternehmer entscheiden!
03.14
IHK WirtschaftsForum
Unternehmermagazin für die Region FrankfurtRheinMain
AUS- UND WEITERBILDUNG 12–31
ERFOLGSMODELL DUALE AUSBILDUNG – ARBEITGEBERMARKE AUFBAUEN – NACHQUALIFIZIERUNG
IHK INTERN Jahresempfang: Vertrauensvorschuss für Schwarz-Grün 08
STANDORTPOLITIK Interview mit Hessens Wirtschaftsminister Tarek Al-Wazir 32
STARTHILFE Nachfolge ohne Familienzwist: Wirtschaftsmediation 41
JETZT AUCH DIGITAL!
04.14
IHK WirtschaftsForum
Unternehmermagazin für die Region FrankfurtRheinMain
ENERGIE 18–28
ENERGIEWENDE NEU JUSTIEREN – ENERGIEKOSTEN MINIMIEREN – SKYLINE OHNE STROM – ENERGIEMANAGEMENT
06.14
IHK WirtschaftsForum
Unternehmermagazin für die Region FrankfurtRheinMain
METROPOLREGION FRANKFURTRHEINMAIN

MITGLIEDER- UND KUNDENBEZIEHUNGSMANAGEMENT

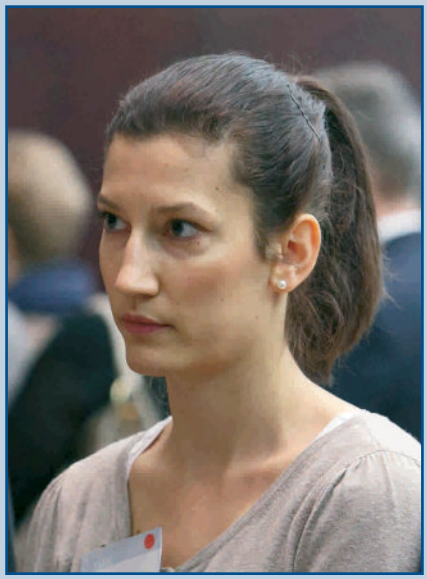
AUF DEM WEG ZUM SYSTEM

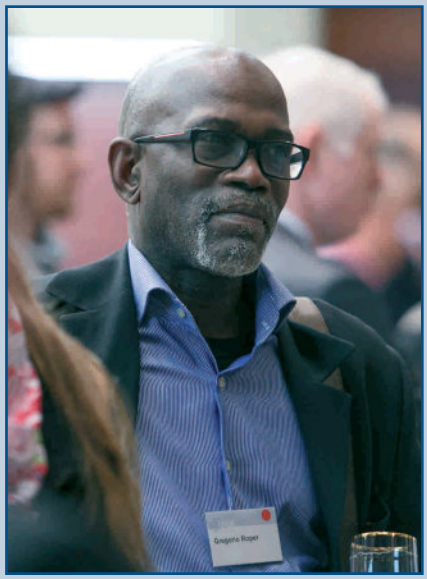
Die Förderung der regionalen gewerblichen Wirtschaft und ihrer Akteure steht im Mittelpunkt sämtlicher Aktivitäten der IHK Frankfurt. Das 2011 gestartete Strategieprojekt hatte das Ziel, diese Arbeit effizienter, effektiver und noch stärker nutzbringend für die Mitgliedsfirmen zu gestalten sowie die Service- und Dienstleistungsorientierung der hauptamtlichen Mitarbeiter zu erhöhen. Die strategischen Wertetreiber sind Kundenorientierung, Transparenz, Effizienz und Innovation.

Unsere Mitgliedsunternehmen erwarten von der IHK Frankfurt, dass sie effektive und effiziente Dienstleistungen anbietet und als Selbstverwaltung der Wirtschaft alle Möglichkeiten für ein modernes Verwaltungshandeln nutzt. Dazu gehören IT-Systeme, mit denen es leichter gelingt, die Aufgaben wahrzunehmen und die Mitglieder nah und unbürokratisch zu unterstützen.

So hat die IHK Frankfurt in den vergangenen beiden Jahren ihre IT-Werkzeuge auf den Prüfstein gestellt. Heute arbeitet sie mit modernen Lösungen für Webauftritt, Online-Newsletter, mobile Produktapplikationen und Kundenbindungsmanagement, die im Zusammenspiel ein zukunftsorientiertes Mitgliederbindungsmanagement ermöglichen. Damit kann die IHK Frankfurt ihre Produkte und Dienstleistungen schneller auf den Bedarf ihrer Mitglieder ausrichten und ihre internen Geschäftsprozesse systematischer und arbeitsteiliger gestalten. Auch die gesamte IHK-Organisation profitiert davon: Mit ihren Prozessen im Kundenbeziehungsmanagement hat die IHK Frankfurt eine Vorreiterrolle in der IHK-Landschaft eingenommen.

Den größten Nutzen haben allerdings die IHK-Mitglieder, weil Leistungen für sie bedarfsorientierter und individueller angeboten werden können. In der Palette der Informationsangebote stehen die Leitveranstaltungen ganz oben auf der Liste. Damit ist die IHK Frankfurt die zentrale Plattform in der Region, bei der sich Mitglieder und Akteure der Wirtschaftsregion FrankfurtRheinMain zum Austausch und zur Entwicklung von Ideen treffen. Die hohe Resonanz und Zufriedenheit der Teilnehmer zeigt, dass Veranstaltungen wie der „Online-Marketing-Tag", die „EnergieEffizienz-Messe", der „Finanzplatztag", die diversen Ländertage, die „Lange Nacht der Industrie" und der „Mittelstandstag" den Bedarf der IHK-Mitglieder erfüllen.





NEUE MITGLIEDER

WILLKOMMEN IM KREIS DER UNTERNEHMER

Neue IHK-Mitgliedsunternehmen sind eine wichtige Zielgruppe für die IHK Frankfurt. Mit verschiedenen Maßnahmen rücken sie weiter in den Fokus unserer Arbeit. Wir bauen die Hemmschwelle der neuen Mitglieder ab, in Kontakt mit der IHK Frankfurt zu treten. So begeistern sich neue IHK-Mitglieder auch für eine Mitarbeit im Ehrenamt.

Mit einem Begrüßungspaket für neue Mitglieder heißen wir sie im Kreise der Unternehmer herzlich willkommen. Bereits vor einigen Jahren hat die IHK Frankfurt die Veranstaltung „New Kammer" begründet, die zwei Mal im Jahr stattfindet. Hier werden neue Mitgliedsunternehmen eingeladen, die in lockerer Runde in einer Art „Speed Dating" die IHK-Abteilungen und ihre Leistungen kennenlernen und sich untereinander und mit IHK-Mitarbeitern vernetzen können. Die Veranstaltung findet seit 2010 mit durchschnittlich 70 Teilnehmern pro Abend statt. Mit Führungen durch das IHK-Gebäude, an denen sowohl neue Mitgliedsunternehmen als auch andere Gäste teilnehmen können, sorgen wir für einen ungezwungenen Erstkontakt.

Die einstündige Tour durch das Haus zeigt die IHK-Unterstützung im unternehmerischen Alltag und die historische Bedeutung des Gebäudes. Immerhin hat Ludwig Erhard hier die soziale Marktwirtschaft begründet. Die Entwicklung der Frankfurter Börse, die das IHK-Gebäude über die Grenzen der Stadt hinaus bekannt macht, ist für viele eine ebenso spannende Geschichte. Exklusiv besichtigen können die neuen Mitglieder den Plenarsaal und das Präsidiumszimmer. So lernen sie nicht nur die Tradition des Hauses der Frankfurter Wirtschaft, sondern auch die Räumlichkeiten kennen, in denen das Parlament der Wirtschaft tagt – und wo sie sich künftig vielleicht selbst engagieren werden. Die Führungen werden in der zweiten Hälfte des Jahres 2015 fortgeführt, sobald der Umbau des IHK-Gebäudes beendet ist.

Neben der ersten Kontaktaufnahme informieren wir die neuen Mitglieder auch über die Dienstleistungen und Aufgaben der IHK Frankfurt. Ziel ist eine höhere Nutzung von IHK-Produkten. Die neuen Mitglieder sollen „Dauernutzer" werden.

Zusätzlich zu den genannten Leistungen für die Neumitglieder untersuchen wir deren Kundenbedarf und optimieren den Prozess der Ansprache weiter. Künftig wollen wir unsere Produkte noch zielgerichteter anbieten. Die Abbildung der Neukunden erfolgt auch im CRM-System. Insbesondere neue Geschäftsführer vermitteln wir in Branchen-Netzwerke und gewinnen sie für die Mitarbeit im IHK-Ehrenamt.

IHK-JAHRESABSCHLUSS

LAGEBERICHT 49

1. Parlament der Wirtschaft gewählt – Objektivität und Unabhängigkeit leiten IHK-Gremien

2. Wirtschaftliche Rahmenbedingungen 2014

3. Leistungsschwerpunkte und wesentliche Projekte
   - Landespolitik aktiv begleiten – Interessen der gewerblichen Wirtschaft vertreten
   - Ausbildungssituation zum 31.12.2014
   - Förderung der Aus- und Weiterbildung
   - Dem Fachkräftemangel entgegenwirken
   - Mittelstandsorientierung
   - Metropolregion FrankfurtRheinMain bewegt!
   - Mobilität sichern und Infrastruktur ausbauen
   - Profilierung des Finanzplatzes
   - Internationalität des Wirtschaftsstandortes

4. Geschäftsentwicklung
   - Umsatz- und Ergebnisentwicklung
   - Vermögens- und Finanzlage
   - Investitionen
   - Personal
   - Vereinbarkeit von Beruf und Familie/Diversity
   - Personalentwicklung/Fach- und Führungsnachwuchs/Betriebliche Ausbildung
   - Gesundheitsmanagement

5. Chancen- und Risikobericht

6. Wesentliche Ereignisse nach dem Bilanzstichtag

7. Aktueller Ausblick und Entwicklungen

BILANZ | ANLAGENSPIEGEL 70

ERFOLGSRECHNUNG 72

FINANZRECHNUNG 73

ANHANG 74

BESTÄTIGUNGSVERMERK 90

LAGEBERICHT 2014

1. PARLAMENT DER WIRTSCHAFT GEWÄHLT – OBJEKTIVITÄT UND UNABHÄNGIGKEIT LEITEN IHK-GREMIEN

Die gewerblichen Unternehmen der Stadt Frankfurt, des Hochtaunus- und des Main-Taunus-Kreises haben zu Beginn des Jahres 2014 über die Zusammensetzung der IHK-Vollversammlung für die Legislaturperiode vom 1. April 2014 bis zum 31. März 2019 entschieden und damit festgelegt, wer in den kommenden Jahren, stellvertretend für alle Unternehmen und Branchen, die Interessen der regionalen Wirtschaft in diesem ehrenamtlichen Gremium vertritt. Der IHK-Bezirk Frankfurt stellt einen der leistungsfähigsten Wirtschaftsstandorte Deutschlands dar. Die 89 gewählten Unternehmerinnen und Unternehmer, vorwiegend aus dem Mittelstand, bestimmen den inhaltlichen Kurs und die Richtlinien der IHK-Arbeit, geben der Politik kompetente und verlässliche Beratung in wichtigen Standortfragen, entscheiden über die Höhe der Mitgliedsbeiträge und den Wirtschaftsplan, koordinieren die Arbeit der Ausschüsse und Arbeitskreise und setzen sich als Vertreter der rund 100.000 Unternehmen im IHK-Bezirk für eine Stärkung des Standortes im Sinne des ehrbaren Kaufmanns ein. Mit der Einteilung in zwölf branchenbezogene Wahlgruppen wird die Struktur der regionalen Wirtschaft in diesem Gremium sachgemäß abgebildet. Die Größe der Wahlgruppen orientiert sich an der wirtschaftlichen Bedeutung der einzelnen Branchen im Bezirk. Von den gewählten Unternehmensvertretern engagiert sich ein Drittel erstmals; ein Viertel aller Mitglieder sind Unternehmerinnen. Die Vollversammlung und die IHK-Geschäftsführung werden bei den Fachthemen von den Ausschüssen beraten, die wichtige Impulsgeber sind. Mehr als 800 Unternehmerinnen und Unternehmer bringen in diesen 20 Gremien ehrenamtlich mit viel Einsatz die Erfahrung aus den unterschiedlichsten Branchen und Betriebsgrößen ein, garantieren Wirtschaftsnähe und unterstützen damit die Arbeit im Gesamtinteresse der Unternehmen.

In der konstituierenden Sitzung der Vollversammlung im April 2014 wurden Prof. Dr. Mathias Müller als Präsident für eine zweite Amtszeit wiedergewählt und sieben der neun Präsidiumsmitglieder als Vizepräsidenten erneut berufen. In den nächsten fünf Jahren werden als gemeinsame und wesentliche Herausforderungen für Ehren- und Hauptamt die Weiterentwicklung der Metropolregion FrankfurtRheinMain, eine tragfähige Verbindung von Gewerbe und Wohnen sowie die Sicherung des Fachkräftenachwuchses im Mittelpunkt stehen. Damit der Standort FrankfurtRheinMain auch in Zukunft eine der Top-Wirtschaftsregionen in Deutschland bleibt, werden darüber hinaus die Rahmenbedingungen insbesondere für eine starke Industrie, einen prosperierenden Außen- und Einzelhandel, das internationale Flughafendrehkreuz, das europäische Finanzzentrum und für die boomende IT- und Internet-Branche sorgfältig weiter zu entwickeln sein.

2. WIRTSCHAFTLICHE RAHMENBEDINGUNGEN 2014

Das globale Wirtschaftswachstum entwickelte sich nur moderat und schwächer als zu Jahresbeginn noch erwartet, dabei verlief die wirtschaftliche Entwicklung unausgewogen und war durch geopolitische Risiken erschwert. In den Schwellenländern bremsten strukturelle Engpässe sowie finanzielle und makroökonomische Ungleichgewichte die wirtschaftliche Expansion. Obwohl das durchschnittliche Wachstum der Schwellenländer mit 4,4 Prozent das der Industrienationen deutlich übertraf, schwächte es sich im Vorjahresvergleich um 0,3 Prozentpunkte ab. Die BRICS-Länder verzeichneten, mit Ausnahme von Indien, niedrigere Wachstumsraten als im Vorjahr, und China registrierte das niedrigste Wirtschaftswachstum seit Jahren. Die Industriestaaten insgesamt belegten im Vergleich lediglich einen Zuwachs von 1,8 Prozent. Und während die Vereinigten Staaten und das Vereinigte Königreich ein unerwartet hohes Wachstum von 2,4 bzw. 2,6 Prozent erfuhren, blieben Japan mit 0,1 Prozent und die Euro-Zone aufgrund geringer

Investitionen und eines zögerlichen Reformtempos mit 0,8 Prozent hinter den Erwartungen zurück. Im Euro-Raum hat der konjunkturelle Erholungsprozess im zweiten Halbjahr an Schwung verloren, und das Wirtschaftswachstum fiel – auch ohne Deutschland gerechnet – deutlich geringer aus als noch zu Beginn des Jahres angenommen. Dabei konzentrierten sich die negativen Meldungen auf die Kernländer, die durch fortbestehende strukturelle Probleme gehemmt waren, während die von der Krise besonders betroffenen Peripherieländer positiv überraschten. Zu der Verlangsamung des Wachstumstempos trugen ebenfalls die vergleichsweise schwache Expansion des Welthandels, die Zunahme der geopolitischen Spannungen sowie Sanktionen und Gegenmaßnahmen im Zusammenhang mit dem Ukraine-Konflikt bei.

Die Wirtschaft in Deutschland hat sich trotz der zahlreichen Krisenherde und dem schwierigen weltwirtschaftlichen Umfeld mit einem Wachstum des Bruttoinlandsprodukts von etwa 1,5 Prozent insgesamt solide und besser als in den Vorjahren entwickelt, auch wenn die konjunkturelle Dynamik in den einzelnen Quartalen durchaus unterschiedlich ausfiel. Merklich steigenden Arbeitseinkommen standen nur verhaltene Preissteigerungen gegenüber, sodass das real verfügbare Einkommen spürbar zunahm. Wachstumstreiber der deutschen Wirtschaft war daher vor allem der Konsum im Inland, der 0,8 Prozentpunkte zum Wachstum beitrug; die Investitionen in Maschinen und Bauten sorgten für 0,3 Prozentpunkte. Der Export legte trotz außenpolitischer Turbulenzen mit 3,7 Prozent etwas stärker zu als der Import mit 3,3 Prozent. Der Außenhandelsüberschuss steuerte damit 0,4 Prozentpunkte bei. Der Arbeitsmarkt zeigte sich trotz der schwächeren Wirtschaftsentwicklung solide und unabhängig von den konjunkturellen Entwicklungen und verzeichnete mit 42,6 Mio. Erwerbstätigen einen neuen Höchststand. Die Zahl der Arbeitslosen sank um 3,5 Prozent auf 2,1 Mio., was einer Arbeitslosenquote von 4,7 Prozent, dem niedrigsten Stand seit der Wiedervereinigung, entspricht. Auch in Hessen verlief die konjunkturelle Entwicklung ähnlich wie im Bund. Während im ersten Halbjahr noch eine Wachstumsrate von 1,7 Prozent im Vergleich zum Vorjahreszeitraum ausgewiesen wurde, bestätigte sich im zweiten Halbjahr die bereits im Konjunkturbericht der Arbeitsgemeinschaft der hessischen IHKs vorhergesehene konjunkturelle Abkühlung. Diese spiegelte zum Herbst die deutlich gesunkenen Erwartungen in einem um acht Punkte niedrigeren Geschäftsklimaindex, dem eine notwendige Korrektur der Prognose für das Wirtschaftswachstum auf 1,4 Prozent folgte. Der hessische Arbeitsmarkt erreichte mit mehr als 35.000 neuen Arbeitsplätzen ein Plus von 1,1 Prozent und meldete mit 3,3 Millionen erwerbstätigen Personen ebenfalls eine neue Rekordbeschäftigung, von der der Dienstleistungssektor, in dem mehr als drei Viertel der hessischen Erwerbstätigen beschäftigt sind, besonders profitierte.

Die Region FrankfurtRheinMain bleibt mit rund 5,6 Millionen Einwohnern, rund 2,9 Millionen Erwerbstätigen und einem Bruttoinlandsprodukt von rund 200 Milliarden Euro eine der bedeutendsten deutschen Metropolregionen. Grund hierfür ist die international herausragende Stellung als Verkehrs- und Datendrehscheibe, Messe- und Finanzplatz sowie Wissenschafts- und Dienstleistungsstandort mit Frankfurt als dem Mittelpunkt dieser dynamischen Wirtschaftsregion. Allein im Bezirk der IHK Frankfurt werden auf 4,5 Prozent der Fläche und mit rund einem Viertel der Erwerbstätigen mehr als ein Drittel der Wertschöpfung in Hessen erarbeitet. Die Wirtschaft im IHK-Bezirk startete ebenso schwungvoll in das neue Jahr, bevor auch hier im Herbst die Erwartungen deutlich nachließen. Der IHK-Geschäftsklimaindikator, dem zwischenzeitlich eine Befragung von rund 2.700 Unternehmen zugrunde liegt, verlor im Verlauf des Jahres trotz guter Geschäftslage sieben Punkte. Auch hier entwickelte sich der Arbeitsmarkt positiv. Sowohl in der Stadt Frankfurt als auch im Hochtaunuskreis und im Main-Taunus-Kreis war ein Abwärtstrend bei der Arbeitslosenquote zu beobachten. So verzeichnete die Stadt Frankfurt eine durchschnittliche Arbeitslosenquote von 7,3 Prozent (2013: 7,4 Prozent), der Hochtaunuskreis von 4,0 Prozent (2013: 4,1 Prozent) und der Main-Taunus-Kreis von 4,2 Prozent (2013: 4,4 Prozent).

3. LEISTUNGSSCHWERPUNKTE UND WESENTLICHE PROJEKTE

LANDESPOLITIK AKTIV BEGLEITEN – INTERESSEN DER GEWERBLICHEN WIRTSCHAFT VERTRETEN

Deutschland hat seit Ende 2013 eine neue Regierung, und auch in Hessen ist eine neue Koalition gestartet. Die Arbeitsgemeinschaft der hessischen IHKs hatte im Vorfeld der Landtagswahl die wichtigsten Forderungen aus Unternehmersicht an die nächste hessische Landesregierung formuliert. Daher war es nur folgerichtig, dass sich die hessischen IHKs im vergangenen Jahr gegenüber der Politik im Nachgang zu den verschiedenen Gesetzesvorhaben und Strukturierungsmaßnahmen im Sinne der gewerblichen Wirtschaft kritisch äußerten.

Um den Produktions- und Investitionsstandort Hessen weiterhin attraktiv zu halten, müssen standortschädigende Steuererhöhungen vermieden werden. So enthält das Modell des Hessischen Finanzministeriums für den Kommunalen Finanzausgleich grundsätzlich richtige Steuerungselemente, beispielsweise die Anreize für steuerschwache Kommunen, die Stärkung des ländlichen Raumes und die Vermeidung von Übergangshärten, allerdings entsprechen die rein rechnerische Anhebung der Finanzkraft der Kommunen, Stichwort Nivellierungshebesätze, und die pauschale Berechnung des kommunalen Bedarfs nicht der Realität. Viele Kommunen werden gezwungen sein, indirekt die Realsteuerhebesätze zu erhöhen, wodurch der Wirtschaftsstandort Hessen deutlich teurer wird. Für einen nachhaltigen Defizitabbau sind unter Berücksichtigung der demografischen Entwicklung jedoch größere Anstrengungen auf der Ausgabenseite erforderlich.

Ebenso lehnen die hessischen IHKs die erneute Anhebung der Grunderwerbsteuer ab, da durch die wiederholte Anhebung in den vergangenen Jahren dieser Steuersatz bereits einen drastischen Anstieg um rund 70,0 Prozent erfahren hat. Hessen weist mit 6,0 Prozent bundesweit den zweithöchsten Wert nach Schleswig-Holstein (6,5 Prozent) aus. Um für Investoren das richtige Signal zu senden, wird eine Orientierung an den Bundesländern Bayern und Sachsen für notwendig erachtet, die diesen Steuersatz seit Jahren bei 3,5 Prozent konstant halten.

Im Hinblick auf die Auswirkungen durch die Umsetzung des Gesetzesentwurfs zur Einführung der Rente mit 63 Jahren kritisierten die IHKs gegenüber den hessischen Mitgliedern des Deutschen Bundestags den zu erwartenden unverhältnismäßigen Anstieg der Beitragslasten für Arbeitnehmer und Unternehmen. Der Arbeitsplatz Deutschland wird für die kommende Generation junger Fachkräfte damit voraussichtlich deutlich unattraktiver, und die Unternehmen werden künftig den Standort Deutschland wegen der hohen Arbeitskosten meiden.

Die hessischen IHKs begrüßten die Bestätigung der Regelungen des bestehenden Erbschaftsteuerrechts durch das Bundesverfassungsgericht, nach der die Verschonung von Betriebsvermögen zur Sicherung von Arbeitsplätzen und Unternehmen grundsätzlich möglich ist. Zeitgleich forderten sie von der Politik, dass über die benannten verfassungswidrigen Bestandteile kurzfristig Rechtssicherheit geschaffen werden muss, da ansonsten kurzfristig negative Auswirkungen auf Investitionsentscheidungen und Arbeitsplätze drohen. Die Unternehmen setzen hier auf die Zusage der Bundesregierung, dass die Unternehmensnachfolge auch künftig mittelstandsfreundlich gestaltet wird und die Substanz und das Eigenkapital nicht durch höhere Erbschaftssteuern geschwächt werden.

AUSBILDUNGSSITUATION ZUM 31.12.2014

Die duale Ausbildung ist die Voraussetzung dafür, dass die Jugendarbeitslosigkeit in Deutschland niedrig ist, und Jugendliche, die eine betriebliche Ausbildung absolvieren, hervorragende Beschäftigungsaussichten haben. Im IHK-Bezirk Frankfurt blieb die Ausbildungssituation für die Bewerber weiterhin attraktiv. Schon zu Beginn des Jahres waren bei der Arbeitsagentur Frankfurt mehr Ausbildungsstellen als Bewerber gemeldet, da die Unternehmen, gestützt durch die konjunkturelle Lage, ihr Ausbildungsangebot beibehielten oder sogar erhöhten. Nach den Statistiken der für den IHK-Bezirk zuständigen Arbeitsagentur Frankfurt waren gegen Ende des Jahres für jeden unversorgten Bewerber noch 2,6 offene Stellenangebote in fast allen Branchen und Berufen vorhanden. Die endgültigen Vertragszahlen weisen für

das im Jahr 2014 beginnende Ausbildungsjahr mit 5.279 Verträgen eine leichte Abnahme um 1,7 Prozent zum Vorjahr aus, wobei der Rückgang im kaufmännischen Bereich mit 2,2 Prozent stärker ausfiel als bei den gewerblich-technischen Berufen (-0,2 Prozent); der Anteil der Verträge im kaufmännischen Bereich an der Gesamtheit aller Verträge lag aber immer noch bei 75,4 Prozent (Vorjahr 76,0 Prozent).

Im Rahmen des fortgeführten Ausbildungspaktes konnten im vergangenen Jahr 689 zusätzliche Ausbildungsplätze und 549 neue Ausbildungsbetriebe gewonnen werden. Darüber hinaus boten Unternehmen 98 Plätze für Einstiegsqualifizierungen an, von denen 88 in Anspruch genommen wurden. In Hessen blieben die IHK-Unternehmen somit die größten Anbieter der dualen Ausbildung und stellten weiterhin rund 60,0 Prozent aller Ausbildungsplätze in 150 anerkannten Ausbildungsberufen für Industrie, Handel und Dienstleistung.

Für die Abschlussprüfungen organisierte die IHK Frankfurt zu zwei unterschiedlichen Zeitpunkten an über 250 Standorten für 6.379 Prüfungsteilnehmer schriftliche sowie praktische oder mündliche Abschlussprüfungen in 120 Berufsbildern. Zu den Prüfungsteilnehmern zählten auch 713 Beschäftigte ohne Ausbildungsvertrag, die gemäß Berufsbildungsgesetz zur Prüfung zugelassen werden, wenn sie dokumentieren können, dass sie die notwendigen Berufskenntnisse und die Qualifikation für eine Prüfung erworben haben. In der Aufstiegsfortbildung wurden in 40 Fortbildungsprofilen rund 1.600 Absolventen geprüft. Der Präsident und der Hauptgeschäftsführer der IHK Frankfurt danken den mehr als 3.500 Prüferinnen und Prüfern für ihr ehrenamtliches Engagement und die Unterstützung im Rahmen dieser Prüfungen.

FÖRDERUNG DER AUS- UND WEITERBILDUNG

Der Wettbewerb um die besten Nachwuchskräfte nimmt stetig zu, und der anhaltende Trend zur Akademisierung setzt die duale Ausbildung zunehmend unter Druck. Erstmals gab es 2014 genauso viele Studien- wie Ausbildungsanfänger. Da die Wirtschaft in der Metropolregion auch zukünftig kompetente Auszubildende und Fachkräfte braucht, bleiben die duale Ausbildung und die anschließende Weiterbildung wesentliche Bestandteile einer nachhaltigen Fachkräftesicherung. Die Arbeitsgemeinschaft der hessischen IHKs setzt sich in regelmäßigen Gesprächen mit den Ministerien und Arbeitsagenturen für möglichst viele Maßnahmen und Steuerungsinstrumente ein, die den Einstieg in die duale Berufsausbildung vorbereiten und die Rahmenbedingungen verbessern. Die Ergebnisse dieser Beratungen finden regelmäßig in der Fachkräftestrategie der Landesregierung ihren Niederschlag.

Neue Strategien und Formen der Kontaktaufnahme mit potenziellen Auszubildenden und Ausbildungsbetrieben sind zukünftig gefragt, um ein zielgruppengerechtes Ausbildungsmarketing erfolgreich durchzuführen und Lösungen zu finden, alle Bewerber, auch die mit schlechteren Voraussetzungen, in die betriebliche Aus- und Weiterbildung zu integrieren. Zur Prozessoptimierung der Berufsorientierung, des Matchings und der Vermittlung wird deshalb nicht nur bei zahlreichen Gewerbeschauen mit kommunalen Wirtschaftsförderungsgesellschaften oder bei Schulveranstaltungen informiert, sondern vermehrt auch mit neuartigen Formaten geworben.

Bereits zum zweiten Mal wurde im Rahmen eines Azubi-Speed-Datings ein eher unkonventionelles Zusammentreffen von Unternehmen mit interessierten, aber bisher unvermittelten Bewerbern ausgerichtet. Hierzu waren alle Schüler der allgemeinbildenden Schulen eingeladen, die für das laufende Ausbildungsjahr noch eine Lehrstelle suchten. Es kamen etwa 700 Schüler, die mit den Personalleitern von 55 Ausbildungsunternehmen zusammentrafen. Im Turnus von zehn Minuten hatten die Bewerber und Unternehmen Zeit, sich im Gespräch kennenzulernen und die jeweilige Attraktivität aufzuzeigen oder seitens der Schüler Bewerbungssituationen zu trainieren. Bewerber, die vielleicht die Chance zu einem persönlichen Vorstellungsgespräch nicht erhalten hätten, konnten so mit ihrer Persönlichkeit überzeugen und eine vielleicht schlechte Zeugnisnote kurz erklären. Die Unternehmensvertreter, beispielsweise von der tegut GmbH & Co. KG, zogen ein positives Fazit und kündigten ihre erneute Teilnahme für das folgende Jahr an. Bei der Suche nach Auszubildenden wurden die Unternehmen mit branchenspezifischen Angeboten unterstützt. Hierzu gehörte die „Lange Nacht der Industrie", bei der 26 Industriebetriebe unterschiedlicher Branchen, vom Mittelständler

bis zum Weltkonzern, von der bekannten Marke bis zum „Hidden Champion", in der Rhein-Main-Region ihre Tore öffneten, um den mehr als 1.000 Besuchern ihre Technologien, Arbeitsprozesse und Produkte zu präsentieren. Die Unternehmen zeigten sich Schülern und Studenten als attraktive Ausbildungsbetriebe und potenzielle Arbeitgeber. Dagegen sensibilisierte das einwöchige „IHK-Feriencamp" im Industriepark Höchst bei Provadis Jugendliche für die technisch-naturwissenschaftlichen Berufe, förderte so eine frühe Berufsorientierung und vermittelte einen detaillierten Eindruck zu den Anforderungsprofilen der Berufe im Bereich Mathematik, Informatik, Naturwissenschaft und Technik (MINT). Schüler aus FrankfurtRheinMain konnten Einblick in die Elektro- und Metallausbildung und in typische Laborarbeitsabläufe nehmen und dabei ihre praktischen Fähigkeiten testen. Ergänzend erhielten sie Tipps zu Bewerbungsverfahren, persönliche Feedbacks und erfuhren in einem Training mit einem Basketballer der Frankfurter Skyliners, wie wichtig gute Zusammenarbeit ist. Am Ende stand für sie ein IHK-Zertifikat, das die Unternehmen begrüßen, da es die Leistungsbereitschaft und das Interesse der Bewerber unterstreicht.

Umfangreiche Informationen über Berufe und freie Ausbildungsplätze konnten die Schüler der Abgangsklassen nicht nur über die IHK-Lehrstellenbörse im Internet, sondern auch bei der 21. Berufsbildungsmesse erhalten, die unter der Schirmherrschaft der IHK Frankfurt, der HWK Frankfurt-Rhein-Main, der Stadt Frankfurt sowie der Agentur für Arbeit Frankfurt stand. Rund 100 Ausbildungsbetriebe präsentierten etwa 10.000 Teilnehmern die breite Palette der beruflichen Aus- und Weiterbildung, erklärten Voraussetzungen, Lernbedingungen sowie -inhalte und informierten über ausgewählte Berufsfelder von Dienstleistung, Handel, Industrie, Handwerk, öffentlichem Dienst und der freien Berufe. Ausbildungsleiter der Unternehmen und deren Auszubildende, Ausbildungsberater der IHK Frankfurt, Berufsschullehrer und Bildungssachverständige der Weiterbildungsträger sowie die Berufsberatung des Arbeitsamtes standen an drei Tagen für Auskünfte zu Tätigkeiten und Karrierewegen zur Verfügung. Unter dem Motto „Berufe zum Anfassen" boten viele Aussteller durch Demonstration typischer Aktivitäten Schülern, Eltern und auch Lehrkräften Einblicke in die praktische Tätigkeit eines Berufs. Angesprochen wurden insbesondere auch Eltern mit Migrationshintergrund, da in der Regel das duale Ausbildungssystem und die beruflichen Qualifizierungsmöglichkeiten in deren Heimatländern unbekannt sind.

Ein Beispiel der gezielten Förderung hinsichtlich einer systematischen Berufsorientierung, dem reibungslosen Berufseinstieg und der Chancengleichheit von weniger leistungsfähigen Bewerbern in der Schulphase ist das „Frankfurter Hauptschulprojekt". Dieses koordiniert die Zusammenarbeit zwischen den Hauptschulzweigen der Frankfurter Schulen und Unternehmen nach einheitlichen Qualitätsstandards gemeinsam mit der Gesellschaft für Jugendbeschäftigung und dem Bildungsdezernat der Stadt Frankfurt. Die Vollversammlung hatte entschieden, das Stiftungskapital der hundertjährigen IHK-Jubiläumsstiftung in Höhe von 150.000 Euro zu Gunsten des Projekts „Übergang Schule – Beruf" 2014 aufzulösen, um damit einen finanziellen Beitrag zur Sicherung der Aktivitäten zu leisten. Seit 2007 konnte die Übergangsquote dieser Hauptschüler in die duale Ausbildung mit nun 16,0 Prozent mehr als verdreifacht werden. Im letzten Schuljahr profitierten mehr als 800 Schüler von dieser Betreuung.

Mit dem Ziel, die Zahl der Ausbildungsabbrüche zu senken, engagierte sich die IHK Frankfurt weiterhin in dem Netzwerk zur „Optimierung der lokalen Vermittlungsarbeit" (OloV), das einen möglichst zügigen und passgenauen Übergang junger Menschen von der Schule in eine berufliche Ausbildung ermöglichen soll und die Themen Ausbildungsreife, Berufsorientierung und gezielte Bündelung der Aktivitäten und Informationen fokussiert. Bestandteil des Orientierungsprozesses ist jeweils eine umfassende Profilfeststellung, in deren Verlauf die persönlichen, methodischen und sozialen Kompetenzen jedes Schülers festgestellt und dokumentiert werden, um einen geeigneten Ausbildungsplatz zu vermitteln.

Die hessischen IHKs drängten vor dem Hintergrund des starken Zulaufs an die Hochschulen darauf, dass die Aufklärung über die Perspektiven der dualen Ausbildung und die Möglichkeiten des Studiums an allen Schularten deutlich verbessert wird. Duale Ausbildung und Studium sind dabei kein Gegensatz, sondern zentrale Bestandteile für die Wettbewerbsfähigkeit des Landes. In Abstimmung mit dem Hessischen Ministerium für Wirtschaft, Energie, Verkehr

und Landesentwicklung, dem Hessischen Ministerium für Wissenschaft und Kunst sowie dem Hessischen Kultusministerium wurde die Kampagne „Duales Studium für Hessen" aktiv unterstützt. Gemeinsam mit den Hochschulen und den Berufsakademien wurde der Ausbau von dualen Studiengängen vorangetrieben und der Einfluss auf die regionalen Netzwerke zum Austausch zwischen Wirtschaft, Hochschulen und Berufsakademien verstärkt. Mit eigens eingerichteten Informationsbüros haben die hessischen IHKs seit 2014 Unternehmen und Studieninteressierte bei der Orientierung und Suche und bei der organisatorischen Durchführung der Praxisphasen persönlich beraten, um Angebot und Nachfrage noch besser zusammenzuführen. Daneben werden auch die regionalen Bedarfe für eine Weiterentwicklung des dualen Studienangebots ermittelt.

Zentrale Aufgabe der Schulen ist es, junge Menschen auf die Anforderungen der Berufs-, Arbeits- und Lebenswelt vorzubereiten. Seit 2006 verleiht die Arbeitsgemeinschaft der hessischen IHKs in Zusammenarbeit mit dem Hessischen Kultusministerium den IHK-Schulpreis, mit dem besonders leistungsstarke Haupt- und Realschulen ausgezeichnet werden, die sich anhand der Abschlussnoten messen lassen. Diese sind bei der Bewerbung um einen Ausbildungsplatz zwar nicht allein entscheidend, aber für die Ausbildungsbetriebe ein wichtiger Hinweis auf fachliche Kompetenzen, Leistungsbereitschaft, Durchhaltevermögen und Motivation. Für den Schulpreis 2014 bewarben sich 26 Schulen im Bildungsgang Hauptschule und 28 Schulen im Bildungsgang Realschule. Außerdem wurde erstmalig ein Sonderpreis für den „Übergang von der Schule in den Beruf" ausgelobt, um den sich 34 Schulen beworben haben.

Nur durch eine ständige Modernisierung und Anpassung von Berufsbildern an die Arbeitswelt von heute bleibt die duale Berufsausbildung attraktiv. Erhöhte organisatorische Anforderungen ergaben sich mit der Einführung des Berufs des Kaufmanns für Büromanagement, der gleich drei kaufmännische Büroberufe ablöste und zukünftig Deutschlands meistgewählter Ausbildungsberuf sein wird. Mit dem neuen Beruf einher ging eine umfangreiche Aufklärungskampagne über die Erfordernisse bei der Umstellung in Form von Einzelberatungen, Informationsmaterialien und Veranstaltungen für Unternehmen und den öffentlichen Dienst, für den die IHK Frankfurt vom Land Hessen als zuständige Stelle benannt wurde. Für den Einzelhandel spielt das Internet eine immer größere und unabdingbare Rolle. In einzelnen Teilbranchen sind bereits große Umsatzanteile in den Internet-Handel abgewandert, und auch der stationäre Ladenhandel muss zumindest mit wesentlichen Informationen über das eigene Unternehmen präsent sein. In den Lehrplänen für die Berufe im Einzelhandel sind jedoch weder das Internet noch der Online-Handel zu finden. Die IHK Frankfurt setzte sich intensiv über den DIHK, die Dachorganisation der IHKs, dafür ein, diese Themen als Ausbildungsinhalte zu platzieren, was schließlich in den verantwortlichen Gremien zustimmend aufgenommen wurden.

Die Unternehmen vertrauen bei der beruflichen Ausbildung auf ein - durch die betriebliche Praxis und die Berufsschule - gesichertes Niveau an Kompetenzen und Fertigkeiten, das abschließend durch die IHK-Prüfungen zertifiziert und durch sachkundige und persönlich geeignete Prüfer abgenommen wird. Die Prozesse der Geheimhaltung der bundesweit einheitlichen Prüfungsaufgaben wurden im Geschäftsbereich Aus- und Weiterbildung und in den Aufgabenstellen der IHK Arbeitsgemeinschaft im Rahmen eines Audits überprüft und zertifiziert. Zum Thema „Berufsorientierung" wurde erstmals eine gesonderte Veranstaltung für Lehrer und Referendare durchgeführt, deren Erkenntnisse und Themen in den aktuellen Prozess der Schulentwicklungsplanung für Frankfurter Schulen weitergegeben wurden. Im Vorfeld der Neuberufung zahlreicher Prüfer haben sich die Mitglieder des Berufsbildungsausschusses, in dem Arbeitgeber- und Arbeitnehmervertreter sowie Lehrer der Berufsschulen vertreten sind, mit einem modernen Prüferprofil für das Handeln in diesem Ehrenamt auseinandergesetzt. Dabei haben sie Empfehlungen für ein professionelles und verantwortungsvolles Verhalten im Prüfungsgeschehen formuliert, die für alle rund 3.500 Prüfer zukünftig einen Handlungsrahmen bilden und die insbesondere das qualitative Selbstverständnis betonen. Dem Geschäftsfeld Aus- und Weiterbildung dient dieser Kodex als Orientierung bei der Prüferauswahl und -benennung.

DEM FACHKRÄFTEMANGEL ENTGEGENWIRKEN

In vielen Unternehmen ist das Bewusstsein für das Erfordernis, neue Fachkräfte zu rekrutieren und dabei auch bisher weniger genutzte Potenziale zu erschließen, in den letzten Jahren gewachsen. Die berufsbegleitende Weiterbildung während der gesamten Erwerbstätigkeit hat stetig an Bedeutung gewonnen und wird künftig selbstverständlich werden. Ein Blick auf das aktuelle Umfeld verdeutlicht, dass die Ursachen des Fachkräftemangels vielschichtig und herausfordernd sind. So haben sich beispielsweise Unterrichtsformen und Didaktik in den letzten Jahrzehnten trotz des dynamischen Aufkommens von IT-Medien nur wenig verändert. Die jüngere Generation wird so nur schwer für Weiterbildung zu motivieren sein. Chancen der frühkindlichen Bildung werden derzeit noch nicht ausreichend genutzt, und Schulen entlassen zu viele Jugendliche ohne ausreichende Kompetenzen. Obwohl die Wirtschaft ihre Wettbewerbsfähigkeit maßgeblich ihrer technischen Innovationskraft verdankt, spielt Technik-Bildung in den Schulen kaum eine Rolle. Fehlende berufsbegleitende Studienangebote erschweren die Qualifizierung von Fachkräften, und hohe Zugangshürden sowie fehlende Anrechnungsmöglichkeiten blockieren den Einstieg der Absolventen der dualen Bildung an die Hochschulen. Zur Fachkräftesicherung müssen auch die Erwerbsbeteiligung weiter steigen und die aktuell positive Entwicklung, insbesondere bei Älteren, Frauen und Migranten, fortgesetzt werden. Die Verlängerung der Lebensarbeitszeit bis 67 Jahre darf deshalb nicht in Frage gestellt werden.

Auch im internationalen Kontakt haben die Themen der Berufsbildung und Fachkräftesicherung in den letzten Jahren spürbar an Bedeutung gewonnen, und das Interesse an dem erfolgreichen deutschen System der dualen Ausbildung ist groß. So wurde im vergangenen Jahr mit zahlreichen Besuchergruppen in der IHK Frankfurt über die Implementierung dualer Elemente in den jeweiligen Ländern – beispielsweise aus Japan, China, Korea, Jordanien, Saudi-Arabien und Griechenland – ausführlich diskutiert und mit Unternehmen beraten, wie sie in ihren ausländischen Niederlassungen nach dem dualen System ausbilden könnten. Bei einer bundesweit beachteten Tagesveranstaltung unter dem Stichwort „Skills Development" standen die Möglichkeiten des Bildungsexports von Deutschland nach Indien im Mittelpunkt. Prominentester Besucher zu diesem Thema war US-Arbeitsminister Thomas Perez, der sich mit dem Präsidenten Prof. Dr. Müller bei einem Roundtable-Gespräch mit IHK-Experten und mittelständischen Unternehmern aus der Region über die praktischen Aspekte der dualen Ausbildung umfassend informierte. Ein Treffen französischer Studenten in der IHK Frankfurt mit Unternehmern der Finanzbranche, organisiert durch das französische Generalkonsulat, hatte das konkrete Ziel, Beschäftigungsmöglichkeiten französischer Studenten in deutschen Firmen auszuloten. Ein mit der AHK Saudi-Arabien entwickeltes Programm führte saudische Studenten, die gegenwärtig in Deutschland studieren, mit deutschen Unternehmen zusammen, die für ihre Aktivitäten in Saudi-Arabien Mitarbeiter suchen. Innovationen und Visionen wurden in der Veranstaltung „Lernen im Jahr 2030" vorgestellt, zu dem die Wahlgruppe Bildungswirtschaft eingeladen hatte. Dabei ginge es um Zukunftsszenarien für die Führungs- und Fachkräfteentwicklung von morgen. Der Impulsvortrag von Dr. Heiko von der Gracht, Leiter des Think Tanks für Zukunftsmanagement, lautete „Studienergebnisse aus der Trend- und Zukunftsforschung", in dessen weiterem Verlauf in Kleingruppen die Themen und Trends „Exklusive Weiterbildungsclubs", „Technologischer Weiterbildungslifestyle", „Weiterbildungsrenaissance" und „24/7-Weiterbildungskonsum" diskutiert wurden, um auf neue Modelle der Aus- und Weiterbildung zeitnah reagieren zu können.

MITTELSTANDSORIENTIERUNG

Der KMU-Definition des Instituts für Mittelstandsforschung zufolge können 99,6 Prozent der Unternehmen in Deutschland als kleine und mittlere Unternehmen (KMU) bezeichnet werden. Demnach zählt der IHK-Bezirk Frankfurt fast 100.000 kleine und mittlere Unternehmen, die die regionale Wirtschaft maßgeblich prägen. Die Ausrichtung der vorwiegend familiengeführten Unternehmen auf ein nachhaltiges wirtschaftliches Handeln, eine langfristige Wertsteigerung, das soziale Engagement und die Schwerpunktsetzung auf vertrauensvolle Beziehungen zu Kunden und Mitarbeitern wirken stabilisierend. Diese Unternehmen sind eine wesentliche Stütze der Volkswirtschaft und durch die kontinuierlich positive Beschäftigungsentwicklung in den letzten Jahren der Jobmotor. So sind im IHK-Bezirk etwa 60 Prozent der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten und mehr als 82 Prozent der Auszubildenden in kleinen oder mittelständischen

Unternehmen tätig, und gerade die Krisenjahre zeigten, dass der Mittelstand durch seine Vielfalt und Anpassungsfähigkeit einen unschlagbaren Vorteil im globalen Wettbewerb begründet.

Die wirtschaftliche Stärke der Region FrankfurtRheinMain, die im bundesweiten und europäischen Vergleich ihresgleichen sucht, beruht zu einem beachtlichen Teil auf diesen Unternehmen. Um der Bedeutung des Mittelstands gerecht zu werden und dessen Belange gezielt kommunizieren zu können, hat die IHK Frankfurt als eine der ersten und bisher wenigen IHKs deutschlandweit mit dem IHK-Ausschuss „Kleine und Mittlere Unternehmen" seit Jahren ein Forum etabliert, das gezielt an der Unterstützung und Positionierung der Bedürfnisse mittelständischer Unternehmen arbeitet. Der Ausschuss, dem Unternehmer, Geschäftsführer und Gesellschafter als repräsentativer Querschnitt der KMUs im IHK-Bezirk angehören, bietet nicht nur einen praxisrelevanten und branchenübergreifenden Austausch für die Mitglieder, sondern regt regelmäßig einen lebhaften Dialog mit Vertretern aus Politik, Wirtschaft und Wissenschaft über aktuelle mittelstandspolitische Themen an. Die Mitglieder des Ausschusses bestimmen die Schwerpunkte und die Ausrichtung der Arbeit selbst. Social Media und IT, Unternehmensnachfolge, Wissensmanagement und die Auswirkungen der Energiewende sind nur einige der Themen, die im vergangenen Jahr behandelt wurden.

Zudem engagierte sich der KMU-Ausschuss bei verschiedenen Veranstaltungen, beispielsweise auf dem regelmäßig in der IHK Frankfurt ausgerichteten „Mittelstandstag FrankfurtRheinMain". Unter dem Stichwort „Digitaler Darwinismus" diskutierten KMU-Vertreter mit Experten über die zunehmende Digitalisierung der Wirtschaft, deren Chancen und Herausforderungen und erhielten in einer Fülle praxisrelevanter Workshops vielfältige Anregungen. Auch die vom KMU-Ausschuss initiierte Veranstaltungsreihe „New Kammer", zu der neue Mitglieder in die IHK Frankfurt eingeladen werden, um sich mit dem Dienstleistungsangebot vertraut zu machen, bot im vergangenen Jahr eine wichtige Plattform zur Vernetzung und Stärkung.

In den Konjunkturprognosen der hessischen IHKs werden quartalsweise neben der wirtschaftlichen Lage auch Investitionsvorhaben, Beschäftigungsentwicklung und der zunehmende Fachkräftemängel nach Unternehmensbranchen abgerufen und untersucht. Die Ergebnisse der Umfrage ermöglichen dabei nicht nur den Blick auf die Entwicklungen im IHK-Bezirk Frankfurt, sondern auch in der Metropolregion FrankfurtRheinMain und im Land Hessen. Der „Mittelstandsbericht", der auf einer Sonderauswertung der IHK-Konjunkturumfrage mit mehr als 650 befragten Mittelständlern in Frankfurt sowie im Hochtaunus- und Main-Taunus-Kreis basiert, zeigte im Ergebnis, dass die mittelständischen Unternehmen im Jahr 2014 von der allgemein guten konjunkturellen Lage im ersten Halbjahr weniger profitieren konnten als größere Unternehmen. Besonders steigende Arbeitskosten und der Fachkräftemangel bereiteten mittel-ständischen Unternehmen Sorgen. Die verfehlte Rentenpolitik der Bundesregierung und der Mindestlohn hinterließen bereits Spuren und stellten Wachstumspotenziale in Frage, und die globalen Spannungen trugen zudem zur Unsicherheit bei. Dies belegten zudem die nachlassenden Beschäftigungs-, Investitions- und Exportabsichten.

Mit dem IHK-Fachkräftemonitor und dem IHK-Demografierechner unterstützt die IHK Frankfurt aktiv die Mitgliedsunternehmen bei der Analyse und praktischen Umsetzung in der zukünftigen Personalplanung. Die aktualisierten Daten zeigen, dass die Unternehmen im IHK-Bezirk weiterhin vor enormen Herausforderungen hinsichtlich der Fachkräfteversorgung stehen. Im Gegensatz zu bekannten Großunternehmen müssen sich die mittelständischen Unternehmen häufig der Herausforderung stellen, wie sie sich als attraktive Arbeitgeber im Bewusstsein der dringend gesuchten Fachkräfte verankern können. Den Berechnungen zufolge fehlten der Wirtschaft bereits im vergangenen Jahr über 70.000 Fachkräfte, und hessenweit ist von einem Bedarf von 137.000 Personen auszugehen. Rekordzahlen bei den Studienanfängern und die Fachkräftenachfrage verstärkten zusätzlich die negativen Effekte des demografischen Wandels, und vor allem kleine und mittlere Unternehmen berichteten vermehrt von Problemen bei der zeitgerechten Besetzung offener Stellen.

Der Ausschuss für Tourismus der IHK Frankfurt hat sich deutlich gegen die Einführung einer Abgabe in der Tourismusförderung ausgesprochen und betont, dass eine mangelnde Finanzausstattung der öffentlichen Hand für die touristische Infrastruktur und das Marketing im Wettbewerb mit anderen Destinationen zu Nachteilen führen werde. Um die Position der Mainmetropole als Kongress- und Tagungsdestination weiter zu stärken, hat die Vollversammlung der Initiative des Tourismusausschusses zugestimmt, dass, gemeinsam mit der Tourismus + Congress GmbH Frankfurt und der Messe Frankfurt Venue GmbH, zukünftig ein „Kongress-Fördertopf" einrichtet werden soll, dem zu gleichen Teilen insgesamt 300.000 Euro zugeteilt werden sollen. Auch der DEHOGA Kreisverband Frankfurt e.V. hat zwischenzeitlich eine finanzielle Beteiligung angekündigt. Von den wirtschaftlichen Effekten aus einem wachsenden Tagungs- und Kongressgeschäft profitieren neben den Akteuren der Branche eine Vielzahl mittelständischer Dienstleister.

Die Innenstädte haben nicht nur in der Kommunalpolitik, sondern auch in der IHK Frankfurt einen besonderen Stellenwert, da dort eine Vielzahl kleiner und mittelständischer Mitgliedsunternehmen ihre Geschäfte führen. Seit mehreren Jahren empfiehlt die IHK Frankfurt daher, sowohl auf kommunaler als auch auf regionaler Ebene für den IHK-Bezirk Einzelhandelskonzepte zu erarbeiten, um dem Strukturwandel planerisch zu begegnen. Eine Strukturierung der Versor-gungsbereiche ist vor dem Hintergrund des rasant wachsenden Online-Handels, der potenzielle Kunden aus den Innenstädten abzieht, von besonderer Bedeutung. Eine weitere Zersplitterung der Einzelhandelslandschaft wäre für die Innenstädte nachteilig, da dadurch die Passantenfrequenz abnimmt, von der der Einzelhandel extrem abhängig ist. Die IHK Frankfurt hat daher die Überarbeitung der Einzelhandelskonzepte der Stadt Frankfurt und des Regionalverbands für den Ballungsraum begrüßt und bringt sich in beide Prozesse im Interesse der ansässigen Mitgliedsunternehmen ein.

Erstmalig im Jahr 2010 hatte die Stadt Frankfurt in dem „Innenstadtkonzept Frankfurt am Main 2010" alle Ideen für eine Weiterentwicklung der Innenstadt zusammengetragen. 2014 wurde eine überarbeitete Version des Konzeptes veröffentlicht, in dem ressortübergreifend städtebauliche, verkehrliche und klimatische Aspekte berücksichtigt wurden. Zu diesem aktualisierten Innenstadtkonzept hat die IHK Frankfurt die Hinweise ihrer Mitgliedsunternehmen eingebracht und betont, dass die zentrale Verkehrsachse für die Erreichbarkeit der Innenstadt nicht nur für den Einzelhandel eine existenzielle Rolle spielt, und darauf gedrungen, dass bei verkehrstechnisch einschneidenden Maßnahmen die Auswirkungen zuvor im Probebetrieb zu beobachten sind. Um das Entwicklungspotenzial für den Einzelhandel in einer perfekt integrierten Innenstadtlage nachhaltiger zu unterstützen, regte die IHK Frankfurt in ihrer Stellungnahme außerdem nicht nur die Modernisierung und Umgestaltung der Konstablerwache und der Hauptwache, sondern auch eine Revitalisierung des Zeil-Abschnitts östlich der Kurt-Schumacher-Straße und die Belebung der angrenzenden Plätze Rossmarkt, Goetheplatz und Rathenauplatz an.

Seit einigen Jahren werden verkaufsoffene Sonntage von den Kommunen und dem Einzelhandel als Instrument des Stadtmarketings eingesetzt. Der Umstand, dass nach dem hessischen Ladenöffnungsgesetz solche Tage nur aus besonderen Anlässen genehmigt werden dürfen, führt generell dazu, dass nur vereinzelt Termine für die Sonntagsöffnungen gefunden werden, und die von der Gewerkschaft Verdi angestrengten Gerichtsprozesse stellen die Sonntagsöffnungen grundsätzlich infrage. Die IHK Frankfurt spricht sich im Namen der Arbeitsgemeinschaft hessischer IHKs seit der Vorlage des Entwurfs für ein hessisches Ladenöffnungsgesetz intensiv für Sonntagsöffnungen und dafür aus, dass die hindernden Voraussetzungen aus dem Gesetz gestrichen werden sollten.

In zahlreichen Untersuchungen und Studien, beispielsweise zu den Themen Mittelstand, Industrie, Beschäftigung und Konjunktur, Bau- und Immobilienwirtschaft, Internet, Social Media und Online-Marketing oder auch zu Pendlerverflechtungen im IHK-Bezirk, stellt die IHK Frankfurt jährlich die Ergebnisse und ein breites Spektrum an neuem oder aktualisiertem Datenmaterial zu allen wirtschaftsrelevanten Sachverhalten, zur Information, zur Unterstützung der Arbeit oder zur Bewertung der Standorte in FrankfurtRheinMain kostenfrei über die Homepage www.frankfurt-main.ihk.de/ publikationen zum Abruf zur Verfügung.

METROPOLREGION FRANKFURTRHEINMAIN BEWEGT!

Ob Zuwanderer, Pendler oder Wirtschaftsverkehr, die Metropolregion FrankfurtRheinMain ist und bleibt eine der dynamischsten Regionen Europas. Allein die Stadt Frankfurt begrüßt inzwischen mehr als 300 Neubürger pro Woche, und die Stadt wächst dank der rund 250.000 mobilen Arbeitnehmer tagsüber fast zur Millionenstadt an. Insgesamt pendeln mehr als zwei Drittel der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten in der Region zu ihrem Arbeitsplatz.

Für die Region bedeutet diese Entwicklung Chance und Herausforderung zugleich. Die Fachkräfte und Zuwanderer zieht es aufgrund des hochwertigen Jobangebots vor allem in die Metropolregion, die Zentrum der wirtschaftlichen, gesellschaftlichen und kulturellen Entwicklung ist. Der Tag der Metropolregion im Rahmen der 5. Frankfurt Global Business Week bot eine gute Möglichkeit, gemeinsam mit Unternehmen und Politik Lösungswege aufzuzeigen und zu diskutieren, wie eine nachhaltige Stärkung und Weiterentwicklung als internationale Metropolregion gelingen kann. Diesen Meinungsaustausch nahm der IHK-Präsident, Prof. Dr. Mathias Müller, zum Anlass, die Wettbewerbsfähigkeit der Metropolregion FrankfurtRheinMain zu thematisieren. Er forderte das Land Hessen auf, sich aktiv in die Förderung einzubringen, um diese gemeinsam für die Zukunft aufzustellen, und warnte vor den negativen Folgen für den Wettbewerb, wenn die zu beobachtende Spirale aus Gewerbe- und Grundsteueranhebungen nicht aufgehalten werde. Zugleich begrüßte er die Arbeit der Stadt Frankfurt an einem Masterplan Industrie und an einem Wohnbaulandentwicklungsprogramm, hob aber die Wichtigkeit einer wirksamen Verzahnung der Wohnbau- und Gewerbeflächenentwicklung in der Rhein-Main-Region hervor. Denn neben den „klugen Köpfen" kristallisieren sich die Gewerbe- und Wohnflächen als zweiter entscheidender Erfolgsfaktor im internationalen Standortwettbewerb heraus.

Ein weiterer und wesentlicher Baustein ist und bleibt die strategische Weiterentwicklung der Metropolregion FrankfurtRheinMain. Gut vier Jahre nach Inkrafttreten des Metropolgesetzes ist nur wenig Fortschritt hin zu einer zweckdienlichen konsequenten und schlanken Zusammenarbeit zur Lösung der maßgeblichen Problemfelder erkennbar. Während die Neuausrichtung der FRM GmbH und der „Runde Tisch Wohnen" auf der Habenseite stehen, kann es sich die Metropolregion nicht länger leisten, nur auf den internationalen Standortwettbewerb zu reagieren, anstatt diesen aktiv in Angriff zu nehmen. Ob Mobilitäts-, Energie- oder Breitbandinfrastrukturen, eine strategische und ineinandergreifende, einheitliche Flächenplanung, die die regionalen Prioritäten über Einzelinteressen stellt, oder die Bündelung der zahlreichen Initiativen und Institutionen zur Erhöhung der Schlagkraft, all diese drängenden Fragen und Aufgaben bedürfen einer zeitgerechten und sachlichen Lösung mit allen Akteuren.

Im Hinblick darauf verstärkte die IHK Frankfurt konsequent ihre immobilienwirtschaftliche Expertise und informierte und sensibilisierte für die räumlichen Möglichkeiten und Herausforderungen. Mit der Veranstaltungsreihe „Immobilien Jour Fixe", in Zusammenarbeit mit den IHKs Darmstadt und Offenbach, hat sich neben dem „Tag der Metropolregion" eine zentrale Informations- und Netzwerkplattform in der IHK Frankfurt für die Weiterentwicklung der Metropolregion etabliert. Unterstützend wirken die jährlichen immobilienwirtschaftlichen Marktberichte zum Gewerbe- und Wohnraum, die in Kooperation mit der Frankfurter Immobilienbörse bei der IHK Frankfurt erstellt und veröffentlicht werden, sowie der 2014 erstmals vom IHK-Forum Rhein-Main veröffentlichte Gewerbemarktbericht für die gesamte Metropolregion FrankfurtRheinMain.

Unter dem Stichwort „Willkommenskultur" hat die IHK Frankfurt acht Kommunen zu „Ausgezeichneten Wohnorten für Fach- und Führungskräfte" gekürt. Dabei wurden im Dialog mit den kommunalen Spitzen verschiedene Handlungs- und Prozessfelder der Kommunen überprüft und optimiert, um ein optimales Angebot attraktiver Wohn- und Arbeitsorte für Fach- und Führungskräfte aus dem In- und Ausland zu ermöglichen. Diese Initiative, mit der für die Ansiedlung in der Region geworben werden soll, ist eine Ergänzung zu den Aktivitäten der FRM GmbH – International Marketing of the Region, die seit 2014 das internationale Standortmarketing zur Ansiedlung ausländischer Investoren in FrankfurtRheinMain mit neuer Strategie, Schwerpunktländern und Zielbranchen vorantreibt. Da die hessische Wirtschaft auf zusätzliche Fachkräfte aus dem Ausland angewiesen ist, teilte die Arbeitsgemeinschaft der hessischen IHKs die

Unruhe anlässlich der Öffnung des Arbeitsmarktes und der seit Jahresbeginn geltenden Arbeitnehmerfreizügigkeit nicht. Ohne die Zuwanderungsgewinne aus dem Ausland wäre die Bevölkerungszahl Hessens bereits in den vergangenen Jahren deutlich zurückgegangen. Die Auswirkungen des demografischen Wandels und die künftig notwendigen Steuerungselemente untersucht die IHK Frankfurt mit inzwischen 14 weiteren Initiatoren regelmäßig seit 2010 im Rahmen des Demografienetzwerks FrankfurtRheinMain. Mit Arbeitskreisen zu verschiedenen Themenfeldern – von Beruf und Familie über das betriebliche Gesundheitsmanagement bis hin zur Willkommenskultur – hat sich das Demografienetzwerk FrankfurtRheinMain zwischenzeitlich zur zentralen Plattform für demografische Fragen in der Metropolregion FrankfurtRheinMain entwickelt.

MOBILITÄT SICHERN UND INFRASTRUKTUR AUSBAUEN

Mobilität ist ein Grundbedürfnis in unserer modernen Gesellschaft. Hessen hat aufgrund seiner Lage in der Mitte von Deutschland und Europa eine Schlüsselrolle als Mobilitätsdrehscheibe. Eine quantitativ und qualitativ leistungsfähige Verkehrsinfrastruktur ist für die hessische Volkswirtschaft mit ihrem hohen Grad an Arbeitsteilung und ihren vielfältigen Austauschbeziehungen eine grundlegende Voraussetzung für eine prosperierende wirtschaftliche Entwicklung und damit für Arbeit, Lebensperspektive und Wohlstand.

Im Hinblick auf den Wegfall der Mittel aus dem Gemeindeverkehrsfinanzierungsgesetz nach 2019 ist Handlungsbedarf geboten. Zeitnah nach den Wahlen wurde im Sommer des vergangenen Jahres in Zusammenarbeit mit der Deutschen Verkehrswissenschaftlichen Gesellschaft (DVWG) zur Veranstaltung „Neue Verkehrspolitik nach den Wahlen?" geladen. Prominente Redner waren Prof. e. h. Kurt Bodewig, Bundesminister a. D., und Rainer Bomba, Staatssekretär im Bundesministerium für Verkehr und digitale Infrastruktur. Im Fokus der Veranstaltung stand die Frage, welche Wege es für die neugewählten Parlamente auf Landes-, Bundes- und europäischer Ebene gibt, den desolaten Zustand der deutschen Verkehrsinfrastruktur zu beheben, und wie die Politik zukünftig besser dazu beitragen kann, Infrastrukturprojekte zügiger umzusetzen, um die Verkehrswege wieder leistungsfähig zu machen.

In diesem Zusammenhang hat die IHK Frankfurt, federführerend für Verkehrsfragen in Hessen, ein Positionspapier der Arbeitsgemeinschaft der hessischen IHKs zum Thema „Nachhaltige Verkehrswegefinanzierung" erarbeitet. In diesem fordern die hessischen IHKs, dass aus den verschiedenen Steuereinnahmen des Verkehrsbereichs zukünftig deutlich mehr Mittel für die Infrastrukturfinanzierung zur Verfügung gestellt werden müssen. Die Finanzierung von Verkehrswegen soll im Hinblick auf Fondslösungen, privates Kapital oder vergleichbare Strukturen von jährlichen Haushaltszuweisungen abgekoppelt werden, wenn dadurch Projekte rascher und effizienter realisiert und betrieben sowie Qualitätsverbesserungen erreicht werden können.

Der Frankfurter Flughafen ist eine besondere Grundlage für wirtschaftlichen Erfolg und Beschäftigung in der Metropolregion FrankfurtRheinMain. Daher ist die Entwicklung des Flughafens Frankfurt für alle von besonderer Bedeutung. Den Prozess des Flughafenausbaus begleitet die IHK Frankfurt deshalb seit der Mediationsphase und dem Beginn der Diskussionen durch regelmäßige Mitarbeit in vielen Projektgruppen. Dabei war und ist das Engagement, bei allem grundsätzlichen Eintreten für den Ausbau, ausgleichend und vermittelnd. Insbesondere der geplante Bau des Terminals 3 sowie die verschiedenen Lärmschutzmaßnahmen standen 2014 im Mittelpunkt öffentlicher Stellungnahmen. Beim Thema Lärmschutz bekräftigte die IHK Frankfurt im Rahmen der Fluglärmkommission die Belange der Wirtschaft, ohne dabei die Bedürfnisse der verschiedenen Betroffenen zu ignorieren und die Notwendigkeit des Baus von Terminal 3 zu bestreiten.

Regional medienwirksam wurde das Vorhaben „Regionaltangente West" (RTW) adressiert. Mit einer Plakataktion hat die IHK Frankfurt gemeinsam mit der IHK Offenbach eine Kampagne zur Unterstützung der RTW initiiert, bei der mehr als 40 Unternehmer und Politiker mit Bild und Namen ihre Unterstützung signalisierten. Die RTW soll als neue Linie andere Verkehrsträger entlasten und hat das Potenzial, mehr als 100.000 Pendler zum Umstieg auf die Schiene zu bewegen.

PROFILIERUNG DES FINANZPLATZES

Im Gleichklang mit der konjunkturellen Eintrübung im Laufe des Jahres hat sich auch die geldpolitische Lage in der Euro-Zone als fragil erwiesen. Die Europäische Zentralbank (EZB) kämpft, bisher ohne durchschlagenden Erfolg, gegen die Folgen der Finanzkrise, gegen Deflationssorgen und Kreditklemmen in den Peripherieländern der Euro-Zone. Nachdem das Instrument der Zinspolitik ausgereizt ist, sorgten die Pläne der Währungshüter zu Staatsanleihekäufen für eine Debatte, ob und inwiefern die EZB damit möglicherweise die Grenzen ihres Mandats überschreitet.

Für die deutsche Finanzwirtschaft blieb die Lage damit überaus anspruchsvoll. Das andauernde Niedrigzinsumfeld machte Sparern und institutionellen Anlegern weiterhin zu schaffen. Politik und Aufsicht brachten ein finanzmarktregulatorisches Vorhaben nach dem anderen auf den Weg, ohne klare Vorstellungen über deren kumulierte Wirkungen zu haben. Vor diesem Hintergrund haben die Mitglieder des Finanz- und Versicherungsausschusses der IHK Frankfurt kritische Rückmeldungen formuliert, die zum Jahresende dazu beigetragen haben, dass der Gesetzgeber eine erste Konsultation zur Identifikation möglicher Inkonsistenzen in der Fülle der neuen und geänderten Regelwerke startete.

2014 stand mit dem Start der europäischen Bankenunion zugleich als Meilenstein für eine weitere Stabilisierung des Finanzsystems. Die Bedeutung des Finanzplatzes Frankfurt als europäischer Regulierungsstandort der Finanzbranche hat mit der Entscheidung für Frankfurt als Sitz der europäischen Bankenaufsicht weiter zugenommen. Die EZB wird künftig aus Frankfurt mit 1.000 neuen Mitarbeitern die 120 größten europäischen Geldhäuser, davon 21 aus Deutschland, direkt beaufsichtigen. Ebenso wurden die jahrelangen Bemühungen aller Akteure, einschließlich der IHK Frankfurt, das Renminbi-Clearing nach Frankfurt zu holen, im März 2014 belohnt, als China offiziell den Zuschlag für eine Clearingbank für Transaktionen in der chinesischen Landeswährung an die Mainmetropole erteilte. Im zweiten Jahr in Folge fand in der IHK Frankfurt eine von der IHK mit organisierte und international vielbeachtete Renminbi-Konferenz statt. Zahlreiche namhafte Gäste, unter ihnen der Geschäftsführer der Bank of China in Frankfurt, Bernd Meist, Wirtschaftsminister Tarek Al-Wazir, Bundesbankvorstand Joachim Nagel sowie Andreas Preuss, Vorstand der Deutschen Börse AG, diskutierten die nächsten Schritte für die Festigung der Clearingbrücke und die daraus erwachsenden Perspektiven für den Finanzplatz. Seit November können die Unternehmen in Deutschland und der gesamten Euro-Zone nun über die Frankfurter Niederlassung der Bank of China ihren Zahlungsverkehr in Renminbi taggleich abwickeln.

Diese Konferenz reihte sich ein in eine Vielzahl finanzplatzrelevanter Veranstaltungen, die von der IHK Frankfurt organisiert oder als Partner wesentlich unterstützt wurden. Das 6. Deutsche Wirtschaftsforum führte zum Jahresende unter der Überschrift „Wettbewerbsfähigkeit des Standorts Deutschland stärken" abermals hochrangige Vertreter von Unternehmen und Institutionen – unter ihnen Bundesfinanzminister Wolfgang Schäuble, Ministerpräsident Volker Bouffier, dessen Amtsvorgänger Roland Koch, Bundesbankpräsident Jens Weidmann, Bahnchef Rüdiger Grube, Börsen-CEO Reto Francioni sowie DFB-Präsident Wolfgang Niersbach – zu einem engagierten Dialog in der Paulskirche zusammen. Die Schwerpunkte des Austausches mit renommierten Finanzexperten beim 7. Finanzplatztag sowie beim Euro-Börsentag 2014 waren die regulatorischen Anforderungen, das Renminbi-Clearing und nachhaltige Geschäftsmodelle von Banken. Bei der gemeinsam mit dem ZEIT-Verlag durchgeführten Konferenz „Banken & Wirtschaft" diskutierten in der IHK Frankfurt in verschiedenen Foren Bundesbankvizepräsidentin Claudia Buch, BaFin-Chefin Elke König, der Finanzminister Thomas Schäfer, Europaparlamentarier Sven Giegold, EZB-Direktoriumsmitglied Yves Mersch und der Präsident des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung, Marcel Fratzscher, intensiv über die Themenkomplexe Verbraucherschutz im Finanzdienstleistungsbereich sowie Bankenregulierung.

Ein wichtiger Aspekt in der IHK-Arbeit bleibt es, Unternehmensvertretern die Möglichkeit zu bieten, bei Veranstaltungen Anregungen und konkreten Praxisnutzen zu Fragen der Unternehmensgründung, -finanzierung, -sicherung und -nachfolge zu erhalten. In diese Kategorie fiel das 13. Frankfurter Symposium Compliance und Unternehmenssicherheit, welches eine Vielzahl unternehmerischer Erfahrungsberichte, diesmal schwerpunktmäßig aus der Finanzbranche sowie der Sicherheits- und Verteidigungsindustrie, aufbot. Die gemeinsam mit dem ZEIT-Verlag organisierte Konferenz „Arbeit

& Gesellschaft" nahm sich den drängenden Fragen der Personalarbeit in Zeiten des demografischen Wandels, der Digitalisierung und der Generation Y an; hierzu sprachen und diskutierten unter anderem der Staatssekretär des Bundesministeriums für Arbeit und Soziales, Jörg Asmussen, die Opel-Marketingchefin Tina Müller, die Adidas-Aufsichtsrätin Katja Kraus, die Grünen-Europaabgeordnete Ska Keller sowie der Personaldirektor von Haniel, Peter Sticksel.

In zahlreichen individuellen Gesprächen und Beratungen wurden angehenden und etablierten Unternehmern finanzrelevante Informationen an die Hand gegeben. Zum IHK-Serviceprogramm, das unter anderem Existenzgründungsseminare, Finanzierungs- und Fördersprechtage, den Sprechtag „Unternehmensnachfolge" sowie die Webinarreihe „Erfolgsfaktoren im Mittelstand" auf der IHK-Homepage umfasst, gehört seit der erfolgreichen Einführung im vorangegangen Jahr eine Workshopveranstaltung, bei der mit den Teilnehmern interaktiv Ansätze für eine stärkere Flexibilisierung mittelständischer Unternehmen erarbeitet werden. Die zunehmende Komplexität des Marktumfelds erfordert künftig, noch stärker als bisher, unternehmerisches Denken in Zielräumen und entsprechend häufiger auch situatives Handeln; Beweglichkeit und Kreativität sind dabei Trumpf. Daher standen „Agile Geschäftsmodelle" im Mittelpunkt, mit deren Hilfe wirksam mit der zunehmenden Marktdynamik umgegangen werden kann.

INTERNATIONALITÄT DES WIRTSCHAFTSSTANDORTES

Für das Auslandsgeschäft der Mitgliedsunternehmen war 2014 insgesamt ein erfolgreiches Jahr. Obwohl die Entwicklung auf den Weltmärkten teils sehr unterschiedlich verlief, profitierte die hessische Exportwirtschaft erneut von ihrer diversifizierten internationalen Aufstellung und von den entscheidenden Wachstumsimpulsen aus dem Geschäft mit den USA. Die hessischen Exporteure konnten ihre Ausfuhren um rund 2,0 Prozent gegenüber dem Vorjahr steigern und damit den Wachstumstrend der letzten Jahre fortsetzen.

Die Euro-Zone und die USA blieben für hessische Unternehmen nach wie vor wichtige Handelspartner, wie die IHK-Studie „Going International 2013/2014" zeigte, an der 300 hessische Unternehmen teilgenommen haben. Mehr als 100 dieser Unternehmen, von deren Erfolg auf den Weltmärkten die gesamte hessische Wirtschaft profitiert, erzielten über 60 Prozent ihres Umsatzes allein im Ausland. Als zusätzliche Absatzmärkte gewinnen die aufstrebenden Schwellenländer – Naher Osten, Südamerika, Asien-Pazifik – weiter an Bedeutung. Zunehmend Sorgen bereiten den Unternehmen aber bürokratische Hürden in Form von verstärkten Sicherheits- und lokalen Zertifizierungsanforderungen, die den Warenverkehr erschweren. Damit die Produkte „Made in Hessen" die Kunden in aller Welt termingerecht erreichen, müssen insbesondere bei Exporten außerhalb der Europäischen Union umfangreiche Zollformalitäten erledigt werden. Die Mitarbeiter der Beglaubigungsstelle der IHK Frankfurt sind hierfür kompetente Partner. So wurden nicht nur rund 40.000 Ursprungszeugnisse und Beglaubigungen ausgestellt, sondern auch mehr als 3.500 Einzelauskünfte zu Zollthemen und speziellen Fragen des Außenwirtschaftsrechts erteilt. Ergänzend konnten sich exportorientierte Dienstleistungs- und Industrieunternehmen in einer Reihe von Veranstaltungen zu den Themen des Zoll- und Außenwirtschaftsrechts umfassend informieren. Besonders intensiver Beratungsbedarf bestand im Zusammenhang mit den Sanktionsmaßnahmen gegen Russland. Aufgrund der engen Kontakte der IHK-Organisation zum Bundesministerium für Wirtschaft und Energie (BMWi) und dem Bundesamt für Wirtschaft und Ausfuhrkontrolle (BAFA) standen rechtzeitig mit Einführung der Sanktionen sowohl eine Hotline als auch umfangreiches Informationsmaterial für die betroffenen Unternehmen zur Verfügung. Auslegungsfragen wurden über die IHKs kanalisiert und dem BMWi zur schnellen Entscheidung vorgelegt.

Individuelle Beratung zu konkreten Fragestellungen des Marktzugangs in Verbindung mit einer Reihe von Veranstaltungen, die die Chancen auf interessanten Märkten aufzeigten, offerierten ein beachtenswertes Angebot an Information, Erfahrungsaustausch und Networking im Auslandsgeschäft. Die Marktchancen im europäischen Umfeld wurden bei Veranstaltungen zu Österreich, der Slowakei und der Türkei beleuchtet. Mit dem finnischen Staatspräsidenten Sauli Niinistö als Ehrengast und Keynote-Speaker war das Wirtschaftsforum Finnland, das Kooperationsmöglichkeiten deutscher und finnischer Unternehmen im Wachstumsfeld Industrie 4.0 auslotete, prominent besetzt.

Besondere Aufmerksamkeit galt dem schwierigeren Geschäftsumfeld in Russland, zu dem allein vier Workshopveranstaltungen angeboten wurden. Einblicke in die Möglichkeiten auf dem amerikanischen Kontinent wurden bei Inhouse-Beratungen – kostenfreien Informationsgesprächen in den Mitgliedsunternehmen – zu USA, Kanada und Brasilien und darüber hinaus in einem speziellen Workshop „Markterschließung Brasilien" gegeben. Die Geschäftsmöglichkeiten im arabischen Raum wurden im Rahmen einer Inhouse-Beratung und während des Wirtschaftstages Oman, an dem auch eine hochrangige Wirtschaftsdelegation unter Leitung des Staatssekretärs im omanischen Wirtschaftsministerium, S.E. Ahmad Hassan Al Dheeb, teilnahm, aufgezeigt. Fachbeiträge ausgewiesener Oman-Experten, Praxisbeispiele erfolgreicher Unternehmer vor Ort, Podiumsdiskussionen und die Möglichkeit zu individuellen Gesprächen und Vernetzungen boten den interessierten Unternehmern die außergewöhnliche Gelegenheit, sich umfassend und aus erster Hand zu informieren. Die Veranstaltungen zu Nigeria und Namibia gaben die Gelegenheit, sich über diese Märkte ein konkretes Bild zu verschaffen. Ein umfangreiches Informationsangebot über die Chancen in Asien war mit den Veranstaltungen „Logistik, Zertifizierung und Zoll, Shanghai 2020", Internationalisierung des Renminbi, Geschäfte in der Mongolei und der seit Jahren bewährten Veranstaltungsreihe „China Jour Fixe" gegeben. Abgerundet wurde dieses Angebot mit einem Wirtschaftstag Thailand, einer Beratung zu den Märkten in Myanmar und mehreren Veranstaltungen zu Indien.

Für ein erfolgreiches Auslandsgeschäft ist es oftmals entscheidend, den „richtigen Draht" zum Geschäftspartner zu finden und dazu die jeweiligen kulturellen Eigenheiten im Blick haben. Diese Themen werden regelmäßig mit der Reihe „Erfolgreich Kommunizieren" aufgegriffen, die sich im vergangenen Jahr speziell auf den arabischen Raum sowie die Länder Brasilien und Japan konzentrierte. Unterschiedliche rechtliche Rahmenbedingungen stellen ebenfalls regelmäßig eine Herausforderung für die Unternehmen dar; ein Themenfeld, welches mit der Veranstaltung „Compliance im internationalen Geschäft" adressiert wurde.

Eine Branche, die traditionell intensive Auslandsbeziehungen unterhält und als Makler zwischen den produzierenden Unternehmen und dem Einzelhandel als wichtige Schnittstelle fungiert, ist der Groß- und Außenhandel. Der Jour fixe Großhandel bot auch in diesem Jahr einen Branchentreff, bei dem sich Unternehmen über aktuelle Entwicklungen infor-mieren und austauschen konnten. Darüber hinaus bietet die Beteiligung als Aussteller an einer Messe oft eine gute Gelegenheit, einen Auslandsmarkt zu erkunden oder verstärkt zu bearbeiten. Die IHK Frankfurt bewarb und betreute in Kooperation mit Hessen Trade & Invest die hessischen Gemeinschaftsstände auf der INTERSEC in Dubai, einer internationalen Messe für Sicherheitsausrüstung und -technologie, sowie der BIG 5 SHOW in Dubai, der wichtigsten Baumesse in der Region.

Für zahlreiche Besucher und Delegationen aus aller Welt, darunter aus den USA, der Türkei, Griechenland, Spanien, Ungarn, Pakistan, China, Taiwan, Mongolei, Korea, Südafrika, Iran, Saudi-Arabien und den Vereinigten Arabischen Emiraten, war die IHK Frankfurt wieder ein gefragter Gesprächspartner. Die Internationalität des Wirtschaftsstandortes Frankfurt spiegelt sich auch darin wider, dass dieser ein beliebter Standort für internationale Unternehmen ist. Jedes sechste Mitgliedsunternehmen der IHK Frankfurt hat seine Wurzeln im Ausland und FrankfurtRheinMain bleibt nach wie vor der wichtigste Standort koreanischer Unternehmen in Kontinentaleuropa und ein zentraler Knotenpunkt für amerikanische Firmen. In dieser Konstellation zieht die Region viele internationale Fach- und Führungskräfte an. Damit sich die Anziehungskraft und somit auch die Zukunftsfähigkeit des Standorts weiter ausdehnen und sich „Neubürger" mit ihren Familien in der Region willkommen fühlen, kümmert sich die IHK Frankfurt mit verschiedenen Veranstaltungen und mit regelmäßigen Angeboten, beispielsweise „China im Gespräch", „India meets FrankfurtRheinMain" sowie dem 3. Unternehmertreffen des türkischen Generalkonsulats, um die Belange der verschiedenen Business Communities in der Region. Nach dem erfolgreichen Auftakt im Vorjahr wurde auch das Unternehmerforum „Global Mobility in FrankfurtRheinMain / Willkommenskultur für internationale Fach- und Führungskräfte" erneut angeboten.

Über die Mitgliedschaft bei den deutschen Auslandshandelskammern, die in 90 Ländern und an 130 Standorten niedergelassen sind, hat die IHK Frankfurt außerdem unmittelbaren Zugang zu deren Expertise. Neben dieser engen Kooperation, die eine optimale Erschließung und Nutzung der Informationsquellen in den Zielländern für die Marktinteressen der Mitgliedsunternehmen gewährleistet, bestehen zu den für den IHK-Bezirk wichtigen Schwellenländern besonders intensive Beziehungen. So beherbergt die IHK Frankfurt seit mehreren Jahren die Vertretung der Wirtschaftskammer Serbien und betreibt in Kooperation mit der AHK Indien ein India Desk, welches eine hohe Beratungskompetenz in allen Indien-Fragen gewährleistet, während das China Competence Center (CCC) der IHK Frankfurt zu allen praxisrelevanten China-Fragen kompetent informiert. Das CCC arbeitet eng mit deutschen wie chinesischen Verbänden und Wirtschaftsorganisationen zusammen, organisiert regelmäßig Delegationsreisen und unterstützt die Mitgliedsunternehmen, die ihre Geschäftsbeziehungen zu China auf- oder ausbauen wollen, genauso wie chinesische Unternehmen, die hier investieren möchten, mit Netzwerkveranstaltungen sowie in persönlicher Beratung.

4. GESCHÄFTSENTWICKLUNG

Die Vollversammlung der IHK Frankfurt entscheidet jährlich mit dem Wirtschaftsplan über die Höhe der Mitgliedsbeiträge, die Verwendung des Jahresergebnisses und beschließt über die Entlastung von Präsidium und Hauptgeschäftsführer. In der vorangegangenen Wahlperiode hatten die Mitglieder der Vollversammlung aufgrund der positiven Gewerbeertragsentwicklung im IHK-Bezirk, beginnend ab 2010, zweimal den Umlagesatz von ursprünglich 0,18 auf aktuell 0,11 Prozent, einmal die Grundbeiträge für Handelsregisterunternehmen und zweimal die Grundbeiträge für Kleingewerbetreibende gesenkt. Diese einvernehmlichen Beschlüsse sollen dazu dienen, den ausgewiesenen Ergebnisvortrag über günstige Beiträge sukzessive an die Mitgliedsunternehmen zurückzuführen, und bewirken, bezogen auf die aktuell zur Veranlagung gemeldeten Gewerbeerträge und die Anzahl der veranlagten Unternehmen, rechnerisch dauerhafte jährliche Entlastungen der Betriebe von 6,0 Mio. Euro bei den Umlagen und 1,0 Mio. Euro bei den Grundbeiträgen. Ferner hat die Vollversammlung den Bauwirtschaftsplan „Umbau Südflügel" einstimmig beschlossen und damit ein Sanierungsvolumen von 7,8 Mio. Euro für den historischen Gebäudetrakt für den Zeitraum 2014 bis 2015 festgelegt; davon betreffen 5,9 Mio. Euro Erhaltungsaufwendungen und 1,9 Mio. Euro Investitionen. Die Finanzierung der Baumaßnahme erfolgt nahezu vollständig durch Entnahmen der dafür in Vorjahren dotierten zweckgebundenen Bau- und Investitionsrücklage.

UMSATZ- UND ERGEBNISENTWICKLUNG

Im Geschäftsjahr 2014 stiegen die betrieblichen Erträge – Mitgliedsbeiträge, hoheitliche Gebühren, Entgelte für Dienstleistungen, Sonstige Erträge – um 6,4 Prozent auf 38,2 Mio. Euro (2013: 35,9 Mio. Euro). Den größten Anteil hatten mit 27,5 Mio. Euro die gesetzlichen Mitgliedsbeiträge. Höhere Vorauszahlungen auf die zu erwartenden Gewerbeerträge 2014, steigende beitragspflichtige Mitgliedszahlen und erhöhte Festsetzungen der Bemessungsgrundlagen aus Vorjahren führten dazu, dass die Beiträge trotz der Beitragssenkungen der vorangegangenen Jahre um 0,8 Mio. Euro über den Erwartungen lagen. Rund zwei Drittel der Beiträge entfallen regelmäßig auf die Umlagen, die nur von Unternehmen mit Gewerbeertrag, bei Personengesellschaften unter Abzug eines Freibetrages von 15.340 Euro, erhoben werden; rund ein Drittel auf die Grundbeiträge, zu denen lediglich rund 60 Prozent der Mitgliedsunternehmen veranlagt werden. Die Gebühren und die damit korrespondierende Verminderung des Bestandes an unfertigen Leistungen, die die IHK Frankfurt für hoheitliche Tätigkeiten erhebt, lagen bei 3,6 Mio. Euro. Davon entfielen 65,8 Prozent auf die Betreuungs- und Prüfungsgebühren der Berufsaus- und -weiterbildung. Die sonstigen Gebühren enthalten Prüfungs- und Unterrichtungsgebühren der Sach- und Fachkunde, Beglaubigungen von Außenhandelsdokumenten sowie Gebühren aus der Registrierung der Finanzanlagen- und Versicherungsvermittler. Die Erträge aus Entgelten und die Sonstigen betrieblichen Erträge erreichten mit 7,1 Mio. Euro und einem Anstieg um 0,5 Mio. Euro gegenüber dem Vorjahr ein konstant hohes Niveau. Ursächlich hierfür waren vor allem einmalige Erstattungen im Rahmen der Baumaßnahme „Umbau Südflügel" sowie Erträge aus der Auflösung von Rückstellungen. Die Entgelte enthalten im Wesentlichen

Lehrgangs- und Seminargebühren und zu einem geringen Teil auch Erlöse aus Adressverkäufen, einem allerdings stetig rückläufigen Angebot, das die IHK Frankfurt im folgenden Geschäftsjahr einstellen wird. Das negative Finanzergebnis von 1,6 Mio. Euro enthält die nach den Vorschriften des Handelsgesetzes ermittelten Aufwendungen aus der Aufzinsung für langfristige Rückstellungen in Höhe von 3,7 Mio. Euro (2013: 3,6 Mio. Euro).

Die operativen Aufwendungen insgesamt, bereinigt um die einmaligen Erhaltungsaufwendungen aus der Baumaßnahme „Umbau Südflügel" (2,3 Mio. Euro), sind im Berichtsjahr um 1,0 Mio. Euro auf 38,5 Mio. Euro (2013: 39,5 Mio. Euro) gesunken. Der Personalaufwand ging im Vergleich zum Vorjahr um 0,2 Mio. Euro auf 18,2 Mio. Euro (2013: 18,4 Mio. Euro) zurück. Dabei wurden die tariflich bedingten Gehaltsanpassungen durch den Wegfall von Doppelbesetzungen im Rahmen der Altersnachfolge weitgehend kompensiert. Die sonstigen betrieblichen Aufwendungen sowie der Materialaufwand und die Abschreibungen verminderten sich durch Einschränkungen bei den regulären Reparatur- und Instandhaltungen, durch den Abschluss des Projekts „Einführung eines CRM-Systems" und durch rückläufige Energiekosten um 3,8 Prozent auf 20,3 Mio. Euro (2013: 21,1 Mio. Euro).

Die Beschlussfassungen der Vollversammlung 2014 sahen vor, das Ergebnis 2013 (3,0 Mio. Euro) auf neue Rechnung vorzutragen und die Liquiditätsrücklage innerhalb der nächsten fünf Jahre ratierlich, mit jeweils 2,9 Mio. Euro, aufzulösen. Die Auflösung dieser Rücklage soll neben der Sicherung der derzeitigen Beitragsstruktur zusätzlich, soweit möglich, der Dotierung einer neuen Substanzerhaltungsrücklage dienen, die für notwendige bauliche Maßnahmen zur Verfügung steht, bei denen sich eine Sanierungsnotwendigkeit aus dem Zeitablauf oder kurzfristig ergibt. Darüber hinaus wurden mit dem Nachtragswirtschaftsplan 2014 weitere Entnahmen aus den zweckgebundenen Rücklagen beschlossen.

Unter Berücksichtigung dieser von der Vollversammlung getroffenen Festlegungen und der Verrechnung des negativen Jahresergebnisses 2014 mit dem positiven Ergebnisvortrag weist die Erfolgsrechnung 2014 ein Ergebnis von 3,3 Mio. Euro aus (2013: 3,0 Mio. Euro), welches weiter auf neue Rechnung vorgetragen wird und beschlussgemäß im neuen Geschäftsjahr zur Dotierung einer Substanzerhaltungsrücklage, zum Ausgleich des nicht durch die Bau- und Investitionsrücklage gedeckten Mittelbedarfs, sowie unter Beibehaltung der in den letzten Jahren verabschiedeten Beitragssenkungen für die Entlastung der Mitgliedsunternehmen zur Verfügung stehen soll.

VERMÖGENS- UND FINANZLAGE

Die Bilanzsumme der IHK Frankfurt ist im Vergleich zum Vorjahr um 2,5 Mio. Euro auf 148,7 Mio. Euro zurückgegangen. Die Verminderung des Anlagevermögens um 3,8 Mio. Euro auf 133,4 Mio. Euro basierte auf dem Beschluss der Vollversammlung zur Auflösung einzelner Rücklagen (5,0 Mio. Euro), die eine Überführung von Finanzanlagen in das Umlaufvermögen nach sich zog. Das Sachanlagevermögen verringerte sich aufgrund der relativ verhaltenen Investitionstätigkeit um 0,7 Mio. Euro auf 40,9 Mio. Euro. Der mittelfristige und langfristige Anlagehorizont der Finanzanlagen war vor dem Hintergrund der Mittelabflusserwartung strukturiert und in Festgeldern, Rentenpapieren, in Rückdeckungsversicherungen sowie einem geschlossenen IHK-Fonds angelegt. Die Forderungen und Sonstigen Vermögensgegenstände verringerten sich auf 4,0 Mio. Euro (2013: 4,4 Mio. Euro). Das Guthaben bei Kreditinstituten erhöhte sich wegen der Übertragung von fälligen Finanzanlagen in das Umlaufvermögen unter Beibehaltung der günstigen Beitragsstrukturen um 1,5 Mio. Euro auf 9,3 Mio. Euro. Der Anteil des langfristigen Vermögens an der Bilanzsumme betrug 89,7 Prozent (2013: 90,7 Prozent) und war zu 48,3 Prozent (2013: 50,1 Prozent) durch Eigenkapital gedeckt.

Das Eigenkapital – Nettoposition, gesetzliche und zweckgebundene Rücklagen, Ergebnis – nahm erwartungsgemäß um das negative Jahresergebnis von 4,3 Mio. Euro auf 64,4 Mio. Euro ab. Aufgrund des nochmals deutlich gesunkenen Rechnungszinsniveaus ergaben sich bilanzielle Belastungen bei den langfristigen Personalrückstellungen, sodass die Rückstellungen insgesamt um 3,0 Mio. Euro auf 82,2 Mio. Euro zunahmen. Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten bestanden weiterhin nicht.

Der negative Cashflow aus der laufenden Geschäftstätigkeit nahm im Vorjahresvergleich um 0,6 Mio. Euro zu und beträgt -1,3 Mio. Euro (2013: -0,7 Mio. Euro). Neben einem aufgrund der Baumaßnahme „Umbau Südflügel" bereits geplanten rückläufigen Jahresfehlbetrag war dieser Rückgang insbesondere durch die Entwicklung der Verbindlichkeiten verursacht. Korrespondierend mit den planmäßigen Entnahmen aus den Rücklagen wurden fällige Finanzanlagen aufgelöst. Aufgrund der gleichzeitig niedrigeren Investitionen in das Sachanlagevermögen und bei den immateriellen Vermögensgegenständen resultierte daraus ein positiver Cashflow aus Investitionstätigkeit von 2,8 Mio. Euro. Der Finanzmittelbestand am Ende des Geschäftsjahres erhöhte sich somit um 1,5 Mio. Euro auf 9,3 Mio. Euro (2013: 7,8 Mio. Euro). In dem Finanzmittelbestand sind auch Termingelder mit Laufzeiten über drei Monaten enthalten, die keinen Wertschwankungsrisiken unterliegen und jederzeit in Zahlungsmittel umgewandelt werden können.

Bei der Erstellung der Bilanz wurden alle erkennbaren Risiken aus nicht kalkulierbaren Beitragsschwankungen, die aus der konjunkturellen Entwicklung im IHK-Bezirk Frankfurt oder aus dem Abrechnungsverfahren selbst resultieren können, und sonstigen Verpflichtungen oder Risiken berücksichtigt. Aus den bestehenden Verpflichtungen sind derzeit keine wesentlichen Auswirkungen auf die zukünftige Vermögenslage ersichtlich. Den satzungsmäßigen und zweckgebundenen Rücklagen und Rückstellungen steht eine solide finanzielle Deckung durch das Finanzanlagevermögen auf der Aktivseite gegenüber. Der Sicherung der Liquidität und der Verfügbarkeit der Finanzmittel gilt weiterhin oberste Priorität vor Renditezielen. Die Voraussetzungen für eine sachgerechte Aufgabenerfüllung und die Handlungsfähigkeit der IHK Frankfurt sind somit auch zukünftig gewährleistet.

INVESTITIONEN

Im Geschäftsjahr investierte die IHK Frankfurt im Hinblick auf die Baumaßnahme „Umbau Südflügel" lediglich 0,2 Mio. Euro in das Sachanlagevermögen und in immaterielle Vermögensgegenstände. Diese Anschaffungen betrafen insbesondere den Bereich der DV- und Kommunikationsanlagen sowie die Präsentationstechnik, insbesondere wurde das WLAN-Netz innerhalb der IHK verstärkt und es erfolgte eine Umstellung auf WLAN-OpenStage-Telefone. Bei den Betriebs- und Geschäftsausstattungen wurde im Rahmen der normalen Ersatzbeschaffung in das Veranstaltungs-und Büromobiliar investiert. Die im Bauwirtschaftsplan vorgesehenen Anlagen im Bau in Höhe von 0,4 Mio. Euro konnten hinsichtlich bestehender Lieferengpässe in diesem Geschäftsjahr nicht mehr aktiviert werden. Schwerpunkte bei der Investitionstätigkeit im Finanzanlagevermögen bildeten nicht nur der Zukauf neuer Anteile zu dem extern verwalteten Fondsvermögen und die Dispositionen von Festgeldern und Rentenpapieren bei Fälligkeit, sondern insbesondere die Auflösung von Finanzanlagen hinsichtlich der geplanten Entnahmen aus den zweckgebunden Rücklagen. Zu diesen Investitionen kamen 0,6 Mio. Euro (2013: 1,1 Mio. Euro) für substanzerhaltende Instandhaltungs- und Reparaturmaßnahmen, die unmittelbar in die betrieblichen Aufwendungen eingeflossen sind.

PERSONAL

Zum Ende des Jahres 2014 lag die Zahl der Beschäftigten ohne Auszubildende und Freigestellte bei 209 Mitarbeitern und verringerte sich gegenüber dem Vorjahr aufgrund des Wegfalls von Doppelbesetzungen im Rahmen der Altersnachnachfolge um sechs Mitarbeiter (-2,8 Prozent). Unter Berücksichtigung der Teilzeitkräfte betrug die Mitarbeiterkapazität zum Stichtag 194,1 (2013: 200,5). Darüber hinaus waren zehn Beschäftigte in den Sondereinrichtungen der Arbeitsgemeinschaft der hessischen Industrie- und Handelskammern, dem Beratungs- und Informationszentrum Elektronischer Geschäftsverkehr Hessen, dem TechnologieTransferNetzwerk Hessen, der IHK-Innovationsberatung Hessen und den Aufgabenstellen tätig. Die Vergütung der Beschäftigten richtet sich nach der Eingruppierung der Tätigkeit in eine Funktionsgruppe und die jährliche Anpassung der Leistungen nach dem Durchschnitt der drei für den IHK-Bezirk Frankfurt maßgeblichen Branchenabschlüsse – Einzelhandel, Banken, Chemie – des vorangegangenen Jahres.

VEREINBARKEIT VON BERUF UND FAMILIE/DIVERSITY

Bei einem Durchschnittsalter aller Beschäftigten von 45,3 Jahren lag die Betriebszugehörigkeit im Mittel bei rund elf Jahren. Zum Jahresende befanden sich noch fünf Mitarbeiter in Altersteilzeit, die bereits alle im Rahmen des Block-

modells die Ruhephase erreicht haben. Im Berichtszeitraum überschritt der Anteil der Schwerbehinderten mit 6,2 Prozent erneut die gesetzliche Quote von 5,0 Prozent, und die Zahl der Beschäftigten ausländischer Herkunft lag vergleichbar zum Vorjahr bei 23 Beschäftigten (11,0 Prozent). Der Anteil der weiblichen Beschäftigten verblieb mit 65,1 Prozent auf Vorjahresniveau und auch im Bereich der Führungskräfte kontinuierlich bei 36,4 Prozent.

Um engagierte Mitarbeiter zu gewinnen und langfristig zu binden, bietet die IHK Frankfurt elf verschiedene Teilzeitmodelle und Telearbeit an. Zum Jahresende nutzten 45 Mitarbeiter, zwischenzeitlich eine Quote von 21,5 Prozent der Beschäftigten, diese Modelle. Der Anteil der Teilzeitkräfte ist erwartungsgemäß in der Belegschaft höher als auf der Führungsebene und bei Frauen höher als bei Männern. Der Nutzen liegt für beide Seiten nicht nur in einer flexibleren Gestaltung der Arbeitszeiten, sondern fördert die Vereinbarkeit von Berufs- und Privatleben, da die Bedürfnisse der Mitarbeiter, die sich der Betreuung von Kindern und pflegebedürftigen Angehörigen widmen, besser berücksichtigt werden können.

PERSONALENTWICKLUNG/FACH- UND FÜHRUNGSNACHWUCHS/BETRIEBLICHE AUSBILDUNG

Neben den hoheitlichen Aufgaben als Körperschaft des öffentlichen Rechts ist die IHK Frankfurt auch ein Dienstleistungsunternehmen und stellt an ihre Mitarbeiter hohe Anforderungen hinsichtlich der Fachkompetenz, Kommunikationsfähigkeit und der Bereitschaft, Verantwortung zu übernehmen. Die Mitarbeiter sind gesuchte Ansprechpartner, auch über den IHK-Bezirk hinaus, und stehen mit ihrer Expertise und Kompetenz für Qualität und Zuverlässigkeit. Im Interesse einer optimalen Kundenbetreuung wird die hierfür notwendige Vielfalt der Mitarbeiter unterschiedlichster Bildungsprofile mit regelmäßigen individuellen und kompetenzbasierten Weiterbildungsmaßnahmen und zielgerichteten Trainings gefördert. Diese richten sich systematisch an künftigen Anforderungen aus, die in jährlichen Mitarbeitergesprächen festgelegt werden. Für die Führungskräfte ist ein 360-Grad-Feedback eingeführt, das mit entsprechenden Maßnahmen zur Entwicklung der Führungsrolle begleitet wird. Zur Sicherung des Qualitätsanspruchs hat die IHK Frankfurt Führungsleitlinien etabliert und damit ein Wertesystem geschaffen, das den Orientierungsrahmen für Führung und Zusammenarbeit in der IHK vorgibt. Diese Leitlinien dienen der Förderung einer einheitlichen Führungskultur, schaffen Transparenz und sind Grundlage bei den Feedback-Systemen. Das innovative Potenzial der Mitarbeiter wird über die Einrichtung eines Ideenmanagements gefördert, bei dem Vorschläge, die eine Verbesserung der Produkte, Prozesse, Dienstleistungen oder der internen Strukturen bewirken, eingereicht werden können.

Bereits heute werden vielfältige Möglichkeiten der Potenzialerschließung genutzt und neue Mitarbeiter sowohl durch externe Einstellungen als auch innerhalb der IHK-Organisation gewonnen. Regelmäßig werden Praktika für Schüler und Studenten angeboten und eine Wahlstation für Rechtsreferendare innerhalb der juristischen Ausbildung wird zur Verfügung gestellt. In der IHK Frankfurt befinden sich derzeit drei Kaufleute für Bürokommunikation und drei Fachinformatiker für Systemintegration in Ausbildung, von denen die erfolgreichen Absolventen mit gutem Ausbildungsverlauf einen Jahresvertrag mit Option auf Übernahme erhalten. Die angehenden Kaufleute werden während der Lehrzeit in den verschiedenen Geschäftsfeldern, darunter in einzelnen Fachbereichen ebenso wie in Stabsbereichen, eingesetzt und erhalten so umfassende Einblicke in die zahlreichen Aufgabengebiete einer IHK. Erstmals wurde im Rahmen des dualen Studiengangs „BWL Wirtschaftsförderung" eine Stelle in den Geschäftsfeldern Standort- sowie Wirtschaftspolitik und Metropolenentwicklung angeboten.

GESUNDHEITSMANAGEMENT

Gesunde, qualifizierte und motivierte Beschäftigte spielen eine zentrale Rolle bei der Erfüllung der hoheitlichen Aufgaben sowie der Erbringung des breiten Dienstleistungsangebots. Im Rahmen einer präventiven Gesundheitsförderung der Beschäftigten bietet die IHK Frankfurt ein betriebliches Gesundheitsmanagement, zu dem eine regelmäßige Ersthelfer-Ausbildung, Begehungen von Arbeitsstätten, betriebsärztliche Pflicht- und Angebotsuntersuchungen, jährliche Grippeschutzimpfungen, die Gestaltung der Arbeitsplätze nach ergonomischen Erkenntnissen sowie ein Angebot zur Teilnahme an Gymnastikkursen und regionalen Laufereignissen gehören.

5. CHANCEN- UND RISIKOBERICHT

Mit der Erbringung von Leistungen geht grundsätzlich auch ein Fehlerrisiko einher. Seit Jahren hat die IHK Frankfurt auf freiwilliger Basis ein Risikomanagement-System installiert. Mit diesem wird sichergestellt, dass wesentliche bestands-, erfolgs- und existenzgefährdende Risiken in den Geschäftsbereichen kontinuierlich überwacht, bewertet und auf ein akzeptables Maß begrenzt werden. Ziel ist, Entwicklungen, die den Geschäftsverlauf gefährden, frühzeitig zu identifizieren, um geeignete Gegenmaßnahmen ergreifen zu können.

Unter dem Blickwinkel der Risikobewertung und der Eintrittswahrscheinlichkeit ergeben sich für die IHK Frankfurt als Körperschaft des öffentlichen Rechts gleichbleibende Risikofaktoren, die vorwiegend in rechtlichen Risiken aus regulatorischen Einflüssen der Politik bestehen. Diese können sich zukünftig auch an den Entwicklungen und Entscheidungen in den europäischen Nachbarländern orientieren und ebenfalls durch die Rechtsprechung des Europäischen Gerichtshofs und des Bundesverfassungsgerichts beeinflusst werden.

Die wiederkehrenden Diskussionspunkte zu den Fragen der Alternativen oder der Rechtmäßigkeit der Selbstverwaltung der Wirtschaft, zur Finanzierung der IHKs über Pflichtbeiträge, zur Reform des Kammerwesens und der Übertragung hoheitlicher Aufgaben auf private Dienstleister oder die Verlagerung auf staatliche Stellen sind gleichzeitig aber auch Herausforderung für eine fortlaufende Überprüfung und Optimierung der Prozesse, Dienstleistungen und Produkte und bieten die Chance einer konsequenten Weiterentwicklung innerhalb der IHK-Organisation.

Konjunkturelle Schwankungen können nachgelagert erheblichen Einfluss auf die finanzielle Situation der IHK Frankfurt nehmen, genauso wie eine Neugestaltung der Gemeindefinanzen, Reformen zu Erbschafts- und Unternehmenssteuer und weitere die Wirtschaft belastende Regelungen, die die Ertragslage der Mitgliedsunternehmen beeinflussen. Aus dem Umfang der Entwicklung, Neugründung und Ansiedlung von Unternehmen können sich genauso wie aus Unternehmensschließungen oder Firmensitzverlagerungen finanzielle Chancen, aber auch Risiken für die zukünftige Gewerbeertragsentwicklung und damit auch für die Höhe der Mitgliedsbeiträge im IHK-Bezirk ergeben, die im Vorfeld nicht sicher einzuschätzen sind. Mit der jeweiligen Wirtschaftslage der Unternehmen korrespondieren auch die übrigen Erträge. Die Bereitschaft zur Schaffung von Ausbildungsplätzen, die Teilnehmerzahlen bei Fort- und Weiterbildungsangeboten, die Auslastung der Veranstaltungen und der Vermietungen, aber auch der Abruf der Informationsangebote werden stark von der wirtschaftlichen Situation der Unternehmen und zusätzlich durch die demografische Entwicklung beeinflusst. Der Fachkräftemangel bietet die Aussicht einer nachhaltigen und ansteigenden Ausbildungsbereitschaft und die Chance dauerhafter Investitionen in die berufliche Weiterbildung.

Die Finanzanlagen unterliegen Risiken aus der Veränderung von Zinssätzen, Kursrisiken und sonstigen Preisrisiken. Sonstige Preisrisiken können aus der Marktbewertung der Finanzanlagen resultieren. Bei Anlagen mit fester Laufzeit, wie bei der IHK Frankfurt üblich, ist davon auszugehen, dass eventuelle Marktschwankungen nur temporär sind und sich zum Laufzeitende ausgleichen, da eine Rückzahlung in Höhe des nominellen Anlagebetrags erfolgt. Die Richtlinien für die Finanzwirtschaft, in denen das Anlagespektrum für die IHK Frankfurt definiert ist, stellt das Prinzip der Sicherheit und Verfügbarkeit vor Renditeziele.

Gefährdungen, die die täglichen Geschäftsabwicklungen beeinträchtigen können, werden durch interne Kontrollmechanismen und die externe Überprüfung der Einhaltung der hinterlegten Qualitäts- und Sicherheitsstandards permanent beobachtet. Einzelrisiken, die sich aus Projekten oder besonderen Maßnahmen ergeben können, werden besonders kritisch, teilweise auch durch externe Expertise, unterstützt und begleitet. Unternehmenskritische IT-Systeme sind grundsätzlich redundant ausgelegt. Wiederherstellzeiten bei technischen Unterbrechungen sind vertraglich garantiert. Der Einsatz eines professionellen Sicherheitsservices steuert die tägliche Besucherzahl für IHK und Deutsche Börse AG gleichermaßen. Der vorhandene Versicherungsschutz deckt alle vorhandenen und absehbaren Risiken ab.

Risiken, die den Fortbestand der IHK Frankfurt unter Substanz- und Liquiditätsgesichtspunkten gefährden oder die zukünftige Entwicklung wesentlich beeinträchtigen können, bestehen aus heutiger Sicht nicht. Für alle im abgelaufenen Geschäftsjahr erkennbaren Risiken wurde, soweit die Voraussetzungen für eine bilanzielle Berücksichtigung gegeben waren, im Rahmen des Jahresabschlusses Vorsorge getroffen.

6. WESENTLICHE EREIGNISSE NACH DEM BILANZSTICHTAG

Wesentliche Ereignisse nach dem Bilanzstichtag, die über die normale Geschäftstätigkeit hinausgehen, sind nicht vorhanden.

7. AKTUELLER AUSBLICK UND ENTWICKLUNGEN

Das internationale Umfeld und die geopolitischen Entwicklungen werden im Jahr 2015 ausschlaggebend dafür sein, ob und in welchem Umfang die deutsche Wirtschaft wächst. Besonders die Euro-Zone sollte von dem niedrigen Euro-Kurs profitieren. Trotz der expansiven Geldpolitik der Europäischen Zentralbank sind strukturelle Reformen in vielen Euro-Ländern weiterhin unerlässlich. Wenn sich die wirtschaftliche Erholung in Europa wie erwartet verstärkt und der Welthandel wächst, ergeben sich für die Mitgliedsunternehmen zusätzliche Möglichkeiten. Die deutschen Unternehmen sind mit einem geringen Verschuldungsgrad und ausgewogenen Preis-Kosten-Relationen überwiegend gut aufgestellt und mit nachgefragten Produkten auf allen relevanten Märkten präsent. Dies sollte im Hinblick auf die günstigen Finanzierungsbedingungen auch auf die Investitionstätigkeit ausstrahlen. Außerdem zeigt sich die Binnenwirtschaft in guter Verfassung. Die Arbeitslosigkeit ist auf einem niedrigen Stand, ebenso wie die durchschnittliche Verschuldung der privaten Haushalte, die Reallöhne steigen und die Preise für Energie sind deutlich gesunken. Allerdings lasten mittelfristig die ungünstigen demografischen Perspektiven auf der deutschen Wirtschaft. Für 2015 ist mit einer weiterhin positiven Entwicklung des Arbeitsmarkts zu rechnen, vorausgesetzt, der gesetzliche Mindestlohn und der Fachkräftemangel wirken sich nicht negativ auf den Beschäftigungsaufbau aus. Laut der IHK-Beschäftigungs- und Konjunkturprognose FrankfurtRheinMain 2015 werden für die Region rund 17.000 neue Arbeitsplätze erwartet. Über 90 Prozent der Mitgliedsunternehmen berichten von einer guten oder befriedigenden Geschäftslage. Rund ein Viertel der Unternehmen erwartet in den kommenden Monaten eine bessere Entwicklung ihrer Geschäfte und dank des niedrigen Rohölpreises sollte sich die Konsumlaune im Jahresverlauf weiter verbessern. Solange andere Währungen nicht deutlich abwerten, werden die Exportunternehmen vom schwachen Kurs des Euro profitieren können.

In den nächsten Jahren ist die Digitale Wirtschaft von entscheidender Bedeutung für die Innovationskraft und die Zukunftsfähigkeit deutscher Unternehmen. Ob Industrie 4.0, Big Data oder Cloud Computing, alle klassischen Industriebereiche sind auf innovative Anwendungen und Technologien angewiesen, um ihre internationale Wettbewerbsfähigkeit zu sichern. Zu diesen Themen wird Günther Oettinger, EU-Kommissar für Digitale Wirtschaft und Gesellschaft, beim Jahresempfang der IHK Frankfurt am 27. Mai 2015 sprechen und erläutern, wie er in seinem neuen Aufgabenbereich das Thema von der europäischen Ebene aus vorantreibt. Als weitere Redner werden der hessische Ministerpräsident Volker Bouffier und der Oberbürgermeister der Stadt Frankfurt, Peter Feldmann, erwartet.

2015 werden die im Vorjahr begonnenen umfangreichen Sanierungsarbeiten im historischen Südflügel des 1878 fertiggestellten Gebäudes am Börsenplatz beendet werden. Die Finanzierung dieser Maßnahmen erfolgt auf Beschluss der Vollversammlung weitestgehend über die dafür in Vorjahren dotierte zweckgebundene Bau- und Investitionsrücklage. Die Vollversammlung der IHK Frankfurt hat im Dezember 2014 einen Wirtschaftsplan beschlossen, der für 2015, unter Beibehaltung der reduzierten Grundbeiträge und dem abgesenkten Umlagesatz und bei ratierlicher Auflösung der gesetzlichen Liquiditätsrücklage, weiterhin ein positives Ergebnis an die beitragszahlenden Mitgliedsunternehmen zurückführen wird.

Prof. Dr. Mathias Müller
Präsident

Matthias Gräßle
Hauptgeschäftsführer

Frankfurt am Main, den 19. Januar 2015

BILANZ

ZUM 31. DEZEMBER 2014

AKTIVA

TAUSEND EURO	31. 12. 2014	31. 12. 2013
A. Anlagevermögen		
I. Immaterielle Vermögensgegenstände	76	147
II. Sachanlagen	40.927	41.612
III. Finanzanlagen	92.369	95.364
	133.372	137.123
B. Umlaufvermögen		
I. Vorräte	1.292	1.324
II. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	4.015	4.403
III. Kassenbestand, Guthaben bei Kreditinstituten und Schecks	9.311	7.799
	14.619	13.526
C. Rechnungsabgrenzungsposten	658	512
	148.649	151.161

ANLAGENSPIEGEL 2014

ANLAGENSPIEGEL	ENTWICKLUNG DER ANSCHAFFUNGSKOSTEN IN TAUSEND EURO				
	Stand 01. 01. 2014	Zugänge	Umbuchungen	Abgänge	Stand 31. 12. 2014
I. Immaterielle Vermögensgegenstände	2.181	24	0	0	2.205
Immaterielle Vermögensgegenstände	2.181	24	0	0	2.205
II. Sachanlagen					
1. Grundstücke, grundstücksgleiche Rechte und Bauten	44.676	0	0	0	44.676
2. Technische Anlagen und Maschinen	240	0	0	5	236
3. Andere Anlagen, Betriebs- und Geschäftsausstattung	6.202	174	0	77	6.299
4. Geleistete Anzahlungen und Anlagen im Bau	0	5	0	0	5
Sachanlagen	51.118	179	0	81	51.216
Immaterielle Vermögensgegenstände und Sachanlagen	53.299	203	0	81	53.421

PASSIVA

TAUSEND EURO	31. 12. 2014	31. 12. 2013
A. Eigenkapital		
I. Nettoposition	28.000	28.000
II. Ausgleichsrücklage	16.450	16.450
III. Liquiditätsrücklage	11.600	14.500
IV. Andere Rücklagen	5.110	6.821
V. Ergebnis	3.262	2.981
	64.422	68.752
B. Rückstellungen	82.192	79.238
C. Verbindlichkeiten	1.964	3.136
D. Rechnungsabgrenzungsposten	70	34
	148.649	151.161

ENTWICKLUNG DER ABSCHREIBUNGEN IN TAUSEND EURO					BUCHWERTE IN TAUSEND EURO	
Stand 01. 01. 2014	Zugänge	Umbuchungen	Abgänge	Stand 31. 12. 2014	Stand 31. 12. 2014	Stand 31. 12. 2013
2.034	95	0	0	2.129	76	147
2.034	95	0	0	2.129	76	147
4.968	398	0	0	5.366	39.310	39.707
214	19	0	4	229	7	26
4.323	443	0	72	4.694	1.605	1.879
0	0	0	0	0	5	0
9.506	860	0	77	10.289	40.927	41.612
11.540	955	0	77	12.418	41.003	41.759

ERFOLGSRECHNUNG

ZEITRAUM VOM 1. JANUAR BIS 31. DEZEMBER 2014

TAUSEND EURO	2014	2013
1. Beiträge	27.531	25.569
2. Gebühren	3.582	3.759
3. Erträge aus Entgelten	1.789	1.774
4. Bestandsveränderungen	-31	11
5. Sonstige betriebliche Erträge	5.333	4.799
davon aus Erstattungen	2.226	1.892
davon aus öffentlichen Zuwendungen	0	15
BETRIEBSERTRÄGE	38.205	35.912
6. Materialaufwand	3.390	3.042
7. Personalaufwand	18.191	18.357
8. Abschreibungen	955	1.130
9. Sonstige betriebliche Aufwendungen	18.212	16.940
davon Bauwirtschaftsplan „Umbau Südflügel"	2.272	0
BETRIEBSAUFWAND	40.748	39.469
BETRIEBSERGEBNIS	-2.543	-3.557
10. Finanzergebnis	-1.574	-1.546
ERGEBNIS DER GEWÖHNLICHEN GESCHÄFTSTÄTIGKEIT	-4.117	-5.102
11. Außerordentliches Ergebnis	0	0
12. Steuern vom Einkommen und Ertrag, sonstige Steuern	213	213
JAHRESERGEBNIS	-4.330	-5.316
13. Ergebnisvortrag	2.981	7.746
14. Rücklagenveränderung	4.611	551
15. ERGEBNIS	3.262	2.981

FINANZRECHNUNG

TAUSEND EURO	2014	2013
Jahresergebnis ohne außerordentliche Posten	-4.330	-5.316
Cashflow aus laufender Geschäftstätigkeit	-1.288	-700
Cashflow aus Investitionstätigkeit	2.801	-4.202
Cashflow aus Finanzierungstätigkeit	0	0
Finanzmittelbestand am Ende der Periode	9.311	7.799

ANHANG

I. GRUNDSÄTZE DER BILANZIERUNG UND BEWERTUNG

Die IHK Frankfurt ist eine Körperschaft des öffentlichen Rechts. Nach § 3 Absatz 7a IHKG sind die Grundsätze kaufmännischer Rechnungslegung und Buchführung in sinngemäßer Weise nach dem Dritten Buch des Handelsgesetzbuches in der jeweils geltenden Fassung für das Rechnungswesen samt Jahresabschluss anzuwenden. Seit 2014 gilt das neue Finanzstatut der IHK Frankfurt am Main, welches am 12. Dezember 2013 von der Vollversammlung beschlossen und vom Hessischen Ministerium für Wirtschaft, Verkehr und Landesentwicklung am 8. Januar 2014 genehmigt wurde. Es bildet die rechtliche Grundlage für die Erstellung des Jahresabschlusses nach kaufmännischen Grundsätzen und unter Beachtung der Grundsätze des öffentlichen Haushaltsrechts. Darüber hinaus gelten die zur Ausführung des Finanzstatuts in 2014 von Präsident und Hauptgeschäftsführer erlassenen Richtlinien.

Abschlussstichtag ist der 31. Dezember.

Immaterielle Vermögensgegenstände des Anlagevermögens und das Sachanlagevermögen werden zu Anschaffungskosten, vermindert um planmäßige kumulierte Abschreibungen, bewertet. Die Abschreibungen werden linear vorgenommen. Dabei werden grundsätzlich die steuerlich anerkannten Abschreibungstabellen zugrunde gelegt, die der betriebsgewöhnlichen Nutzungsdauer entsprechen. Danach ist die Nutzungsdauer bei immateriellen Vermögensgegenständen mit drei oder fünf Jahren, bei Einbauten mit sieben bis elf Jahren, bei technischen Anlagen und Maschinen sowie bei anderen Anlagen, Betriebs- und Geschäftsausstattung zwischen drei und 13 Jahren bzw. im Einzelfall mit 23 Jahren angesetzt. **Grundstücke und Gebäude** wurden in der Eröffnungsbilanz mit dem Zeitwert (Verkehrswertermittlung) bilanziert. Das Gebäude wird über die im Gutachten festgelegte Restnutzungsdauer von 30 Jahren ab 2003 linear abgeschrieben. **Geringwertige Vermögensgegenstände**, deren Anschaffungs- bzw. Herstellungskosten zwischen 150 Euro und 410 Euro netto liegen, werden im Jahr der Anschaffung vollständig abgeschrieben.

Finanzanlagen sind zu Anschaffungskosten angesetzt. Außerplanmäßige Abschreibungen werden vorgenommen, sofern von einer dauerhaften Wertminderung auszugehen ist. Zuschreibungen erfolgen insoweit, als die Gründe für eine in früheren Geschäftsjahren vorgenommene Abschreibung nicht mehr bestehen. Die **sonstigen Ausleihungen** werden, soweit sie nicht mit dem Aktivwert anzusetzen sind, zum Nennwert bilanziert.

Die **Vorräte** enthalten Bestände der Druckerei, des Büromateriallagers sowie Getränke und Waren, die zum Weiterverkauf bestimmt sind. Sie werden zu den letzten Einstandspreisen bewertet. Bei den Unfertigen Leistungen handelt es sich um anteilige Abgrenzungen von Ausbildungsgebühren, die erst bei Anmeldung zur Abschlussprüfung erhoben werden. Die Bewertung erfolgt anhand der in der Gebührenordnung festgesetzten Gebührentarife. Die **Forderungen aus Beiträgen, Gebühren und Entgelten sowie die sonstigen Vermögensgegenstände** sind zum Nennwert oder dem am Bilanzstichtag niedrigeren beizulegenden Wert angesetzt. Den im Forderungsbestand liegenden erkennbaren Risiken wird durch die Bildung von Einzelwertberichtigungen Rechnung getragen. Bei den Forderungen aus Beiträgen werden Wertberichtigungen auf Basis festgelegter Abwertungssätze anhand von Erfahrungswerten der Vergangenheit im Rahmen einer Altersstruktur-Analyse vorgenommen. Darüber hinaus wird eine Pauschalwertberichtigung für Forderungen aus Gebühren und Entgelten in Höhe von drei Prozent auf den nicht einzelwertberichtigten Forderungsbestand vorgenommen.

Bankguthaben und Kassenbestände sind zum Nominalwert bilanziert.

Als **aktive Rechnungsabgrenzungsposten** werden Ausgaben vor dem Bilanzstichtag ausgewiesen, soweit sie Aufwand für eine bestimmte Zeit nach diesem Tag darstellen.

Die Rückstellungen für **Pensionen und ähnliche Verpflichtungen** werden nach dem Anwartschaftsbarwertverfahren, unter Verwendung der Richttafeln 2005 G von Prof. Dr. Klaus Heubeck, ermittelt. Für die Abzinsung wird nach § 253 Absatz 2 Satz 2 HGB der von der Deutschen Bundesbank nach Maßgabe der Rückstellungsabzinsungsverordnung ermittelte und bekanntgegebene durchschnittliche Marktzinssatz der vergangenen sieben Geschäftsjahre bei einer restlichen Laufzeit von 15 Jahren angewendet.

Steuerrückstellungen werden für noch nicht veranlagte Körperschaft- und Gewerbesteuer der Betriebe gewerblicher Art der IHK Frankfurt sowie für sonstige Steuern gebildet.

Für ungewisse Verbindlichkeiten und alle sonstigen erkennbaren Risiken werden **sonstige Rückstellungen** in Höhe des Betrages der voraussichtlichen Inanspruchnahme gebildet. Langfristige Rückstellungen werden mit ihrem auf den Bilanzstichtag abgezinsten Erfüllungsbetrag bilanziert, soweit der Zinseffekt nicht von untergeordneter Bedeutung ist. Der Erfüllungsbetrag umfasst auch die am Bilanzstichtag zu berücksichtigenden Kostensteigerungen. Für wesentliche Rückstellungen werden Bewertungsgutachten bzw. Berechnungen von sachverständigen Dritten eingeholt.

Verbindlichkeiten sind mit ihrem Erfüllungsbetrag angesetzt.

Der **passive Rechnungsabgrenzungsposten** umfasst alle bis zum Bilanzstichtag getätigten Einnahmen, soweit sie Erträge künftiger Perioden darstellen.

II. ERLÄUTERUNGEN ZUR BILANZ

ANLAGEVERMÖGEN

Die Entwicklung des Anlagevermögens der IHK Frankfurt während des Geschäftsjahres 2014 ist aus dem Bruttoanlagenspiegel ersichtlich.

IMMATERIELLE VERMÖGENSGEGENSTÄNDE

Die Zugänge von 24 Tausend Euro betreffen im Wesentlichen SQL Serverzugriffslizenzen.

SACHANLAGEN

Die Investitionen in das Sachanlagevermögen betragen insgesamt 179 Tausend Euro und wurden überwiegend im Bereich der DV- und Kommunikationsanlagen sowie der Präsentationstechnik getätigt. Hier wurden u. a. die Beamer im Plenarsaal erneuert, das WLAN-Netz der IHK verstärkt und es erfolgte eine Umstellung auf WLAN-OpenStage-Telefone. Bei den Betriebs- und Geschäftsausstattungen wurde in Büromobiliar im Rahmen der normalen Ersatzbeschaffung investiert sowie eine neue Industriespülmaschine angeschafft.

FINANZANLAGEN

Die IHK weist folgende Finanzanlagen aus:

TAUSEND EURO	31. 12. 2014	31. 12. 2013
Beteiligungen	20	20
Wertpapiere des Anlagevermögens	66.382	63.182
Sonstige Ausleihungen	25.967	32.162
	92.369	95.364

Unter den **Beteiligungen** werden die Anteile der IHK Frankfurt an der FIZ GmbH ausgewiesen, die unter den sonstigen Angaben erläutert werden.

Die **Wertpapieranlagen** dienen der finanziellen Rückdeckung der pflichtmäßigen und zweckgebundenen Rücklagen und sind in festverzinslichen Papieren mit besten Bonitätseinstufungen angelegt. Unter diesen ist auch ein zur Absicherung der Altersversorgungsverpflichtungen dotierter geschlossener Fonds („Hermes-Fonds") ausgewiesen, dessen Verwaltung einem externen Fondsmanagement unterliegt. Die ordentlichen Nettoerträge dieser Vermögensanlage werden grundsätzlich ausgeschüttet und dem Fonds anschließend durch Zukauf neuer Anteile wieder zugeführt. Der Buchwert des Fondsvermögens beträgt zum Stichtag 55.537 Tausend Euro und liegt damit unter dem Kurswert zum Jahresende von 59.987 Tausend Euro.

Die **sonstigen Ausleihungen** enthalten Darlehen, sonstige Anteile, Rückdeckungsversicherungen und Festgelder. Letztere dienen zusammen mit den Wertpapieren der finanziellen Absicherung einzelner Rücklagen- und Rückstellungspositionen. Langfristige verzinste **Darlehen** wurden an die MBG Hessen mbH (Mittelständische Beteiligungsgesellschaft Hessen, 90 Tausend Euro) und an die Bürgschaftsbank Hessen (22 Tausend Euro) vergeben. Von dem Darlehen an die Bürgschaftsbank war die erste Teilrückzahlung zum Jahresende fällig und wurde vertragsgemäß an die IHK Frankfurt überwiesen. Der Restbetrag wird zum 30. Juni 2015 fällig, sodass das Darlehen zur Jahresmitte vollständig zurückgezahlt sein wird.

Außerdem hält die IHK Frankfurt direkt oder indirekt **Anteile** an der MBG Hessen mbH (5,65 %), der FrankfurtRheinMain GmbH International Marketing of the Region (3,43 %), der Bürgschaftsbank Hessen GmbH (3,38 %) sowie der IHK-GfI GmbH (2,23 %). Darüber hinaus hat sich die IHK Frankfurt im Geschäftsjahr entsprechend dem Beschluss der Vollversammlung vom 12. Dezember 2013 mit einem Anteil von 5 % (nominal 12,5 Tausend Euro) unmittelbar an der FrankfurtRheinMain GmbH International Marketing of the Region beteiligt, womit ein jährlicher Zuschuss von 200 Tausend Euro verbunden ist.

UMLAUFVERMÖGEN

VORRÄTE

Die Vorräte von 1.292 Tausend Euro (Vorjahr 1.324 Tausend Euro) enthalten im Wesentlichen die abgegrenzten unfertigen Leistungen für Ausbildungsgebühren (1.239 Tausend Euro), welche erst zum Zeitpunkt der Anmeldung zur Abschlussprüfung erhoben werden.

FORDERUNGEN AUS BEITRÄGEN, GEBÜHREN UND ENTGELTEN

Die Forderungen liegen unter Vorjahresniveau. Von den Forderungen aus Beiträgen entfallen 95 % auf das Jahr 2014.

TAUSEND EURO	31. 12. 2014	31. 12. 2013
Beiträge	3.081	3.026
davon Handelsregisterunternehmen	2.787	2.707
Kleingewerbetreibende	294	319
Gebühren und Entgelte	590	694
	3.671	3.720

SONSTIGE VERMÖGENSGEGENSTÄNDE

Die sonstigen Vermögensgegenstände umfassen neben Zinsabgrenzungen von 155 Tausend Euro vor allem die Verrechnungskonten für die Sondereinrichtungen der Arbeitsgemeinschaft hessischer Industrie- und Handelskammern (161 Tausend Euro).

KASSENBESTAND, GUTHABEN BEI KREDITINSTITUTEN, SCHECKS

Die Zahlungsmittel schließen Barmittel, Geldkonten und kurzfristige Geldanlagen bei Kreditinstituten zur Sicherung der laufenden Liquidität ein.

TAUSEND EURO	31. 12. 2014	31. 12. 2013
Kurzfristige Termingelder	6.329	5.311
Sonstige	2.982	2.488
	9.311	7.799

RECHNUNGSABGRENZUNGSPOSTEN

Der aktive Rechnungsabgrenzungsposten wurde im Wesentlichen gebildet für die im Voraus zu zahlenden Versorgungsleistungen an Pensionäre sowie für übliche Vorauszahlungen, überwiegend im Rahmen von Dauerschuldverhältnissen (Miet- und Wartungsverträge etc.).

EIGENKAPITAL

Die Nettoposition wurde bei Erstellung der Eröffnungsbilanz in 2003 auf 28.000 Tausend Euro festgesetzt und beträgt bezogen auf die Bilanzsumme 18,8 % (Vj. 18,5 %).

Gemäß den gesetzlichen Vorgaben werden pflichtmäßige und auf Beschluss der Vollversammlung zweckgebundene Rücklagen gebildet. Das Finanzstatut sieht die Bildung einer Ausgleichsrücklage vor, welche dem Ausgleich aller ergebniswirksamen Schwankungen dient und bis zu 50 % der geplanten Gesamtaufwendungen betragen kann. Sie ist zum Bilanzstichtag mit rund 36 % bezogen auf die geplanten Aufwendungen 2014 dotiert. Die Liquiditätsrücklage hingegen diente bisher der Überbrückung unterjähriger finanzieller Engpässe. Sie wird gemäß Beschluss der Vollversammlung auf Grundlage des ab 2014 geltenden neuen Finanzstatuts der IHK Frankfurt beginnend mit 2014 in gleichen Jahresraten (2,9 Mio. Euro p.a.) über fünf Jahre aufgelöst und dient vorwiegend zur Sicherung der derzeitigen Struktur von Grundbeiträgen und Umlagesatz sowie darüber hinaus der regelmäßigen Dotierung einer Rücklage für Substanzerhaltung. Bezogen auf die geplanten Gesamtaufwendungen des Jahres 2014 ist die Liquiditätsrücklage derzeit noch mit rund 25 % dotiert. Bei der Position „Andere Rücklagen" handelt es sich um von der Vollversammlung beschlossene zweckgebundene Rücklagen.

TAUSEND EURO	31. 12. 2014	31. 12. 2013
Nettoposition	28.000	28.000
Ausgleichsrücklage	16.450	16.450
Liquiditätsrücklage	11.600	14.500
Andere Rücklagen	5.110	6.821
davon Bau- und Investitionsrücklage	4.714	6.536
Regionenförderung	0	249
Rücklage Substanzerhaltung	360	0
Rücklage Projekt berufliche Bildung	36	36
Ergebnis	3.262	2.981
	64.422	68.752

Die Beschlussfassung der Vollversammlung über die Vorschau 2014 vom 11. Dezember 2014 sieht Entnahmen aus den anderen Rücklagen von insgesamt 3.356 Tausend Euro vor. Diese entfallen mit 249 Tausend Euro auf die Rücklage „Region FrankfurtRheinMain" sowie auf die Bau- und Investitionsrücklage (3.107 Tausend Euro). Beschlusskonform wurde die Rücklage „Region FrankfurtRheinMain" in 2014 vollständig verwendet. Aus der Baumaßnahme „Umbau Südflügel" resultieren in 2014 Aufwendungen von 2.272 Tausend Euro, an denen sich die Deutsche Börse AG mit 450 Tausend Euro beteiligt. Der verbleibende Betrag von 1.822 Tausend Euro wurde den anderen Rücklagen auf Grundlage des genannten Beschlusses entnommen.

Die Zuführung zu den anderen Rücklagen (360 Tausend Euro) betrifft in voller Höhe die von der Vollversammlung beschlossene Dotierung einer Substanzerhaltungsrücklage, welche der historischen Bedeutung und dem entsprechend hohen Sanierungs- und Instandhaltungsaufwand des IHK-Gebäudes Rechnung trägt.

Die Erfolgsrechnung 2014 schließt, unter Einbeziehung des Ergebnisvortrages sowie nach Rücklagenveränderungen, mit einem Ergebnis von 3.262 Tausend Euro, welches dem Beschluss der Vollversammlung entsprechend auf neue Rechnung vorgetragen und in künftigen Jahren weiterhin für die Beibehaltung der gesenkten Grundbeiträge und des Umlagesatzes und somit zur Entlastung der Mitgliedsunternehmen zur Verfügung stehen wird.

RÜCKSTELLUNGEN

Die Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen werden nach dem Anwartschaftsbarwertverfahren (Projected Unit Credit-Methode) unter Verwendung der Richttafeln 2005 G bewertet. Als Rechnungszins gilt der in der Rückstellungsabzinsungsverordnung genannte und zum 30. November 2014 veröffentlichte Zinssatz von 4,58 %. Erwartete Gehaltssteigerungen sind mit 2,5 %, Rentensteigerungen mit 2,0 % und eine Fluktuationsquote für verschiedene Altersstufen mit Werten von 0,0 % bis 12,9 % berücksichtigt. Die Pensionsrückstellungen enthalten auch Verpflichtungen gegenüber ehemaligen Mitarbeitern der Deutschen Börse AG, für die eine Übernahme erklärt wurde. Diese Vermögenswerte (8.821 Tausend Euro) stellen Planvermögen dar und werden mit den entsprechenden Pensionsverpflichtungen verrechnet.

Steuerrückstellungen für laufende oder voraussichtliche Steuernachzahlungen sind nicht anzusetzen.

Die sonstigen Rückstellungen umfassen alle erkennbaren Risiken und gegenwärtigen Verpflichtungen gegenüber Dritten. Diese betreffen u. a. Rechts- und Beratungskosten, Jahresabschlussprüfungskosten, ausstehende Rechnungen sowie alle weiteren ungewissen Verbindlichkeiten sowie Personalkosten aus Jubiläumszuwendungen, Altersteilzeit, Beihilfen, rückständigen Urlaubstagen und ähnlichen Verpflichtungen, deren Wertansatz, sofern erforderlich, versicherungsmathematische Gutachten zugrunde liegen. Langfristige Rückstellungen werden mit dem Erfüllungsbetrag

gemäß § 253 HGB ausgewiesen. Zur Ermittlung der Beihilferückstellung werden ein Zinssatz von 4,58 % und ein Rententrend (2,0 %) berücksichtigt. Der Anteil dieser Verpflichtungen, für den die Deutsche Börse AG vertraglich einsteht, wurde mit den Vermögenswerten als Planvermögen in Höhe von 737 Tausend Euro verrechnet.

Bei der Berechnung der Rückstellungen für Lebensarbeitszeitkonten wurden eine Gehaltsdynamik von 2,5 % sowie der zum 31. Dezember 2014 veröffentlichte und der durchschnittlichen Restlaufzeit der Verpflichtungen entsprechende Abzinsungssatz von 3,78 % zugrunde gelegt.

Im Übrigen sind die Rückstellungen in Höhe des zu erwartenden Erfüllungsbetrages angesetzt.

Im Rahmen der BilMoG-Umstellung wurde vom Beibehaltungswahlrecht des Artikel 67 Absatz 1 Satz 2 EGHGB Gebrauch gemacht und die Rückstellung für Archivierungskosten zunächst nicht abgezinst. 2014 erfolgte eine Neuberechnung der Archivierungsrückstellung, welche seither mit dem abgezinsten Erfüllungsbetrag ausgewiesen wird.

TAUSEND EURO	31. 12. 2014	31. 12. 2013
Pensionsrückstellungen und ähnliche Verpflichtungen	72.673	70.000
Steuerrückstellungen	0	0
Sonstige Rückstellungen	9.519	9.238
	82.192	79.238

VERBINDLICHKEITEN

Alle Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen haben eine Restlaufzeit von weniger als einem Jahr. Die sonstigen Verbindlichkeiten enthalten zum Stichtag Sicherheitseinbehalte aus der Baumaßnahme „Umbau Südflügel" von 83 Tausend Euro, deren Restlaufzeit rund fünf Jahre beträgt.

TAUSEND EURO	31. 12. 2014	31. 12. 2013
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	0	0
Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	1.516	1.787
Sonstige Verbindlichkeiten	448	1.349
	1.964	3.136

III. ERLÄUTERUNGEN ZUR ERFOLGSRECHNUNG

Die IHK Frankfurt unterliegt als Körperschaft des öffentlichen Rechts dem öffentlichen Haushaltsrecht. Inhalt und Umfang ihrer Tätigkeiten ergeben sich aus den gesetzlichen Grundlagen – insbesondere dem Gesetz zur vorläufigen Regelung des Rechts der Industrie- und Handelskammern (IHKG) – und durch die Beschlüsse der Vollversammlung, der gewählten Vertretung der IHK-Mitglieder. Die Finanzierung der Körperschaft des öffentlichen Rechts erfolgt über die Erhebung von Mitgliedsbeiträgen, Gebühren sowie Entgelten für einzelne Dienstleistungen. Der jährliche Wirtschaftsplan ist in einen Erfolgs- und einen Finanzplan gegliedert. In der Erfolgsplanung werden sämtliche Erträge und Aufwendungen aufgeführt. Die Finanzplanung gibt Informationen über die Investitions- und Finanzierungstätigkeiten. Die jährliche Planung folgt den Grundsätzen zweckmäßiger und auf Wirtschaftlichkeit und Sparsamkeit bedachter Wirtschaftsführung. Der Wirtschaftsplan und der Jahresabschluss werden von den Mitgliedern des Haushaltsausschusses und des Präsidiums beraten und von der Vollversammlung beschlossen.

1. BEITRÄGE

Die Veranlagung zu Beiträgen erfolgt bei allen Gewerbetreibenden, die im Bezirk der IHK Frankfurt eine Niederlassung oder eine Betriebsstätte unterhalten und die eine gewerbesteuerpflichtige Tätigkeit ausführen. Entscheidend ist die Festsetzung durch die Finanzbehörden.

Die Beiträge setzen sich zusammen aus Grundbeiträgen und Umlagen. Die IHK Frankfurt wendet die Gegenwartsveranlagung an, die dem Verfahren der Gewerbesteuer entspricht. Für das laufende Geschäftsjahr wird eine Vorauszahlung von Grundbeiträgen und Umlagen nach dem zuletzt bekannten Gewerbeertrag bzw. dem Gewinn aus Gewerbebetrieb erhoben. Die endgültige Abrechnung erfolgt erst, wenn der IHK Frankfurt die endgültige Bemessungsgrundlage durch die zuständige Finanzbehörde bekanntgegeben wird.

Deshalb werden die Erträge aus Beiträgen getrennt nach den Veranlagungen des laufenden Jahres (vorläufig) und denen der Vorjahre (endgültig) ausgewiesen. Weiterhin werden sie nach den Umlagen und den Grundbeiträgen gegliedert. Gewerbesteuerpflichtige Unternehmen, die nicht im Handelsregister eingetragen sind und deren Gewinn oder Gewerbeertrag 5.200 Euro im Geschäftsjahr nicht übersteigt, sind von diesen Beiträgen freigestellt. Existenzgründer sind von der Beitragspflicht unter bestimmten Bedingungen ebenfalls befreit. Bei natürlichen Personen und Personengesellschaften besteht die Besonderheit, dass die Bemessungsgrundlage für die Berechnung der Umlage um einen Freibetrag von 15.340 Euro zu kürzen ist.

TAUSEND EURO	Ist 2014	Ist 2013
Beiträge	27.531	25.569
davon		
Grundbeiträge laufendes Jahr	8.890	8.713
Umlagen laufendes Jahr	10.463	9.523
Grundbeiträge Vorjahre	354	354
Umlagen Vorjahre	7.824	6.979

Höhere Vorauszahlungen auf die zu erwartenden Gewerbeerträge 2014, steigende beitragspflichtige Mitgliedszahlen und erhöhte Festsetzungen der Bemessungsgrundlagen aus Vorjahren führten dazu, dass die Beiträge trotz der Beitragssenkungen in Vorjahren um 799 Tausend Euro über den Erwartungen lagen. Im Dezember 2014 wurde anhand aller bis zu diesem Zeitpunkt verfügbaren, jedoch noch nicht beschiedenen, Bemessungsgrundlagen eine Berechnung der sich daraus für das laufende Jahr und die Vorjahre ergebenden Beitragsansprüche und Erstattungsverpflichtungen vorgenommen. Diese werden im Folgejahr abgerechnet (180,11 Euro) bzw. gutgeschrieben (449,92 Euro) und sind nicht im Ergebnis enthalten.

2. GEBÜHREN

Für die hoheitlichen Tätigkeiten werden Gebühren erhoben, die sich in Ausbildungs-, Fortbildungs- und sonstige Gebühren gliedern:

TAUSEND EURO	Ist 2014	Ist 2013
Gebühren	3.582	3.760
davon		
Eintragungs- und Prüfungsgebühren	1.464	1.492
Fortbildungsgebühren	891	934
Sonstige Gebühren	1.227	1.334

Die Gebühren liegen unter Berücksichtigung der Verminderung des Bestandes an unfertigen Leistungen (siehe Posten 4 der Erfolgsrechnung) insgesamt etwas unterhalb der Erwartungen. Zum Jahresende konnten 5.279 (Vj. 5.372) neu eingetragene Ausbildungsverhältnisse im IHK-Bezirk Frankfurt registriert werden. Von den Fortbildungsgebühren entfallen 224 Tausend Euro auf Ausbilderprüfungsgebühren.

Der Rückgang der sonstigen Gebühren gegenüber dem Vorjahr resultiert im Wesentlichen aus geringeren Erträgen aus Gebühren für die Registrierung der Finanzanlagevermittler (250 Tausend Euro) sowie aus dem Unterrichtungsverfahren für das Bewachungsgewerbe (272 Tausend Euro), während die Erträge aus dem Unterrichtungsverfahren der Spielgeräteaufsteller sowie aus Gefahrgutbeauftragtenschulungen über den Erwartungen und über Vorjahresniveau lagen. Rückläufig hingegen entwickelten sich auch die Gebühren für Ursprungszeugnisse (134 Tausend Euro).

3. ENTGELTE

Die Entgelte bilden den Service- und Dienstleistungsbereich ab, in dem die IHK Frankfurt mit Betrieben gewerblicher Art unternehmerisch tätig und ertrags- und umsatzsteuerpflichtig ist.

TAUSEND EURO	Ist 2014	Ist 2013
Entgelte	1.789	1.773
davon		
Verkaufserlöse	81	81
Bildungszentrum, Seminare und Kurse	1.690	1.672
Sonstige Entgelte	18	20

Die Verkaufserlöse liegen auf Vorjahresniveau. Bei leicht rückläufigen Erträgen aus sonstigen entgeltpflichtigen Seminaren und Kursen war die Nachfrage nach Kursen im Bildungszentrum (1.548 Tausend Euro) im Vorjahresvergleich stabil und übersteigt die Erwartungen der Vorschau.

4. ERHÖHUNG ODER VERMINDERUNG DES BESTANDES AN FERTIGEN UND UNFERTIGEN LEISTUNGEN

Die Bestandsverminderung an unfertigen Leistungen von 31 Tausend Euro ist durch die Ausbildungsgebühren, die erst zum Zeitpunkt der Anmeldung zur Abschlussprüfung erhoben werden, bedingt. Die Bestandsveränderung ist in die Betrachtung der Erträge aus Gebühren einzubeziehen.

5. SONSTIGE BETRIEBLICHE ERTRÄGE

Die sonstigen betrieblichen Erträge enthalten insbesondere Erstattungen an die IHK Frankfurt. Davon trägt die Deutsche Börse AG aufgrund vertraglicher Vereinbarungen zur Kostenübernahme für sonstige betriebliche Aufwendungen und Personalaufwendungen 1.916 Tausend Euro. Hierin enthalten ist auch der einmalige Zuschuss der Börse zur Baumaßnahme „Umbau Südflügel" von 450 Tausend Euro. In den sonstigen Erträgen sind die Werterhöhungen des Anlagevermögens sowie die im Vorjahresvergleich höheren Erträge aus der Auflösung von Rückstellungen mit 2.142 Tausend Euro enthalten. Darüber hinaus entstand ein periodenfremder Ertrag aus einem Verjährungssachverhalt (210 Tausend Euro). Bei den Nebenerlösen werden die Erträge aus den Vermietungen von Sälen, Laden- und Büroflächen ausgewiesen, welche wegen des durch die Bauarbeiten eingeschränkten Vermietungsgeschäftes unter Vorjahresniveau liegen. Öffentliche Zuwendungen hat die IHK Frankfurt in 2014 nicht erhalten.

TAUSEND EURO	Ist 2014	Ist 2013
Sonstige betriebliche Erträge	5.333	4.799
davon		
Erstattungen	2.226	1.892
Sonstige Erträge	2.551	2.217
Nebenerlöse	556	675
Öffentliche Zuwendungen	0	15

6. MATERIALAUFWAND

Unter den Aufwendungen für bezogene Leistungen werden die Entschädigungen für ehrenamtliche Prüfer in Aus- und Fortbildung (1.097 Tausend Euro), die Aufwendungen für Prüfungsraummieten, Prüfungsaufgaben und Prüfungsmaterialien (1.027 Tausend Euro) sowie die Honorare für Dozenten im Bildungszentrum (514 Tausend Euro) ausgewiesen.

TAUSEND EURO	Ist 2014	Ist 2013
Materialaufwand	3.390	3.042
davon		
Aufwendungen für Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe	75	79
Aufwendungen für bezogene Leistungen	3.315	2.963
davon für Ausbildung	1.603	1.362
Fortbildung	696	617
Bildungszentrum	648	658
Sonstige Leistungen	373	331
Skonti, Boni, Rabatte	-5	-5

7. PERSONALAUFWAND

Der Personalaufwand liegt um 166 Tausend Euro unter dem Vorjahresniveau. Dabei wurden die tariflich bedingten Gehaltsanpassungen durch den Wegfall von Doppelbesetzungen im Rahmen der Altersnachfolge kompensiert.

TAUSEND EURO	Ist 2014	Ist 2013
Personalaufwand	18.191	18.357
davon		
Gehälter	11.055	11.258
Sozialabgaben und Aufwendungen für die Altersversorgung	7.136	7.099

8. ABSCHREIBUNGEN

Die Abschreibungen werden grundsätzlich linear vorgenommen. Sie basieren auf steuerlich anerkannten Nutzungsdauern, die der betriebsgewöhnlichen Nutzungsdauer entsprechen. Abschreibungen auf Gegenstände des Umlaufvermögens und außerplanmäßige Abschreibungen wurden nicht vorgenommen.

TAUSEND EURO	Ist 2014	Ist 2013
Abschreibungen	955	1.130
davon		
Immaterielle Vermögensgegenstände	95	103
Gebäude- und Gebäudeeinrichtungen	398	503
Anlagen, Betriebs- und Geschäftsausstattung	445	468
Geringwertige Wirtschaftsgüter	17	56

9. SONSTIGE BETRIEBLICHE AUFWENDUNGEN

In den sonstigen betrieblichen Aufwendungen sind die Aufwendungen für Grundstück und Gebäude enthalten, an denen sich die Deutsche Börse AG aufgrund eines vereinbarten Nutzungsschlüssels anteilig beteiligt. Sie liegen aufgrund der Aufwendungen im Zusammenhang mit der Baumaßnahme „Umbau Südflügel" erwartungsgemäß um 1.690 Tausend Euro über dem Vorjahresniveau. Die Bauaufwendungen sind beschlussgemäß (unter Berücksichtigung des Zuschusses der Deutsche Börse AG) durch Entnahmen aus der Bau- und Investitionsrücklage vollständig gedeckt.

Von den Aufwendungen für Mitgliedschaften entfallen 1.734 Tausend Euro auf den DIHK e.V. Die betrieblichen Aufwendungen enthalten ferner Aufwendungen für Maßnahmen zur Förderung der Metropolregion FrankfurtRheinMain, welchen eine Entnahme aus der hierfür zweckgebundenen Rücklage von 249 Tausend Euro gegenübersteht. Die Rücklage ist damit vollständig verwendet. In den anderen betrieblichen Aufwendungen ist der höhere Einzelwertberichtigungsbedarf auf die Forderungen aus Beiträgen enthalten.

TAUSEND EURO	Ist 2014	Ist 2013
Sonstige betriebliche Aufwendungen	18.212	16.940
davon		
Sonstige Personalaufwendungen	1.423	1.516
Mieten und Pachten, Leasing	450	536
Gebühren	87	92
Aufwendungen für Fremdleistung	2.638	2.449
Rechts- und Beratungskosten	1.085	1.950
Büro-, Reise-, Kommunikationskosten	1.431	1.581
Marketing, Öffentlichkeits- und Veranstaltungsbereich	2.327	2.567
Mitgliedschaften, Versicherungen	2.778	2.757
Aufwendungen für Grundstück und Gebäude	4.001	2.313
davon Baumaßnahme „Umbau Südflügel"	2.272	0
Andere betriebliche Aufwendungen	1.992	1.179

10. FINANZERGEBNIS

Maßgeblich für die Finanzerträge sind die Erträge aus den festverzinslichen Wertpapieren des Anlagevermögens, die sich im Rahmen der für die Industrie- und Handelskammern geltenden konservativen Anlagerichtlinien ergeben, sowie die Erträge aus Termingeldanlagen. Im Finanzergebnis sind auch die nach den Vorschriften des Bilanzrechtsmodernisierungsgesetzes ermittelten Aufwendungen aus der Aufzinsung gesondert unter dem Posten „Zinsen und ähnliche Aufwendungen" gemäß § 277 Abs. 5 HGB ausgewiesen.

TAUSEND EURO	Ist 2014	Ist 2013
Finanzergebnis	-1.574	-1.546
davon		
Erträge aus Wertpapieren und Ausleihungen des Anlagevermögens	2.077	2.078
Zinsen und ähnliche Erträge	29	34
davon aus Erträgen aus der Abzinsung	0	0
Abschreibungen auf Finanzanlagen und Wertpapiere des Umlaufvermögens	0	25
Zinsen und ähnliche Aufwendungen	3.680	3.633
davon aus Aufwendungen aus der Aufzinsung	3.680	3.633

11. AUSSERORDENTLICHES ERGEBNIS

Im Geschäftsjahr 2014 haben sich keine außerordentlichen Posten ergeben.

12. STEUERN

Die Steuerabgaben beinhalten insbesondere die Grundsteuer mit 211 Tausend Euro.

14. RÜCKLAGENVERÄNDERUNG

Die Vollversammlung hat am 11. Dezember 2014 im Rahmen des festzustellenden Nachtragswirtschaftsplans über die Rücklagenveränderung entschieden. Demnach wird die Liquiditätsrücklage auf Grundlage des ab 2014 geltenden neuen Finanzstatuts der IHK Frankfurt beginnend mit 2014 in gleichen Jahresraten (2,9 Mio. Euro p.a.) über fünf Jahre aufgelöst. Ferner sieht der Beschluss eine Entnahme aus der Rücklage „Region FrankfurtRheinMain" vor, welche für die Entwicklung der Metropolregion und für Maßnahmen der selektiven Unterstützung von Projekten gebildet wurde. Die Entnahme erfolgte beschlusskonform mit 249 Tausend Euro, womit die Rücklage zum Jahresende vollständig zweckentsprechend verwendet wurde. Die Aufwendungen im Zusammenhang mit der Baumaßnahme „Umbau Südflügel" werden laut dem von der Vollversammlung beschlossenen Bauwirtschaftsplan größtenteils durch die Entnahmen aus der Bau- und Investitionsrücklage gedeckt. Für die im Jahr 2014 angefallenen Aufwendungen von 2.272 Tausend Euro wurde (unter Berücksichtigung des Zuschusses der Deutsche Börse AG von 450 Tausend Euro) eine Entnahme von 1.822 Tausend Euro getätigt. Der Nachtragswirtschaftsplan sieht darüber hinaus die Bildung einer Substanzerhaltungsrücklage von 360 Tausend Euro vor, welche der besonderen Bedeutung und Gebäudestruktur des historischen IHK-Gebäudes Rechnung trägt und für erforderliche Sanierungs- und Modernisierungsarbeiten in der Zukunft zur Verfügung steht.

15. ERGEBNIS

Die Erfolgsrechnung des Jahres 2014 schließt – nach Rücklagenveränderungen und unter Einbeziehung des Ergebnisvortrags – mit einem Ergebnis von 3.262 Tausend Euro. Das negative Jahresergebnis von 4.330 Tausend Euro liegt insbesondere aufgrund der höheren Erträge aus Beiträgen sowie der höheren Erträge aus der Auflösung von Rückstellungen über den Erwartungen. Aufwandseitig ergaben sich geringere Zuführungen zu den Pensionsrückstellungen sowie geringere Aufwendungen im Zusammenhang mit der Baumaßnahme „Umbau Südflügel" als erwartet. Gemäß Beschluss der Vollversammlung vom 11. Dezember 2014 wird das Ergebnis 2014 auf neue Rechnung vorgetragen.

IV. ERLÄUTERUNGEN ZUR FINANZRECHNUNG

JAHRESERGEBNIS OHNE AUSSERORDENTLICHE POSTEN

Das Jahresergebnis ist im Geschäftsjahr nicht durch außerordentliche Posten beeinflusst.

TAUSEND EURO	Ist 2014	Ist 2013
Jahresergebnis ohne außerordentliche Posten	-4.330	-5.316

CASHFLOW AUS LAUFENDER GESCHÄFTSTÄTIGKEIT

Der Cashflow aus laufender Geschäftstätigkeit beinhaltet das um die Veränderungen der Rückstellungen, der Abschreibungen und Zuschreibungen zum Anlagevermögen, der sonstigen Aktiva und Passiva sowie der Zuführungen oder Auflösungen von aktiven und passiven Rechnungsabgrenzungsposten bereinigte Jahresergebnis.

TAUSEND EURO	Ist 2014	Ist 2013
Cashflow aus laufender Geschäftstätigkeit	-1.288	-700

CASHFLOW AUS DER INVESTITIONSTÄTIGKEIT

Der Cashflow aus der Investitionstätigkeit zeigt die Ein- und Auszahlungen für Investitionen im Bereich des immateriellen Anlagevermögens, des Sachanlage- und des Finanzanlagevermögens. Maßgeblich ist die Investitionstätigkeit bei den Finanzanlagen mit einem positiven Saldo von Ein- und Auszahlungen von 3.004 Tausend Euro, welcher die Dispositionen des Fonds, der Festgelder und der Wertpapierbestände sowie die Werterhöhungen bei den Aktivwerten von Rückdeckungsversicherungen beinhaltet. Hier erfolgten Umschichtungen von Festgeldern in das Umlaufvermögen zur Schaffung der erforderlichen Liquidität für die Baumaßnahme. In das immaterielle Vermögen wurden 2014 insgesamt 24 Tausend Euro, in das Sachanlagevermögen 179 Tausend Euro investiert.

TAUSEND EURO	Ist 2014	Ist 2013
Cashflow aus der Investitionstätigkeit	2.801	-4.202

CASHFLOW AUS DER FINANZIERUNGSTÄTIGKEIT

Die IHK Frankfurt nimmt unverändert keine Darlehen in Anspruch.

TAUSEND EURO	Ist 2014	Ist 2013
Cashflow aus der Finanzierungstätigkeit	0	0

FINANZMITTELBESTAND AM ENDE DER PERIODE

Der Finanzmittelbestand erhöhte sich aufgrund des positiven Cashflows gegenüber dem Vorjahr um 1.512 Tausend Euro und beträgt somit zum Bilanzstichtag 9.311 Tausend Euro.

V. SONSTIGE ANGABEN

MITGLIEDER DES PRÄSIDIUMS UND DER HAUPTGESCHÄFTSFÜHRUNG DER IHK FRANKFURT AM MAIN IM GESCHÄFTSJAHR 2014

PRÄSIDENT DER IHK FRANKFURT AM MAIN

Prof. Dr. Mathias Müller
IWB Dr. Müller Immobilienwirtschaftliche Beratung GmbH

STELLVERTRETENDE PRÄSIDENTEN

Karen Hoyndorf
Compass Group Deutschland GmbH

Prof. Dr. Wolfram Wrabetz
HELVETIA INTERNATIONAL Versicherungs-AG

VIZEPRÄSIDENTEN

Marlene Haas
Marlene Haas Veranstaltungsmanagement

Stefan Messer
MESSER Group GmbH

Dr. Lutz Raettig
Morgan Stanley Bank International Ltd. Niederlassung Deutschland

Thomas Reichert
Haxen-Reichert Metzgerei-, Gaststätten- und Partyservice-Betriebsgesellschaft mbH

Susanne von Verschuer
Internationale Spedition H. & C. Fermont GmbH & Co. KG

Prof. Dr. Martin Wentz
Wentz & Co. GmbH

Angelika Zülch-Busold
Wacker's Kaffee Geschäft GmbH

HAUPTGESCHÄFTSFÜHRER

Matthias Gräßle

DIE MITARBEITERZAHLEN ZUM 31. DEZEMBER 2014

Mitarbeitergruppe	31.12.2014 Köpfe	31.12.2014 Kapazität	31.12.2013[3] Köpfe	31.12.2013[3] Kapazität	Gehälter in T Euro 2014
Leitung					
Geschäftsführer, Hauptgeschäftsführer	11	11,0	1	1,0	1.306
Abteilungsleiter und Referenten	47	45,2	0	0,0	3.015
Sachbearbeiter und technisches Personal	151	137,9	214	199,5	5.964
IHK[1]	209	194,1	215	200,5	10.285
Sondereinrichtungen	10	8,7	10	8,7	492
IHK und andere Leistungsträger[2]	219	202,8	225	209,2	10.777
Auszubildende	6		7		
Elternzeit	7		9		
[1]davon Teilzeit	50		50		
befristet	21		k. A.		
Altersteilzeit inaktiv	7		7		

[2] Abrechnungen der Mitarbeiter für ARGE, BIEG, ITB, Aufgabenstellen

[3] Da das Finanzstatut neue Fassung erst ab 2014 Gültigkeit erlangt hat, wurde aus Vereinfachungsgründen die Darstellung für 2013 in alter Form fortgeführt

FINANZIELLE VERPFLICHTUNGEN

Die IHK Frankfurt hat jährliche finanzielle Verpflichtungen aus Miet-, Leasing- und Wartungsverträgen in Höhe von 877 Tausend Euro.

BETEILIGUNGEN

Die IHK Frankfurt hält unverändert folgende Beteiligung:

Unternehmen	Sitz	Anteil	%	Stammkapital
FIZ (Frankfurter Innovationszentrum Biotechnologie GmbH)	Frankfurt	20.000,00 Euro	20	100.000,00 Euro

TREUHANDVERHÄLTNISSE ZUM 31. DEZEMBER 2014

Die IHK Frankfurt hält für neun hessische Industrie- und Handelskammern Gesellschaftsbeteiligungen (Sonstige Anteile) als Treuhandvermögen in Höhe von 261 Tausend Euro, davon für die MBG Hessen GmbH 112 Tausend Euro und die Bürgschaftsbank Hessen 149 Tausend Euro und des Weiteren treuhänderisch gehaltene Darlehensanteile in Höhe von 188 Tausend Euro, davon für die MGB Hessen GmbH 155 Tausend Euro und die Bürgschaftsbank Hessen 33 Tausend Euro.

Prof. Dr. Mathias Müller
Präsident

Matthias Gräßle
Hauptgeschäftsführer

Frankfurt am Main, den 19. Januar 2015

BESTÄTIGUNGSVERMERK UND SCHLUSSBEMERKUNG

Nach dem abschließenden Ergebnis unserer Prüfung haben wir dem Jahresabschluss nebst Anhang (Anlagen 1/1 bis 1/6) sowie dem Lagebericht (Anlage 1/7) und der Wirtschaftsführung für das Geschäftsjahr vom 01. Januar bis zum 31. Dezember 2014 der Industrie- und Handelskammer Frankfurt am Main, Frankfurt am Main, den folgenden uneingeschränkten Bestätigungsvermerk erteilt:

„Bestätigungsvermerk der Rechnungsprüfungsstelle

An die Industrie- und Handelskammer Frankfurt am Main, Frankfurt am Main:

Wir haben den Jahresabschluss - bestehend aus Bilanz, Erfolgs- und Finanzrechnung - nebst Anhang unter Einbeziehung der Buchführung und den Lagebericht sowie die Ordnungsmäßigkeit der Wirtschaftsführung einschließlich der Beachtung der Grundsätze der Wirtschaftlichkeit und Sparsamkeit der Industrie- und Handelskammer Frankfurt am Main, Frankfurt am Main, für das Geschäftsjahr vom 01. Januar bis zum 31. Dezember 2014 geprüft. Die Buchführung und die Aufstellung des Jahresabschlusses nebst Anhang und des Lageberichts sowie die Wirtschaftsführung nach den Regelungen des Finanzstatuts, den Grundsätzen des öffentlichen Haushaltsrechts und den übrigen für die IHK geltenden Rechtsvorschriften liegen in der Verantwortung des Präsidenten, des Hauptgeschäftsführers und der Beauftragten für die Wirtschaftsführung der IHK. Unsere Aufgabe ist es, auf der Grundlage der von uns durchgeführten Prüfung eine Beurteilung über den Jahresabschluss nebst Anhang unter Einbeziehung der Buchführung und über den Lagebericht sowie über die Wirtschaftsführung abzugeben.

Wir haben unsere Prüfung nach den Grundsätzen ordnungsmäßiger Durchführung von Abschlussprüfungen im Sinne der Prüfungsrichtlinien und § 17 FS vorgenommen. Danach ist die Prüfung so zu planen und durchzuführen, dass Unrichtigkeiten und Verstöße, die sich auf die Darstellung des durch den Jahresabschluss nebst Anhang unter Beachtung der Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung und durch den Lagebericht vermittelten Bildes der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage im Sinne der Regelungen des Finanzstatuts der IHK wesentlich auswirken sowie sich gegen die Grundsätze des öffentlichen Haushaltsrechts und die übrigen für die IHK geltenden wesentlichen Bestimmungen richten, mit hinreichender Sicherheit erkannt werden. Bei der Festlegung der Prüfungshandlungen werden die Kenntnisse über die Geschäftstätigkeit und über das wirtschaftliche und rechtliche Umfeld der IHK sowie die Erwartungen über mögliche Fehler berücksichtigt. Im Rahmen der Prüfung werden die Wirksamkeit des rechnungslegungsbezogenen internen Kontrollsystems sowie Nachweise für die Angaben in Buchführung, Jahresabschluss nebst Anhang und Lagebericht überwiegend auf der Basis von Stichproben beurteilt. Die Prüfung umfasst die Beurteilung der angewandten Bilanzierungsgrundsätze und der wesentlichen Einschätzungen des Präsidenten, des Hauptgeschäftsführers und der Beauftragten für die Wirtschaftsführung sowie die Würdigung der Gesamtdarstellung des Jahresabschlusses nebst Anhang, des Lageberichts und des Plan-Ist-Vergleichs. Wir sind der Auffassung, dass unsere Prüfung eine hinreichend sichere Grundlage für unsere Beurteilung bildet.

Unsere Prüfung hat zu keinen Einwendungen geführt.

Nach unserer Beurteilung aufgrund der bei der Prüfung gewonnenen Erkenntnisse entspricht der Jahresabschluss nebst Anhang den Regelungen des Finanzstatuts und den übrigen für die IHK geltenden wesentlichen Rechtsvorschriften

und vermittelt unter Beachtung der Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage im Sinne der Regelungen des Finanzstatuts der IHK. Der Lagebericht steht im Einklang mit dem Jahresabschluss nebst Anhang, vermittelt insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage der IHK und stellt die wesentlichen Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung zutreffend dar.

Der Wirtschaftsplan ist ordnungsgemäß aufgestellt und vollzogen worden.

Die Industrie- und Handelskammer Frankfurt am Main, Frankfurt am Main, hat die Grundsätze der Wirtschaftlichkeit und Sparsamkeit bei der Aufstellung des Wirtschaftsplanes beachtet und die ihr im Rahmen des Erfolgs- und des Finanzplanes zur Verfügung stehenden Mittel nach diesen Grundsätzen verwendet.

Die Bestimmungen des Finanzstatuts und die Richtlinien zur Ausführung des Finanzstatuts sowie die Grundsätze des öffentlichen Haushaltsrechts und die übrigen für die IHK geltenden wesentlichen Rechtsvorschriften sind eingehalten worden."

Den vorstehenden Bericht erstatten wir in Übereinstimmung mit den „Richtlinien für die Prüfung der Jahresrechnungen der Industrie- und Handelskammern in Hessen" des Hessischen Ministeriums für Wirtschaft, Verkehr und Landesentwicklung vom 04. Juni 2004 (Az.: III 2-2-41b-04-01-04).

Bielefeld, 13. Februar 2015

gez.	gez.
Dipl.-Kfm. Peter Spengler	Dipl.-Kfm. Oliver Meintrup
Wirtschaftsprüfer	Prüfer

IHK-GREMIEN

AMTSPERIODE 2014 BIS 2019

PRÄSIDIUM | ORGANIGRAMM | AUSSCHÜSSE

PRÄSIDENT

Prof. Dr. Mathias Müller
Geschäftsführender Gesellschafter
IWB Dr. Müller Immobilienwirtschaftliche Beratung GmbH, Hofheim

STELLV. PRÄSIDENTIN | STELLV. PRÄSIDENT

Karen Hoyndorf
Geschäftsführerin Personal
Compass Group Deutschland GmbH, Eschborn

Prof. Dr. Wolfram Wrabetz
Geschäftsführer
Helvetia Versicherungs- und Finanzdienstleistungsvermittlung GmbH, Frankfurt

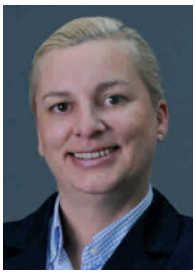
VIZEPRÄSIDENTEN

Marlene Haas
KULTpour,
Frankfurt

Stefan Messer
Vorsitzender der Geschäftsführung
Messer Group GmbH,
Bad Soden

Dr. Lutz Raettig
Geschäftsleiter
Morgan Stanley Bank International Ltd.,
Niederlassung Deutschland, Frankfurt

Thomas Reichert
Geschäftsführer
Haxen-Reichert Metzgerei-, Gaststätten-
und Partyservice-Betriebsgesellschaft mbH,
Frankfurt



Susanne Freifrau von Verschuer
Geschäftsführerin
Internationale Spedition H. & C. Fermont
GmbH & Co. KG, Frankfurt

Prof. Dr. Martin Wentz
Geschäftsführer
Wentz & Co. GmbH,
Frankfurt

Angelika Zülch-Busold
Geschäftsführerin
Wacker's Kaffee Geschäft GmbH,
Frankfurt

HAUPTGESCHÄFTSFÜHRUNG

HAUPTGESCHÄFTSFÜHRER
Matthias Gräßle

PRÄSIDIALBÜRO
Dorothea Gutsch
Stv. Geschäftsführerin
Referentin des Präsidenten

BÜRO DER ARBEITSGEMEINSCHAFT HESSISCHER INDUSTRIE-UND HANDELSKAMMERN
Astrid Bischoff

PERSONALBÜRO, IHK-SERVICE-CENTER UND GESCHÄFTSSTELLEN
Sabine Syed
Ausschuss:
Hochtaunus | Main-Taunus

FINANZEN UND ORGANISATION
Ulla Bender
Ausschuss:
Haushalt

UNTERNEHMENSKOMMUNIKATION
Reinhard Fröhlich
Ausschuss:
Informationswirtschaft

UNTERNEHMENSENTWICKLUNG
Dr. Tanja Engelhardt

GESCHÄFTSFELDER

STANDORTPOLITIK
Dr. Alexander Theiss
Ausschüsse:
Tourismus
Einzelhandelsausschuss
Verkehrsausschuss

WIRTSCHAFTSPOLITIK UND METROPOLENENTWICKLUNG
Dr. Ralf Geruschkat
Ausschüsse:
Bau- und Immobilienwirtschaft
Kleine und Mittlere Unternehmen

INNOVATION UND UMWELT
Detlev Osterloh
Ausschuss:
Industrie

INTERNATIONAL
Dr. Jürgen Ratzinger
Ausschüsse:
Außenwirtschaft
Großhandel
Handelsvertreter

AUS- UND WEITERBILDUNG
Dr. Brigitte Scheuerle
Ausschüsse:
Bildungswirtschaft
Berufsbildung

FINANZPLATZ | UNTERNEHMENSFÖRDERUNG | STARTHILFE
Dr. Matthias Schoder
Ausschüsse:
Finanzdienstleistungen
Wirtschafts- und Unternehmensberatungen
Banken
Versicherungen

RECHT UND STEUERN
Carmen Tontsch
Ausschüsse:
Recht
Steuern

AUSSCHÜSSE

AUSSENWIRTSCHAFTSAUSSCHUSS
Stefan Messer
Vorsitzender der Geschäftsführung
Messer Group GmbH, Bad Soden

BANKENAUSSCHUSS
Dr. Lutz Raettig
Geschäftsleiter
Morgan Stanley Bank International Ltd., Niederlassung Deutschland, Frankfurt

AUSSCHUSS BAU- UND IMMOBILIENWIRTSCHAFT
Prof. Dr. Mathias Müller
Geschäftsführender Gesellschafter
IWB Dr. Müller Immobilienwirtschaftliche Beratung GmbH, Hofheim

AUSSCHUSS BILDUNGSWIRTSCHAFT
Dr. Udo Lemke
Geschäftsführer
Provadis Partner für Bildung und Beratung GmbH, Frankfurt

EINZELHANDELSAUSSCHUSS
Dr. Joachim Stoll
Persönlich haftender Gesellschafter
Leder-Stoll OHG, Frankfurt

AUSSCHUSS FINANZDIENSTLEISTUNGEN
Kai Ostermann
Vorsitzender des Vorstands
Deutsche Leasing AG, Bad Homburg

GROSSHANDELSAUSSCHUSS
Johannes Erhart
Persönlich haftender Gesellschafter
ERHART KG, Frankfurt

HANDELSVERTRETERAUSSCHUSS
Wolfram Wätzold
Inhaber
Wolfram Wätzold Industrievertretungen, Neu-Anspach

HAUSHALTSAUSSCHUSS
Dietmar Vogelsang
Geschäftsführer
Institut DV & P GmbH, Bad Homburg

AUSSCHUSS HOCHTAUNUS | MAIN-TAUNUS
Horst Platz
Inhaber
Horst Platz Elektro-Industrievertretungen e.K., Friedrichsdorf

INDUSTRIEAUSSCHUSS
Jürgen Vormann
Vorsitzender der Geschäftsführung
InfraServ GmbH & Co. Höchst KG, Frankfurt

AUSSCHUSS INFORMATIONSWIRTSCHAFT
Hans Homrighausen
Geschäftsführer
Frankfurter Societäts-Medien GmbH, Frankfurt

AUSSCHUSS KLEINE UND MITTLERE UNTERNEHMEN
Antje-Imme Strack
Geschäftsführende Gesellschafterin
UFS Universal FinanzService, unabhängige Gesellschaft für Finanzdienstleistungen und Unternehmensberatung mbH, Bad Homburg

RECHTSAUSSCHUSS
Dr. Peter Reusch
Chefsyndikus
Helvetia Schweizerische Versicherungsgesellschaft AG, Frankfurt

STEUERAUSSCHUSS
Dr. Götz Weitbrecht
Head of Tax Continental Europe
Deutsche Bank AG, Frankfurt

AUSSCHUSS FÜR TOURISMUS
Thomas Reichert
Geschäftsführer
Haxen-Reichert Metzgerei-, Gaststätten- und Partyservice-Betriebsgesellschaft mbH, Frankfurt

VERKEHRSAUSSCHUSS
Susanne Freifrau von Verschuer
Geschäftsführerin
Internationale Spedition H. & C. Fermont GmbH & Co. KG, Frankfurt

VERSICHERUNGSAUSSCHUSS
Prof. Dr. Wolfram Wrabetz
Geschäftsführer
Helvetia Versicherungs- und Finanzdienstleistungsvermittlung GmbH, Frankfurt

AUSSCHUSS WIRTSCHAFTS- UND UNTERNEHMENSBERATUNGEN
Karen Hoyndorf
Geschäftsführerin Personal
Compass Group Deutschland GmbH, Eschborn

IMPRESSUM

HERAUSGEBER
Industrie- und Handelskammer
Frankfurt am Main
Börsenplatz 4
60313 Frankfurt am Main

GRAFIK
Michael Kunz
Varia Design Illustration
Münster

HERSTELLUNG
Henrich Druck + Medien GmbH
Frankfurt am Main

REDAKTION
Reinhard Fröhlich, Geschäftsführer
IHK Frankfurt am Main
Unternehmenskommunikation

BILDNACHWEIS
Fotolia | helmutvogler, 14; Alex Koch, 18; Kristan, 20;
eyetronic, 24; Kai Krueger, 26; CandyBox Images, 30;
fergregory, 32; jameschipper, 36; Sergey Nivens, 38
Panthermedia | lesma, 16; Detlef, 16; macor, 28
Bildbearbeitung: Tim Kunz, 16, 28
Jochen Müller, 10,11,12, 40
Markus Goetzke, 22, 40, 44
Stefan Krutsch, 34
Präsidium EU-Parlament, 40
Magistrat der Kreisstadt Hofheim am Taunus, 40

DATENSTAND
April 2015

www.frankfurt-main.ihk.de

Industrie- und Handelskammer Frankfurt am Main
Börsenplatz 4
60313 Frankfurt

IHK-Service-Center
Schillerstraße 11
60313 Frankfurt
Telefon +49 69 2197-0
Fax +49 69 2197-1526
info@frankfurt-main.ihk.de

IHK-Geschäftsstelle Bad Homburg
Louisenstraße 105
61348 Bad Homburg
Telefon +49 6172 1210-0
Fax +49 6172 22612
homburg@frankfurt-main.ihk.de

IHK-Geschäftsstelle Hofheim
Kirschgartenstraße 6
65719 Hofheim
Telefon +49 6192 9647-0
Fax +49 6192 28894
hofheim@frankfurt-main.ihk.de

IHK Industrie- und Handelskammer Frankfurt am Main